

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 36. Jahrgang
219 | September/Oktober 2013 EUR 1,50

Aus dem Inhalt



Keine Arbeit ohne Lohn!
[kampagne gegen unbezahlte arbeit]
www.keine-arbeit-ohne-lohn.de

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Arbeit geschenkt?

Wie prekäre Arbeit zur sozialen Hängematte für Unternehmen wurde – doch dreht sich nun der Wind?

Es hat sich etwas gedreht in der Bundesrepublik: das politische Klima. Gerade am Wahlkampf ist zu spüren, dass sich die Perspektive etwas geändert hat. Es geht auf den Wahlplakaten nicht mehr vordergründig um Arbeitsplätze und das trotz zahlreicher Insolvenzen. Vielen ist klar geworden, dass „Sozial ist, was Arbeit schafft" hohles neoliberales Geschrei ist. Der Slogan, fabuliert von der Denkfabrik der Arbeitgeberverbände und propagiert nicht nur von marktradikalen PolitikerInnen, wird zumindest hierzulande immer weniger geglaubt. Das merken auch die politischen Akteure. Die Berichte bei den Amazons und Daimlers der Republik haben zusätzlich für eine öffentliche Empörung gesorgt. Es geht nicht mehr darum, noch so schlechte Beschäftigung zu schaffen, sondern es wird wieder der Fokus auf soziale Mindeststandards gelegt. Die Forderung nach einem Mindestlohn ist längst ins gelbe Parteienspektrum eingedrungen oder, besser gesagt, die Lohnuntergrenze. Ebenso steht Leiharbeit durch Kampagnen wie „Leiharbeit abschaffen", welche vor der letzten Bundestagswahl von der FAU initiiert wurde, am Pranger.

Die beschleunigte Prekarisierung sowie der forcierte Abbau der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland lässt sich im Zug des Vereinigungsprozesses beobachten. Die Ost-Industrie wurde vor allen Dingen durch die schnelle Abwicklung durch die Treuhandanstalt platt gemacht. Hinzu kam noch die Währungsunion. Es kam quasi zu einer 400%-Aufwertung – der GAU für das produzierende Gewerbe. Wirtschaftliche Eigenständigkeit in Ostdeutschland war auch gar nicht von Politik und Wirtschaft gewollt. Die ehemaligen „Volkseigenen Betriebe" wurden verscherbelt oder stillgelegt. Das bereits existierende Treuhand-Konzept für eine Vergesellschaftung aus der Oppositionsbewegung wurde in den Wind geschlagen.

Als Paradebeispiel für beseitigte Konkurrenz ist der DKK-Kühlschrank aus dem Erzgebirge zu sehen.



Zusammen mit Greenpeace entwickelt und FCKW-frei – also eine Innovation, welche heute Standard ist – wurde von den Westunternehmen mit einer Kampagne diskreditiert. Ziel erreicht, ein potenzieller weiterer Produzent weniger. Nur willige KonsumentInnen sollten übrig bleiben – mit welchem Einkommen, muss ja den Markt nicht interessieren.

Es wurde gar nicht die freie Marktwirtschaft (ein ewiges Paradoxon wie autoritärer Sozialismus) in der ehemaligen DDR eingeführt, sondern die Übernahme der ökonomischen Herrschaft des Oligopols. Die Industrie in den neuen Bundesländern ist geprägt durch verlängerte Werkbänke ohne große Forschungs- und Entwicklungsabteilungen: produzierende Arbeitsplätze, welche jederzeit verlagerbar sind, wenn anderswo der Energiepreis niedriger sind oder Subventionsquote höher ist. Der Kampf der Wirtschaftsstandorte wird ja nicht nur um die niedrigsten Löhne geführt, sondern auch – was nicht weniger Klassenkampf ist – um die möglichst große Übertragung von Kosten auf die Gesellschaft.

Nun stieg natürlich die Zahl der Erwerbslosen. Regierung und Gewerkschaft sahen sich veranlasst, zu reagieren. Natürlich hätte Rot-Grün auch den § 116 AFG (jetzt § 146 SGB III) rückgängig machen können, wie von der SPD im vorangegangen Wahlkampf gefordert. Jene Regelung, welche schon vom vorgeblichen Gewerkschaftsfreund Blüm 1985 eingeführt wurde, damit Beschäftigte bei einer kalten Aussperrung keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hatte.

Auch Schwerpunktstreiks konnten nun für die Gewerkschaft richtig teuer werden. Ein Grund für das Scheitern des Streiks um die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektro-Industrie im Osten war zudem gewerkschaftsinterner Natur. Arbeitszeitverkürzungen wären jedoch ein wichtiges Mittel gewesen, um Arbeitslosigkeit abzubauen. Unlängst forderte die gewerkschaftsnahe Wissenschaft die 30-Stunden-Woche.

Bekanntlich hat ja die Schröder-Regierung alles nur noch gewerkschaftsfeindlicher gestaltet, wovon natürlich auch die Beschäftigten im Westen betroffen sind. Die Arbeitslosenstatistik gerettet durch prekäre Beschäftigung verbunden mit Hartz-Repressalien. Die öffentliche Hand muss trotzdem ordentlich Unterstützung leisten: für jährlich über zehn Milliarden Euro zur Aufstockung und perspektivisch durch Zuzahlungen bei der Grundsicherung im Alter. Nach der Absenkung des Rentenniveaus von ca. 50 auf künftig 43 Prozent, hat Schwarz-Gelb durch die Beitragssenkung der Rentenversicherung die Aussichten auf flächendeckende Altersarmut zementiert.

In der Konsequenz reicht der gewerkschaftliche Kampf gegen Erwerbsarmut nicht aus, damit im Alter mehr als ein paar Kröten übrig bleiben. Ferner geht es ebenso darum, ob die Gesellschaft die Kosten zahlt.

Christian Horn

Amazon – der Widerstand beginnt

Warum ein Streik auf Sympathie trifft

Seit Juni befindet sich die Belegschaft des Onlinehändlers Amazon im Arbeitskampf. Ziel der Gewerkschaft ver.di, die zu den Streiks aufgerufen hat, ist es, einen Tarifvertrag abzuschließen. Bisher konnte Amazon durch kleine Lohnerhöhungen den Streik immer noch abwenden, wenn mal wieder mehrere MitarbeiterInnen Verdianer wurden.

Der Zeitpunkt ist so günstig wie nie zuvor: Die öffentliche Stimmung gegenüber Amazon ist denkbar schlecht. Zwar war Amazon nie als Hort sozialer Gerechtigkeit bekannt, war aber einigen Kommunen sehr willkommen, da mit einem Schlag über 1000 Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Da schauten die Verwaltungen auch nicht so genau hin, ob die Umwidmung von Land in Gewerbefläche mit den Stadtentwicklungskonzepten vereinbar war und um was für Arbeitsplätze es sich handelt. Es ging sogar soweit, dass das Jobcenter Leipzig „Praktikanten" zur „Aktivierung" als kostenlose Arbeitskräfte zu Amazon schickte. Diese bekamen weiterhin nur ALG II. Kaum jemand wurde in eine sozialversicherungspflichtige Anstellung übernommen. Obwohl es nie zu einem rechtskräftigen Urteil kam, welches die Illegalität feststellte, beendete das Jobcenter diese Praxis Anfang 2012.

Noch immer stellt Amazon jedes Jahr sachgrundbefristet Leute ein, um das Weihnachtsgeschäft zu bewältigen. Allerdings wurde in den letzten Jahren das Weihnachtsfest immer zum gleichen Datum begangen, so dass auch Amazon nicht von der jährlichen Feier zur „Geburt des Herrn" überrascht sein kann. Viele Arbeitsrechtsexperten sind jedoch der Meinung, dass damit kein Sachgrund für eine Befristung vorliegt und diese somit rechtswidrig wären.

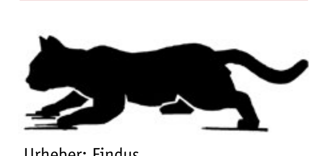
Angestellte berichteten, dass einzelne Teamleiter den Leuten verboten, außerhalb der Pausen (welche ohnehin weitgehend für den langen Marsch zum Pausenraum draufgehen) auf Toilette zu gehen. Das mediale Fass zum Überlaufen brachte aber die ARD-Reportage „Ausgeliefert", in der von spanischen Amazon-Angestellten berichtet wurde, die von Amazon unter falschen Versprechungen nach Deutschland geholt wurden und in der Unterkunft von Neonazis überwacht wurden. Amazon behauptete zwar, man habe „eine Null-Toleranz-Grenze für Diskriminierung", doch musste sich Amazon auch in Leipzig wegen Entlassungen aus rassistischen Gründen schon vor Gericht verantworten.

Amazon lebt die Kultur des „hire and fire": In einem Brief der Amazon-Belegschaft in Leipzig heißt es: „Die Arbeitenden werden permanent und systematisch überwacht (bspw. über die Erfassung von Bewegungsprofilen) und sind einem zermürbenden Leistungszwang ausgesetzt. Dieser kristallisiert sich insbesondere in den gezielt eingesetzten, mit Existenzängsten spielenden Feedbackgesprächen. Denn 2/3 der Beschäftigten leben mit befristeten Arbeitsverträgen und damit in ständiger Angst um die eigene Zukunft."

„Die Beschäftigten wollen dieses System zu Fall bringen.", sagt ein ver.di-Vertreter. Aber es geht natürlich nur um das „System Amazon". Bemerkenswert daran ist, dass die Belegschaft darin auch von jungen Menschen, die nicht bei Amazon arbeiten, unterstützt wird. In Leipzig brachte die ASJ schon im Juni „libertären Kaffee" und ein Solidaritätsschreiben zu den Streikposten. Später hat sich ein Bündnis von mehreren Hochschulgruppen und der ASJ gebildet. Ziel des Bündnisses war es bisher, auf dem Campus über die prekären Lohn- und Arbeitsverhältnisse und den Streik zu informieren. Auch wurden Unterschriften für den Brief der Belegschaft gesammelt – dabei sind innerhalb von einer Woche schon über 500 zusammengekommen.

Leo Stein

Catwalk



Urheber: Findus

Prekäre Arbeits- und Lebenswelten

Eine Kernthematik von Gewerkschaften im 21. Jahrhundert, und doch entwickeln sich hier immer wieder neue ekelige Facetten mit denen uns die Bosse piesacken. Schwerpunkt dieser *DA* sind Entwicklungen und Kämpfe insbesondere im Bereich prekärer Arbeit.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16

Aktuelle Brennpunkte

Wie bestimmt einige von euch mitbekommen haben, geht es während des Wahlkampfs im Konflikt mit der Heinrich-Böll-Stiftung noch mal um die Wurst. Dazu mehr auf Seite 7.

Vorgreifend auf unseren nächsten Schwerpunkt „Stadt" beteiligen sich einige FAU Gruppen an den Aktionstagen zu „Recht auf Stadt":

Aktionswoche in Münster „Wem gehört die Stadt?"
8. bis 14. September
Mehr Infos beim Bündnis „Recht auf Stadt": rechtaufstadtmuenster.blogsport.de

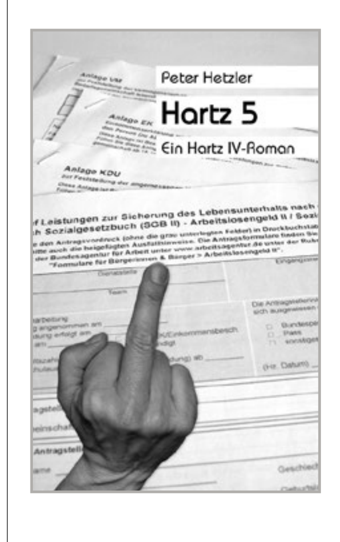
Recht auf Stadt: Bundesweite dezentrale Demo
28. September in Freiburg auf dem Stühlingerplatz
„Die Stadt gehört Allen - Keine Profite mit der Miete"

Soziale Kampfbaustelle in Köln
28. September - 3. Oktober
Aktionscamp gegen JobCenter, prekäre Arbeit und Wohnungsnot
www.is.gd/2I6hrL

Mehr zu Gentrifizierung & Co. gibt es in der nächsten Ausgabe.

Kauf dich Glücklich!

Da Hartz IV ein Beweggrund ist jeden Drecksjob anzunehmen, haben wir in der aktuellen Ausgabe eine Selbstrezension zum Thema auf Seite 7. Der Autor gibt exklusiv unter zum schon bekannten Roman Hartz 5 Auskunft auf unsere Anfragen.



Peter Hetzler:
„Hartz 5 – Ein Hartz IV-Roman"
Printausgabe: 153 Seiten, Paperback, 9,90 Euro,
ISBN 978-3-7322-3790-6,
BoD. E-Book: 5,49 Euro,
ISBN 978-3-8482-8278-4,
Mehr Infos:
www.peter-hetzler.net/hartz5

FAU-Ticker

+++ Die FAU Berlin veröffentlichte im August eine Solidaritätserklärung mit einem inhaftierten IWW-Mitglied aus Berlin +++ Das Allgemeine Syndikat Köln unterstützte Ende August die Reclaim-Power-Fahrradtour und das Klimacamp in Manheim/Kerpen gegen den Braunkohle-Tagebau von RWE +++ Im Rahmen der Worker Center Initiative Freiburg beteiligte sich die FAU Freiburg am Diskussionsabend Szene – Klasse – Klassenkampf!? im Susi-BewohnerInnentreff. Thema der gut besuchten Veranstaltung am 18. Juli war die Situation der libertären, antiautoritären Linken im Spannungsfeld der Anfeindungen des städtischen Verwaltungsapparats, der das 1.-Mai-Fest im Grün mit den Mitteln des Polizei- und Obrigkeitsstaats verhinderte +++ Die FAU Bonn hat unter der Adresse www.ohne-chef.org ein Internet-Portal zur Vorstellung und Vernetzung von Kollektivbetrieben gestartet. Alle Kollektive sind herzlich eingeladen, sich dort zu registrieren! +++ Am 27. Juli eröffnete das Allgemeine Syndikat Dresden mit einem Soli-Konzert (Bands: Andi Valandi, Dirty Dörk, Zweifel) seinen monatlichen Soli-Tresen im Wums e.V. Es kamen ca. 70 Gäste +++ Die FAU Thüringen gratulierte dem Hausprojekt Juwel e. V. in Gotha zum vierjährigen Bestehen und war mit einem Info-Stand am 24. August präsent +++ Die FAU Stuttgart organisierte mit der Antifaschistischen Gruppe Göppingen eine Kundgebung auf dem Erich-Mühsam-Platz in Göppingen am 10. Juli zum Todestag von Erich Mühsam +++

Liebe Leser und Leserinnen,

die neue Ausgabe ist da – in skurrilen Zeiten. Eine konservativ-liberale Bundesregierung beschließt eine Lohnuntergrenze für Friseurinnen. Der Lohn dieser Berufsgruppe war jahrelang Sinnbild für übelste Ausbeutung. Vor allen Dingen, weil das Handwerk nach wie vor ein fast gewerkschaftsfreier Raum ist. Nun mag es oberflächlich verwundern, dass hier ausgerechnet eine Regierung mit FDP-Beteiligung regulierend eingreift. Es scheint Strategie zu sein, mit der Schaffung einzelner Lohnuntergrenzen zu suggerieren, dass eine flächendeckende Lösung überflüssig ist.



Exemplarisch für viele Aktionen zum Konflikt mit der Heinrich-Böll-Stiftung - hier in Halle am 27. August

Nur in einigen Skandalbranchen Abhilfe zu schaffen, ist aber nun nicht wirklich das Gelbe vom Ei. Auch in der Industrie werden Stundenlöhne unterhalb von acht Euro gezahlt und nicht nur bei den Friseurinnen. Die geschlechtsspezifische Schreibweise soll hier zeigen, wer schlecht für seine Arbeit bezahlt wird – zu etwa 90 Prozent Frauen. Ebenso ist im Artikel auf Seite 4 über die Trucker nur die männliche Form gewählt, da der Anteil von weiblichen LKW-Fahrenden im niedrigen einstelligen Bereich liegen dürfte.

Das Schwerpunktthema „Prekäre Arbeit" der DA 219 *ist kein wirklich neues Thema, aber es betrifft immer mehr Menschen. Machen wir uns nichts vor, wenn die FAU aktiv war und ist, dann nicht um die großen Kämpfe etwa für Arbeitszeitverkürzungen an vorderster Front zu führen, sondern um in „prekären" Einzelfällen einige Krumen mehr vom Sauerteigbrot zu bekommen. Davon zeugt auch die Auseinandersetzung bei der Heinrich-Böll-Stiftung, wie ihr auf Seite 7 erfahren könnt. Bündnis 90/Die Grünen als dieser nahestehende Partei fordert ja gerade, den Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen. Mmh… ist nicht Leiharbeit schon an sich ein Missbrauch.*

Hintergründiges zum Prekären erfahrt ihr auf den Seiten 12 und 13. Die Problematik durchzieht sich, wie nicht anders zu erwarten, von der Seite 1 bis zur Seite 16. Viel Spaß beim Lesen wäre da ein etwas makabres Schlusswort, viel mehr wünscht euch die BuG-Redaktion einige inspirierende Momente. Im angelsächsischen Blätterwald wird schon mal eine Wahlempfehlung im Editorial abgedruckt. Das sparen wir uns an dieser Stelle, hat sonst immer die Financial Times Deutschland *gemacht. Was war jetzt noch mal aus dem Bertelsmann-Blatt geworden?*

Christian Horn

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, (0151) 17 93 52 90, <fauhb@fau.org>, fau-bremen.comeze.com
Flensburg .... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>, www.fau-fl.org, .
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr; Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, (0177) 5601030, <fauki@fau.org>
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, <fauol@fau.org>
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern .... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar .... Kontakt über Westmecklenburg

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Darmstadt ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, nach Absprache, Treffen: Sonntag um 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags von 19.00 - 21.00 Uhr nach Absprache, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12
Fulda .... Kontakt über Frankfurt/M.
Karlsruhe .... FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, <fauka@fau.org>, www.fau-karlsruhe.org
Kassel .... Kontakt über Frankfurt/M.
Koblenz .... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Lich .... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. Kontakt über Mannheim
Mainz .... Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim .... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstr. 38, 68169 Mannheim, Treffen: Montag, 20.00 Uhr in den ungeraden Kalenderwochen, <fauma@fau.org>
Marburg .... Treffen: montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, www.fau-m.de, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W. .... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, Newsletter faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>, faunbg.blogsport.de,
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Regensburg ..... FAU Regensburg, Treffen montags ab 19.00 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Saarbrücken .... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart .... FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, Kontakt über Frankfurt/Main
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg .... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Pflege und Soziale Arbeit <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... FAU Initiave Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>, www.fau-chemnitz.blogspot.com
Dresden .... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, asd.libertaeres-netzwerk.org, (0177) 5081171, Offene Treffen: am 2. Mittwoch im Monat im „Trotzdem", Alaunstraße 81 und am 4. Freitag im Monat im „WUMS e.V.", Columbusstraße 2
Halle/Saale ...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: 1. So im Monat 19 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Meiningen .... Kontakt über Thüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen
Magdeburg ...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Thüringen .... FAU Thüringen, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, Themenabend jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 18.30 Uhr, Raum 102 in der „Bürgerwache", www.fau-bielefeld.de.vu, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Duisburg .... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden 4. Do. im Monat um 19.00 Uhr in der Heimat Hochfeld, Gerokstraße 1, 47053 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, faudu.revleft.com
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Di im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>, allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de
Krefeld .... Kontakt über Duisburg
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster .... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr, (0251) 5389797, <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen .... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

AG JUGEND & ASJ

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
Bielefeld .... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de
Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de
Köln .... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de
Mainz .... ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de
Moers .... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

BUNDESWEITE BRANCHEN-KOORDINATIONEN

Bildungswesen . <bsy-public-info@list.fau.org>
Leiharbeit .... www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord .... FAU Hannover <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

SCHWEIZ

Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

ÖSTERREICH

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) — www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
Wien .... Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>, wiensyndikat.wordpress.com
Oberösterreich . Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

Kampf um eine neue Zukunft

Interview mit AktivistInnen von „Lampedusa in Hamburg"

Erst sechs Wochen nach seinem Tod wurde die Leiche von Hashim Yasbek, einem 34-jährigen Asylbewerber aus dem Libanon, in der überfüllten Flüchtlingsunterkunft an der Torgauer Straße in Leipzig gefunden. In Berlin-Hellersdorf soll in einem trostlosen Gebäude ein neues Heim entstehen, dessen BewohnerInnen der „Residenzpflicht" genannten gesetzlichen Beraubung ihrer Bewegungsfreiheit ausgesetzt sind – und dann schlägt den Flüchtlingen auch noch der Rassismus des Mobs entgegen. Doch die Flüchtlingsproteste der letzten Monate haben deutlich gemacht, dass sich gegen ein Dasein als Opfer immer mehr Betroffene wehren. Nun haben hunderte Menschen aus verschiedenen afrikanischen Ländern, die jahrelang in Libyen als ArbeitsmigrantInnen lebten und dort durch den Bürgerkrieg, die Nato-Bombardierungen sowie rassistische Gewalt gegen MigrantInnen im Verlauf des Krieges – auch von Seiten der mit der Nato verbündeten Milizen – ihre Lebensgrundlage verloren, in Berlin und Hamburg demonstriert. Sie nennen sich „Lampedusa in Berlin" bzw. „Lampedusa in Hamburg", nach der italienischen Insel, auf der ein Großteil aller MigrantInnen, die über das Mittelmeer Richtung Europa aufbrechen, interniert werden. Nach der Drittstaatenregelung müssen Flüchtlinge in dem Land, in dem sie Europa erreichen, einen Asylantrag stellen, und die Behörden möchten sie nun dorthin zurückschicken.

Vielen Dank erst mal dafür, dass Ihr Euch Zeit für das Interview nehmt, Ihr seid ja gerade in einer turbulenten Phase. Wie ist denn der aktuelle Stand in Eurem Kampf dafür, in Hamburg bleiben zu können?

Am 17. 8. haben wir eine Demonstration mit über 2500 Teilnehmenden durchgeführt – die Solidarität der Leute war überwältigend! Wir werden von hunderten Menschen unterschiedlichster Hintergründe unterstützt. Aber die Behörden bleiben bisher stur. Bei unserem letzten Gespräch machten sie klar, dass sie keine Gruppenlösung für uns wollen, sondern von Fall zu Fall über die Asylanträge entscheiden – und das würde wohl bedeuten, dass fast alle von uns nach Italien zurückgeschickt werden. Aber nach drei Monaten des Kampfes sind wir stärker als je zuvor. Wir werden nicht müde, der Kampf geht weiter!

Ihr wart als ArbeitsmigrantInnen in Libyen. Wo habt Ihr dort gelebt, was habt Ihr dort bis zum Beginn des Bürgerkrieges gearbeitet?

Oh, wir sind so viele verschiedene Leute in unserer Gruppe, das sind so unterschiedliche Geschichten. Wir haben überall über Libyen verteilt gelebt und gearbeitet, in der Industrie, wie z.B. der Automechanik, aber auch bei Sicherheitsdiensten oder im Baugewerbe. Einige von uns hatten auch ihr eigenes kleines Geschäft.



Quelle: lampedusa-in-hamburg.tk

Wehren sich gegen die inhumanen Folgen des angeblich humanitären Kriegseinsatzes der NATO: Die AktivistInnen von „Lampedusa in Hamburg"

Und wie waren die Arbeits- und Lebensbedingungen für Euch bis zum Beginn des Bürgerkrieges?

Das war unterschiedlich, aber alle von uns hatten ein ausreichendes Einkommen und wir konnten auch Geld an unsere Familien in unseren Herkunftsländern schicken. Das Leben war nicht einfach, konnte aber auch manchmal gut sein. Es gab Arbeit und gutes Geld.

Was waren die Folgen des Krieges und insbesondere der NATO-Intervention? Was waren die Motive für Eure Flucht?

Die Bomben fielen auf unsere Köpfe, wir lebten mitten im Krieg. Viele von uns wurden dann im Verlauf des Krieges vom Militär in Boote gezwungen, andere wurden schon zu Beginn zusammengetrieben und eingesperrt. Von vielerlei Seiten gab es sehr viel Gewalt gegen uns. Wir haben alles verloren, was wir uns aufgebaut haben. Wir wurden aus unseren Wohnungen vertrieben, unsere Freunde und unsere Familien ermordet. Wir hatten nie vor, nach Europa zu kommen, der Krieg hat uns dazu gezwungen.

Was geschah nach Eurer Ankunft in Italien?

Als wir in Lampedusa ankamen, wurden wir schnell in andere Camps über ganz Italien transportiert, für ein bis drei Monate. In Lampedusa mussten einige Leute sogar draußen schlafen. Wer von da wegkam, musste sich in den anderen Camps oder in kleinen, abgelegenen Orten behaupten – wir bekamen unterschiedliche Aufenthaltsgenehmigungen, wurden also juristisch vereinzelt und gespalten. Wir konnten nirgendwo anders hin, und als das „Nordafrika-Notfallprogramm" endete, wurden wir von den Behörden auf die Straße geworfen. Sie hatten kein Mitleid, und wir mussten viele Monate als Obdachlose leben. Es gab keine Unterstützung, keine Arbeit in Italien, absolut keine Perspektive. Wenn es dort eine Chance für uns gäbe, würden wir ja dahin zurückgehen, aber dort wartet nur ein Leben in Armut, auf der Straße oder in Slums.

Wo seid Ihr dann in Hamburg untergekommen, wer waren Eure Ansprechpartner? Und wie haben die Behörden reagiert?

Einige bekamen Geld von der italienischen Regierung, damit sie irgendwohin verschwanden. Wir sollten einfach weg, und unsere Gruppe landete in Hamburg im Winternotprogramm. Dort blieb die Mehrheit vorerst. Im April landeten wir wieder auf der Straße. Einige zogen dann weiter, aber die meisten hatten keinen anderen Ort, an den sie gehen konnten. So lebten wir halt auf der Straße, manchmal in Gruppen. Wir kannten uns ja, und wir campten zusammen in Parks. Dann gab es erste Kontakte zu der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen", die ein regelmäßiges Café auf St. Pauli betreibt. Die haben uns dann unterstützt und wir begannen, uns politisch zu organisieren. Unsere erste öffentlichkeitswirksame Aktion war unser Auftritt am Kirchentag, der ja dieses Jahr am 1. Mai in Hamburg stattfand. Da bekamen wir dann Kontakt mit KirchenvertreterInnen. Aber nichts passierte, wir mussten weiter auf der Straße leben. Am 22. Mai gingen wir ins Rathaus und verlangten, mit OB Scholz zu sprechen. Da kam dann jede Menge Polizei, die wollte uns zu räumen, doch wir gingen schließlich freiwillig. Wir versuchten noch, ein Camp vor dem Rathaus zu errichten, doch die Polizei verhinderte es. Wegen der Kälte und verbreiteter Notfälle organisierten schließlich solidarische Menschen Schlafplätze. Die Kirche auf St. Pauli öffnete ihre Türen und 80 Leute fanden dort Unterschlupf, wir hatten einen direkten Kontakt mit dem Pastor. Auch Moscheen halfen uns.

Ihr seid ein politischer Zusammenschluss geworden. Wie organisiert Ihr Euch, und mit wem arbeitet Ihr zusammen?

Wir halten zweimal die Woche Treffen ab, und dann gibt es Extratreffen für die UnterstützerInnen. Wir haben jetzt sehr intensiven Kontakt zu Anwälten. Dann sind da Leute aus den afrikanischen Communities in Hamburg, Leute von ver.di, viele jüngere AktivistInnen und natürlich die Karawane. Ver. di stellt uns Infrastruktur wie z.B. Räume für Treffen und Pressekonferenzen zur Verfügung. Auch der FC. St. Pauli und die Leute hier im Viertel unterstützen uns mit direkter Hilfe, wie etwa Essen, Spenden, kulturellen Events und Fußballtraining. Wir haben aber gehört, dass es bei ver.di auch schon Unmutsbekundungen gegen die Unterstützung gab. Des Weiteren stehen wir mit Leuten von der Linkspartei und den Grünen in Kontakt, um unser Anliegen im Rathaus, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament einzubringen.

Vielen Dank für das Interview und viel Kraft für Euren Kampf!

Interview: Marcus Munzlinger

Kolumne Durruti



„Arm aber sexy", so lautete die 2003 vom Berliner Oberbürgermeister Wowereit geprägte Lifestyleaussage über den gewöhnlichen Bewohner der Hauptstadt. Darunter stellt man sich seitdem einen gut gebildeten, geschmackvoll, wenn auch ein wenig nachlässig gekleideten, in DIY- Möbeln lebenden Loftbewohner vor, der gerne morgens auf dem Dach seines Fabrikgebäudes in Kreuzberg oder Mitte einen Latte Macchiato schlürft und dort die letzte wilde Nacht Revue passieren lässt.

Dass Armut und prekäre Lebensbedingungen unter bestimmten Umständen nicht mehr als unattraktiv, bemitleidenswert und abstoßend wahrgenommen werden, zeigt die schmerzfreie Vermarktung derselben als Neo-Bohemien-Lebensgefühl: „Erleben Sie, wie eine Stadt trotz oder gerade wegen ihrer finanziellen Knappheit poetischen Reichtum hervorbringt", lockt ein alternativer Reiseanbieter Touristen nach Berlin. Zum poetischen Reichtum der Stadt gehören die zahlreichen Flohmärkte und billigen, stets geöffneten Kneipen ebenso wie Mietpreise, bei denen Austauschstudenten aus Barcelona feuchte Augen bekommen. Alles ist ausgerichtet auf einen billigen DIY-Lifestyle, der zwar die Angestellten des Biodiscounters um die Ecke alt aussehen lässt, es aber möglich macht, dass ich mein Biobrot für unter zwei Euro erstehen kann. Und auch der Verzicht auf Fleisch, den das Jobcenter Pinneberg unlängst allen Hartz-IV-Empfängern in einer Spar-Broschüre empfahl, kann mühelos in den hippen neuen Armutsalltag eingebaut werden. Ohnehin gibt es eine Vielzahl an Kochbüchern („Hartz-IV-Kochen mit 4,36 Euro am Tag") oder sonstiger Ratgeberliteratur, die uns einen würdevollen Umgang mit wenig Kohle lehren möchten. Von allen Ecken scheint es zu rufen: „Finde dich mit dem Scheiß ab, mach einfach das Beste draus."

Als vor einiger Zeit die großen Modezeitschriften an meinem Lieblingsspäti den „Homeless-Chic" als neuen Trend auf den Straßen der Metropolen ausmachten, war er hierzulande bereits längst angekommen. Die Aneignung von Armut als besondere Kreativitätstechnik ist scheinbar hip geworden. Und solange sie nicht als solche entlarvt wird, darf sie sich als die abgefuckte kleine Schwester von Peek und Cloppenburg fühlen. Wehe aber, wenn sich dann doch herausstellt, dass das WG-Zimmer die Eigentumswohnung und die übergroße Strickjacke von Vivian Westwood ist. Aber was dann? Eigentlich auch schnurzegal. Denn arm zu sein, ist vielleicht nicht schick, ein bisschen so auszusehen aber offenbar schon. Armut verschwindet ja auch nicht aus dem Alltag, nur weil einige sie als modische oder kulinarische Inspirationsquelle nutzen. Sie soll eben nur nicht mehr so hässlich und mitleiderheischend daherkommen. Arbeitslosigkeit oder prekäre Arbeit und damit verbundene Armut ist schließlich keine selbstgewählte Situation. Sie resultiert zumeist aus Lebensumständen, die es uns schlicht nicht ermöglichen, besser zu leben. Und wie sexy es in Berlin tatsächlich zugeht, erkennt man vielleicht daran, dass jedes dritte Kind in einer Familie lebt, die Hartz IV-Leistungen erhält. Da kommt der Shabby-Look schon in der Kita super an. Aber natürlich sieht es auch anderswo nicht rosig aus. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet in Deutschland für einen Niedriglohn. Deutschland verzeichnet damit den zweitgrößten Niedriglohnsektor in Europa. Working Poor ist also das neue Normalarbeitsverhältnis. Und mit dem soll ich mich jetzt eben anfreunden – so sieht's aus. Kann ja auch ganz romantisch sein. Ich freu mich jedenfalls schon auf den Winter. Endlich schön im Bett kuscheln bei Kerzenschein, anstatt die olle Zentralheizung anzuwerfen.

Vera Drake

TERMINE

☞Berlin

Sa. 14. September, 20.00 Uhr
Grünbergerstr. 73, Zielona Góra
FAU-Tresen
mit Infos zum Konflikt um prekäre Arbeit in der Heinrich-Böll-Stiftung

Do. 19. September, 19.00 Uhr
Lottumstr. 11, FAU-Gewerkschaftslokal,
Info: Juristische Repressionen gegen ZSP

Fr. 20. September, 19.00 Uhr
Lausitzer Str. 22, RegenbogenKino
Info: Das System Ilva

☞Bonn

Sa. 14. September
Poststraße in der Fußgängerzone
Infostand zu Situation der TextilarbeiterInnen in Bangladesch

Sa. 21. September
Kellerkneipe „Stachel", Maxstraße 30
Soliparty für unsere GenossInnen von der NGWF (Bangladesch)

☞Dresden

Fr. 27. September, 20.00 Uhr
Fr. 25. Oktober, 20.00 Uhr
Columbusstraße 2, Wums e.V.
FAU-Soli-Tresen
mit Erstberatung zu Ausbildung, Job und Erwerbslosigkeit

☞Düsseldorf

Mi. 11. September, 20.00 Uhr
Kopernikusstr. 53, Kulturcafé Solaris
Schwarz-roter Tresen

Mi. 9. Oktober, 20.00 Uhr
Kopernikusstr. 53, Solaris
Wer sich nicht wehrt ...
Einführung in den AnarchoSyndikalismus

Mi. 30. Oktober, 19.00 Uhr
Kopernikusstr. 53, Solaris
Black Cat Blues
und andere Gedichte

☞Frankfurt am Main

Do. 10. Oktober, 19.00 Uhr
Mühlgasse 13, bei der DFG-VK
Lesung: Pazifismus und Antimilitarismus
mit dem Autor Wolfram Beyer

☞Freiburg

Do. 12. September, 20.00 Uhr
Susi BewohnerInnentreff, Vaubanallee 2
Industrielle Gemüseproduktion in Südspanien und die Kämpfe der LandarbeiterInnen
Veranstaltung der Worker Center Initiative Freiburg

☞Hamburg

Veranstaltungsreihe:
Kollektivbetriebe und postkapitalistische Ökonomie
Fettstr. 23, Schwarze Katze

Fr. 20. September, 19.00 Uhr
Projekt A - Libertäre Ökonomie unter kapitalistischen Bedingungen, Wunsch und Wirklichkeit
Vortragender: Bernd Elsner

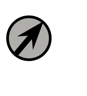
Fr. 18. Oktober, 19.00 Uhr
Commons - Historische Erfahrungen mit Formen kollektiver Ökonomie
Vortragende: Dr. Anne Sudrow

Weitere Infos und Termine auf direkteaktion.org

Tagelöhner an der kurzen Leine?

Arbeit auf Abruf – kein rechtsfreier Raum

Zahlen, bitte!



Mindestlohn – in:
86 % sind für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns – laut einer aktuellen Studie von *infratest dimap*. Im Februar 2006 waren es nur 57 %.

Gleichbleibende Forderung...
Seit Mai 2010 ist der DGB für einen Mindestlohn von immer noch 8,50 Euro. Ebenso bewegt sich die Wahlkampfforderung von Grünen und SPD in diesem Bereich.



...obsolet?
Schon 2011 ergab eine Anfrage im Bundestag, dass bei einer Arbeitszeit von 38,5 Stunden in der Woche über 45 Jahre hinweg mit einem Stundenlohn 10 Euro gerade mal die Grundsicherung im Alter drin ist. Durch die Senkung des Rentenniveaus steigt das Altersarmutsrisiko weiter.

Die Rechtslage

Das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG §12) sieht vor, dass Unternehmer und deren Angestellte in ihren Arbeitsverträgen vereinbaren können, dass Zeitpunkt und Dauer der Arbeit davon abhängen, wie viel gerade zu tun ist. Dieser Vertrag, egal ob dieser per Handschlag oder schriftlich geschlossen wurde, soll aber beinhalten, wie lange mindestens pro Tag und pro Woche gearbeitet wird. Wurde dies nicht verabredet, geht das Gesetz davon aus, dass mindestens drei Stunden am Tag und mindestens zehn Stunden pro Woche gearbeitet werden sollen. Wenn weniger Arbeit angefordert und geleistet wurde, kommt das Unternehmen in Annahmeverzug (BGB § 615) und muss drei Stunden pro Tag, an dem gearbeitet wurde, vergüten, mindestens aber zehn Stunden pro Woche. Arbeitgeber meinen nun oft, der oder die Angestellte hätte ja arbeiten können, wollte ja aber nicht oder hatte keine Zeit, obwohl er ja schon acht Stunden vor Dienstbeginn versucht hatte anzurufen.

Hier sagt das Gesetz, dass die Arbeitsmöglichkeit nur als angeboten gilt, wenn der Arbeitgeber dies vier Tage vorher getan hat. Das heißt, der Vertrag kann weder gekündigt werden, weil die Jobberin nicht zur Arbeit erschienen ist noch kann sich der Chef aus dem Annahmeverzug rausreden, wenn der „Dienstplan" nicht vier Tage vorher mitgeteilt wurde.

Es ist also nicht so, dass der Jobber auf Abruf den ganzen Tag in Arbeitsklamotten am Telefon sitzen muss, weil dieses gleich klingeln könnte und er dann den Sprint zur Arbeit beginnt. Wie bei jedem anderen Arbeitsvertrag auch entsteht bei Arbeit auf Abruf ein Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, sobald das Arbeitsverhältnis vier Wochen bestanden hat. Die Höhe der Lohnfortzahlung für die Zeit der Erkrankung errechnet sich aus dem Durchschnittslohn über die gesamte zurückliegende Vertragslaufzeit, längstens aber über die letzten dreizehn Monate. Der Arbeitgeber muss unverzüglich über die Erkrankung informiert werden. Wenn vertraglich eine Mindeststundenzahl *pro Monat* ausgemacht wurde und der Angestellte ein paar Tage krank ist, kommt den Rest des Monats aber auf die durchschnittliche Arbeitszeit, hat er keinen krankheitsbedingten Lohnverlust und deshalb keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ist aber die Mindestarbeitszeit *pro Woche* oder gar nicht vereinbart, müsste er an den gesunden Tagen der Woche auf die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit kommen, damit dem Arbeitgeber keine Pflicht zur Lohnfortzahlung entsteht.



Wartest du noch oder arbeitest du schon?

Die Praxis

Mike Uhland* ist gelernter Landschaftsgärtner. 2005 wurde er vom Grünflächenamt der Stadt Leipzig entlassen. Dafür wurden 1-Euro-Jobber eingestellt, die nun dieselbe Arbeit verrichten sollten. Das war schon damals rechtswidrig, wurde aber so gemacht. 2006 fiel auch Mike in Hartz IV. Über mehrere Winter arbeitete er für den Winterdienst der Stadtreinigung Leipzig, ein kommunales Unternehmen. Mike wurde angerufen, wenn Schnee zu fallen begann.

Im Vertrag stand, dass die Zeit bezahlt wird, die tatsächlich gearbeitet wurde. Eine Mindeststundenzahl fehlte. Natürlich wusste auch der Winterdienst nicht, wie das Wetter in vier Tagen sein wird. Würde man jetzt nach dem Gesetz gehen, hätte Mike immer einen Lohn für mindestens zehn Stunden pro Woche fordern können. Auch für die Wochen, in denen er nicht gerufen wurde. Und da es ja auch nicht möglich war, vier Tage im Voraus anzurufen, hätte Mike nicht eine Stunde arbeiten müssen, um für zehn Stunden bezahlt zu werden.

Dass Mike dies nicht getan hat, liegt zum einen daran, dass er das nicht gewusst hat, zum anderen versuchte er auf mehr als zehn Stunden die Woche zu kommen. Außerdem hätte er davon ausgehen müssen, dass er im nächsten Winter nicht mehr engagiert worden wäre, wenn er sich auf gesetzliche Bestimmungen berufen hätte. Natürlich hat er auch keinen bezahlten Urlaub verlangt. Rechnerisch ergibt sich der Anspruch auf den ersten Tag bezahlten Urlaub schon, wenn drei Monate lang nur einen Tag pro Woche gearbeitet wird, was ja schon vom Gesetz unterstellt wird.

Steffen König* war Geschäftsführer einer Leipziger Musikkneipe. An Tagen, an denen er nicht selbst hinter dem Tresen stand, kellnerten Studenten. Diese wurden in der Regel ein bis fünf Tage vorher angerufen. Bis zu unserem Gespräch hatte Steffen keine Ahnung, dass sie einen Anspruch auf eine Mindeststundenzahl, bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben. Steffen meinte, es sei doch nur ein Job und das hätte doch dann nichts mit dem Arbeitsrecht zu tun. Inzwischen ist die Kneipe insolvent, was auch mit der Personalpolitik zu tun hat.

Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns

Auf allen Seiten herrscht eine gravierende Unwissenheit über Rechte und Pflichten bei Arbeit auf Abruf. In der Regel handelt es sich um Helfertätigkeiten, damit sind die JobberInnen leicht zu ersetzen und werden sich nicht wehren. Wenn das Arbeitsverhältnis ohnehin beendet ist, könnten allerdings noch Nachforderungen gestellt werden. Aber einerseits sind die Streitwerte oft so gering, dass sich der juristische Weg nicht lohnt, andererseits sind die JobberInnen in der Regel nicht organisiert und kommen alleine nicht gegen den (Ex-)Chef an. Meistens handelt es sich um Kleinstbetriebe, weshalb auch kein Kollektiv besteht.

Solange es nicht gelingt, diese Arbeit durch reguläre Beschäftigung oder bezahlte Bereitschaftsdienste zu ersetzen, muss mindestens versucht werden, die Situation der Jobber auf Abruf so zu verbessern, dass sie dem Gesetz entspricht. Zwei wichtige Bestandteile auf diesem Wege sind Information und Organisation. Die Minijobkampagne der ASJ kann ein gutes Beispiel für die Aufklärung der JobberInnen sein. Für die gewerkschaftliche Organisation ist die transparente, branchenübergreifende Struktur der Allgemeinen Syndikate der FAU hervorragend geeignet. Wünschenswert wäre etwas mehr Kontinuität, damit einzelne Erfolge, wie sie schon erzielt wurden, nicht nur eine DA-Meldung erzeugen, sondern Anknüpfungspunkte zur Herstellung eines Problembewusstseins bei Arbeitgebern und Beschäftigten und den Einzugsstellen der Sozialversicherung. Damit, dass – wie jetzt bei der Minijobkampagne – DGB-Gewerkschaften erfolgreiche Arbeitsweisen kopieren und dann als ihre Idee darstellen, müssen AnarchosyndikalistInnen wohl einfach leben.

Thomas Bloch

*Namen geändert und der Redaktion bekannt

Truckstop im Norden

Unruhe und Selbstorganisation in einer zentralen Branche

Ver.di hatte die Trucker eigentlich schon aufgegeben. Der letzte richtige Arbeitskampf fand 1983 noch unter der ÖTV statt. Er wurde durch einen großen Polizeieinsatz beendet. Die Gewerkschaft hat man mit einer Welle von Klagen überzogen, die sie eine zweistellige Millionensumme kostete. Wirtschaft und Staat haben wenig Verständnis für Unruhe in einer Branche, von der alle Wirtschaftszweige abhängig sind.

Ver.di erklärte die Trucker kurzerhand für nicht organisierbar. Und so völlig aus der Luft gegriffen ist diese Behauptung nicht. In wenigen Branchen sind die Beschäftigten so vereinzelt wie in der Transportwirtschaft. Unter LKW-Fahrer herrscht eine Kultur des Einzelkämpfertums, und nicht wenige sehen sich als moderne Cowboys. Es fehlt die Kampfestradition der Mittelmeerländer, und man ist untereinander zerstritten.

Mit der in Brüssel beschlossenen Deregulierung im Transportgewerbe kam es zu einem internationalen Verdrängungswettbewerb mit der Folge von Ausflaggungen in Billiglohnländer, dem Sinken der Transportpreise und dem freien Fall der Arbeitsbedingungen der Fahrer. 2011 gründeten sich die Kraftfahrerclubs Deutschlands (KCD) als Versuch einer Selbstorganisierung für Berufskraftfahrer. 2012 stellten sie einen internationalen Protest auf einem Autohof bei Braunschweig auf die Beine. Es war eine bunte Mischung an Redner von Fahrer und Unternehmerorganisationen verschiedener Länder geladen. Ein spanischer Aktivist der CNT war dabei, doch Ver.di ließ sich wegen der Ferienzeit entschuldigen.

Es schien, als seien selbst die osteuropäischen Löhne noch zu hoch, als die in Lübeck ansässige lettische Spedition Dinotrans ankündigte, Fahrer von den Philippinen anzuheuern. Es kam europaweit zu einem Aufschrei der Empörung, der sich zuerst im Internet seinen Weg bahnte. Die in den Niederlanden gestartete Facebookgruppe *Actie in de Transport* (Transportwesen in Aktion) hat mehrere zehntausend Mitglieder in zehn europäischen Ländern. Die Betreiber der deutschen Facebookgruppe wurden selbst zu Aktivisten bei der Selbstorganisierung der Fahrer. *Actie in de Transport Germany* organisierte Stammtische und Informationsveranstaltungen für Fahrer. Gemeinsam mit dem KCD wurde die erste zentrale Fahrerdemo in Berlin im Sommer dieses Jahres vorbereitet. Gegen die in dem Gewerbe nicht seltenen rassistischen Töne lud man eine Sprecherin einer tschechischen Fahrerorganisation ein. Sie beschrieb die Arbeitsbedingungen in dem osteuropäischen Land, um klarzumachen, dass es um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen überall geht und nicht um nationales Konkurrenzdenken.

Ver.di erkannte, dass etwas ohne ihr eigenes Zutun in Bewegung gekommen ist, versuchte auf den fahrenden Zug aufzuspringen und begab sich erstmals in ihrer Geschichte auf das Rednerpodium einer von einfachen Fahrern organisierten Veranstaltung. Die Deutsche Logistik-Zeitung titelte: „Fahrer protestieren an Ver.di vorbei" und fügte hinzu: „Wie viele Facebook-Einträge nach der Demonstration zeigten, können die deutschen Fahrer das Gewerkschafts-Mantra ‚Werdet erst einmal Mitglieder, dann können wir uns auch um Euch kümmern' schlicht nicht mehr hören." Es war nicht nötig, die Kommentare bei Facebook zu lesen, um zu erkennen, wie weit sich die Gewerkschaft von den Interessen der Fahrer entfernt hat. Während der Gewerkschaftsrede verließ rund die Hälfte der Teilnehmer die Kundgebung.

Eine kleine Aktion in Flensburg Ende Juli schlug hohe Wellen. Einer vom KCD organisierten und von der FAU tatkräftig unterstützten Mahnwache gelang es, die Aushebelung dänischer Tarife durch die Einrichtung von Briefkastenfirmen im Niedriglohnland Deutschland einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Medien berichteten bundesweit über die symbolische Aktion, doch die Reportage des dänischen Fernsehens über die Aktion und deren Hintergründe löste eine Woge der Entrüstung aus. Vertreter der Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeber sahen sich gezwungen, sich öffentlich zu dieser Praxis zu äußern. Inzwischen kündigte die dänische Transportministerin Pia Olsen Dyhr an, in dieser Sache die deutschen Behörden aufzufordern, ihrer Verpflichtung zur Kontrolle der dort angemeldeten Gewerbe nachzukommen. Der Flensburger Bürgermeister versprach die Rechtmäßigkeit der Niederlassung skandinavischer Speditionen in der Grenzregion zu überprüfen.

Nur ein geringer Teil der Fahrer – es sind fast eine Million – bewegt schwere Trucks im internationalen Verkehr. Es gibt auch die Scheinselbstständigen, die mit den Lieferwagen der Paketdienste oder mit dem eigenen PKW die Sendungen des explodierenden Internethandels ausliefern. Die Arbeitsbedingungen dieser Branche sind schlichtweg unterirdisch. Auch in diesem Bereich gab es den ersten Versuch der Selbstorganisierung. Einer Malocherin der Paketdienstbranche gelang es mit Hilfe des Internets, der Wut und Verzweiflung der prekär Beschäftigten eine Stimme zu verleihen. Mit den im Netz geknüpften Kontakten wurde der erste öffentliche Protest in Köln organisiert. Der Trupp von rund 50 demonstrierenden Zusteller mag recht überschaubar gewesen sein, doch wurde er von einem beeindruckenden Konvoi hupender LKW begleitet, denn *Actie in de Transport* hatte zur Unterstützung der Paketdienstleister aufgerufen.

Tobias Haag

Truckstop in Köln

FahrerInnen organisieren sich selbst

Eine Demonstration der besonderen Art erlebte Köln am 10. August. Rund 70 TransportarbeiterInnen und ihre Familien hatten sich auf dem Ebertplatz versammelt, um mit ihrer neugegründeten Logistik-Selbstorganisation den Protest auf die Straße zu tragen. Der anschließende Fußmarsch über die Ringe zur Abschlusskundgebung am Chlodwigplatz wurde von einem Dutzend LKWs und Kurierfahrzeugen begleitet, die laut hupend für gehörige Aufmerksamkeit sorgten.



Protestfahrt durch die Kölner Innenstadt

Leider wurden aber keine Flugblätter verteilt und die präsentierten Plakate waren teilweise recht unverständlich gehalten („Lohndumping auch im Bundestag"). Das lässt darauf schließen, dass die FahrerInnen anscheinend über wenig politische Organisationserfahrung verfügen. Zwar wurden im Aufruf einige Forderungen genannt, wie „Gegen die miserablen Arbeitsbedingungen", aber ist z.B. die Formulierung „Gegen die Ausbeutung der Unternehmer, Fahrer und Depotmitarbeiter!" aus gewerkschaftlicher Sicht irritierend. Schließlich kann es kaum im Interesse kämpferischer ArbeiterInnen sein, sich für das Wohl der UnternehmerInnen einzusetzen. Bedenken wir jedoch, dass es sich hierbei oft auch um scheinselbständige SubunternehmerInnen handelt, die überwiegend Solo-Selbständige sind, so macht der Begriff „Ausbeutung" wieder einen Sinn: Schließlich fahren diese als „Systempartner" im Auftrag der weltweit marktführenden Großunternehmen in der Branche Kurier-Express-Paketdienste (KEP). In diesem Zusammenhang erschließt sich auch, warum sich die Demonstration gegen Sozialdumping und „für strengere Durchsetzung und Kontrollen der Kabotageregelung in der EU" einsetzte. Bei der Kabotage handelt es sich um das Transportrecht ausländischer Unternehmen im Inland, welches durch protektionistische EU-Gesetze geregelt ist, um „Billigkonkurrenz" zu verhindern. Innerhalb der EU wurde allerdings 2012 das Kabotageverbot aufgehoben und bis Ende 2013 soll überprüft werden, ob dies zu Sozialdumping geführt hat. Die FahrerInnen stehen daher am unteren Ende einer Dienstleistungskette, in der mit Termindruck und Wettbewerbsnachteilen argumentiert wird, um fehlende Ruhezeiten, gesundheits- und sozialschädliche Schichtpläne, dauerhafte Überstunden und anderen Arbeitsdruck zu rechtfertigen. Dazu kommen Niedriglöhne zu prekären Bedingungen. Insbesondere auf Scheinselbständige wird das unternehmerische Risiko abgewälzt, welche teilweise ihre Privatautos als Transportmittel nutzen müssen. Über 200.000 ArbeiterInnen sind in der Branche sozialversicherungspflichtig. Hinzu kommen etwa 100.000 Mini-JobberInnen. Zehntausende davon müssen beim Jobcenter aufstockendes ALG II beziehen, um trotz ihrer kräftezehrenden Arbeit überhaupt halbwegs menschenwürdig leben zu können.

Wenn nun von der noch recht neuen Selbstorganisation ein „faire[r]Wettbewerb" eingefordert wird, so klingt das zwar nach sozialdemokratischer Marktregulierung, ist aber – gemeinsam mit der Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes – der Versuch die eigenen Lebensumstände gegen Billigkonkurrenz und Burn-Out zu verteidigen. Jedoch klang in den Redebeiträgen nicht nur ein jahrelang aufgestauter Frust über die Machenschaften der großen Transportunternehmen an, ob sie nun DHL, DPD, GLS oder Hermes heißen. Auch das schwindende Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit angesichts der ungerechten Behandlung als abhängig Beschäftigte wurde auf der Kölner Demo mehr als deutlich gemacht. Umso unverständlicher wirken die Rufe nach mehr staatlichen Kontrollen und geregelten Märkten. Wenig Probleme mit der Staatsgewalt hatte hingegen ein ver.di-Funktionär aus Rheinland-Pfalz, der begeistert davon berichtete, wie seine DGB-Gewerkschaft gemeinsam mit der Zollfahndung auf die Jagd nach illegaler Beschäftigung geht und das Gewerbeaufsichtsamt zu Hilfe ruft.

Der Ruf nach europaweiten Mindestlöhnen und Frachttarifen richtet sich jedoch gegen eine weitere Liberalisierung des Marktes. Im Februar 2013 waren einige niederländische FahrerInnen so richtig wütend über eine lettische Spedition (mit Stammsitz in Lübeck) geworden, die auf den Philippinen FahrerInnen für 680 Euro Bruttolohn anwirbt, die dann in ganz Europa fahren sollen. Ebenso aus Italien wurden ihnen Fälle bekannt, in denen osteuropäische FahrerInnen für nur 380 Euro im Monat arbeiten. Diese Empörung führte dann zur Gründung der Selbstorganisation *Actie in de Transport*. Es bleibt abzuwarten, ob aus den bisherigen Initiativen, wie dem deutschen Ableger von *Actie in de Transport* oder der Interessenvertretung IG Fair KEP, irgendwann auch eine gewerkschaftliche Basisarbeit jenseits nationaler Standortlogik entsteht. Erste Anzeichen dazu sind bereits erkennbar und schon für den 31. August ist die nächste Demo im Lübecker Hafen geplant, zu der *Actie in de Transport* und die Kraftfahrer-Clubs Deutschland e.V. gemeinsam aufrufen.

Willibert Unterdingen

Mehr Infos:
www.ig-fairkep.de
www.actie-in-de-transport.org

Der Fall Olli R. – ein deaktivierter Basisgewerkschafter

Olli R. ist Wobbly und er sitzt im Knast. Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Auf den ersten Blick nicht viel, am Ende aber doch mehr als man ahnt

Olli war im Oktober 2009 nach § 129 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht hatte ihn und zwei Genossen der versuchten Brandstiftung auf Bundeswehr-LKWs und der Zugehörigkeit zur sogenannten „militanten gruppe (mg)" für schuldig befunden. Am 20. Juli 2011 trat Olli die Haft an, die er fortan im offenen Vollzug absolvierte.

Inklusive der viermonatigen U-Haft hatte er im Juli 2013 zwei Drittel der Strafe abgesessen und als „Erstverbüßer" die realistische Aussicht gehabt, den Rest der Strafe auf Bewährung ausgesetzt zu bekommen. Auch die JVA des Offenen Vollzuges rechnete seit Monaten fest damit. Doch am 22. Mai 2013 kam in Folge von bundesweit 21 Razzien ein Ermittlungsverfahren ans Licht, in dem er und acht andere Beschuldigte der Bildung einer mg-Nachfolgeorganisation verdächtigt werden. Als erste Reaktion wurde Olli vom offenen in den geschlossenen Vollzug verlegt und ist seitdem in Tegel eingesperrt: Arbeitsplatz gefährdet, politische Aktivitäten unterbunden, soziale Bindungen belastet ... – eben alles, was eine plötzliche Inhaftierung mit sich bringt. Nur dass gegen ihn (wie gegen die anderen Beschuldigten, die sich deshalb auch auf freiem Fuß befinden) gar kein Haftbefehl vorlag. Dafür war die Beweislage offenbar zu dünn.

Zudem liegen die Beschuldigungen gegen Olli zeitlich vor seinem Haftantritt. Beides hat die drei Kammerrichter allerdings nicht davon abgehalten, Ollis Antrag auf vorzeitige Entlassung abzulehnen. Begründung: Es sei nicht ersichtlich, ob der Vollzug seine Wirkung entfaltet habe und Olli „künftigen Tatanreizen widerstehen" werde. So soll der mit der Verlegung nach Tegel eingeleitete Desozialisierungsprozess fortgesetzt werden.

In der Anhörung vor dem Kammergericht, die der Entscheidung vorausging, hatte Olli den Rahmen seiner politischen Arbeit sehr klar definiert. In der Tat hat er seit längerem in der IWW eine politische Heimat gefunden, in der er sich aktiv und konstruktiv engagierte. Er wirkte beim Aufbau der Berliner IWW-Ortsgruppe mit, brachte thematische Impulse in die Diskussionen ein und rief schließlich die Zeitschrift „strike!" ins Leben, die er gemeinsam mit anderen Wobblies herausgab.

Kernthemen seiner Arbeit waren, neben Lohndumping und Arbeitsbedingungen, vor allem die Legalisierung des politischen Streiks und die Auseinandersetzung mit dem Unionismus als ein Weg, die Arbeitskämpfe aus den sklerotischen Strukturen klassischer Gewerkschaften herauszubewegen und ihnen eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu geben.

Diese Aktivitäten sind den Untersuchungsbehörden nachweislich bekannt. Sie lassen kaum Platz für einen Aktivismus auf Nebengleisen, und so können selbst die Ermittlungsbehörden in den letzten zwei Jahren nichts Relevantes gegen Olli geltend machen. Hingegen wird sowohl in den Schreiben des Gerichts als auch des BKA immer wieder betont, Olli sei ein Überzeugungstäter, habe seine radikale politische Haltung nicht aufgegeben und gehöre noch immer der „linksextremistischen Szene" an. Mit dem Bild vom unverbesserlichen Radikalen wird zugleich suggeriert, dass deshalb weiterhin eine Gefahr für die allgemeine Sicherheit von ihm ausginge. Bemerkenswert ist, dass eine unzulässige Kausalbeziehung zwischen den Begriffen „radikal" und „extremistisch" hier zumindest nahe gelegt wird. Alarmierend ist nun, dass in der Darstellung eines immer-noch-radikalen-und-deshalb-gefährlichen Individuums jegliche radikal linke politische Tätigkeit als Hinweis auf eine Bereitschaft zu strafrechtlich relevanten Handlungen in Szene gesetzt wird. Wenn das von Olli klar umrissene Betätigungsfeld und sein politisches Selbstverständnis als Basisgewerkschafter Anlass sind, ihn als Gefahr zu qualifizieren, dann heißt das zwar noch nicht, dass hier basisgewerkschaftliche Arbeit direkt kriminalisiert wird – aber es ist ein Schritt in die Richtung. Ein Schritt, der als Signal ernst genommen werden sollte, da er immerhin zur Folge hat, dass Olli nicht vorzeitig entlassen wird (wie seine beiden Mitverurteilten), sondern über ein Jahr länger im Knast – obendrein im geschlossenen – verbringen soll.

Emma Michel

Über die Lage von Olli informiert das „Soli-Komitee Olli R." auf seinem blog:
solikom-olli.site36.net
Dort erscheinen demnächst auch die Daten des Solikontos für Olli.
Die Zeitschrift „strike!" findet ihr auf:
strike.blogsport.de

§§§-Dschungel

Ab wie vielen Stunden handelt es sich um eine Vollzeitstelle?

Ob eine Stelle eine Vollzeit- oder Teilzeitstelle ist, hängt nicht davon ab, wie viele Stunden die Arbeitszeit beträgt, sondern wie viele Stunden im Vergleich zu anderen MitarbeiterInnen mit gleicher oder ähnlicher Tätigkeit gearbeitet werden. Das kann im Extremfall heißen, dass alle nur 20 Stunden die Woche arbeiten und damit als Vollzeitbeschäftigte gelten. Andersherum kann das auch heißen, dass man mit 40 Stunden teilzeitbeschäftigt ist, wenn die KollegInnen alle 42 Stunden arbeiten.
Gibt es keine vergleichbaren MitarbeiterInnen, dient die Stundenzahl eines Tarifvertrags der jeweiligen Branche als Vergleichsgrundlage. Gibt es auch diesen nicht, wird mit der branchenüblichen Stundenzahl verglichen. Eine Teilzeitbeschäftigung liegt auch immer dann vor, wenn das monatliche Einkommen 450 Euro nicht übersteigt. (TzBfG § 2, SGB IV § 8)

Wie kann ich meine wöchentliche Arbeitszeit verkürzen oder verlängern?

In Unternehmen, in denen mehr als 15 Personen beschäftigt sind, können die MitarbeiterInnen, die mindestens sechs Monate beschäftigt waren, eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangen. Dies muss drei Monate vor der gewünschten Verkürzung geschehen. Dann sollen beide Seiten die gewünschte Verkürzung besprechen. Ablehnen darf der Arbeitgeber nur, wenn dadurch unangemessene Kosten entstehen, die Sicherheit gefährdet wird oder andere „wichtige betriebliche Gründe" ihr entgegenstehen. Einen Monat vor der gewünschten Verkürzung muss der Arbeitgeber schriftlich mitteilen, ob und wie die Verkürzung zustande kommt. Wenn der Arbeitgeber die Frist verstreichen lässt, ist die gewünschte neue Stundenzahl und -verteilung genehmigt.
Die nächste Arbeitszeitreduzierung kann dann erst wieder nach zwei Jahren verlangt werden. Wenn jemand von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitstelle wechseln will, muss der Arbeitgeber dies bei der Stellenneubesetzung vorrangig berücksichtigen (Arbeitszeitverlängerung statt Neueinstellung bei gleicher Eignung), wenn dies nicht mit Arbeitszeitwünschen anderer Teilzeitbeschäftigter kollidiert. (TzBfG §§ 8 und 9)

Welche Kündigungsfristen gelten bei befristeten Arbeitsverhältnissen?

Ein befristeter Arbeitsvertrag endet mit Auslaufen der Befristung und bedarf keiner Kündigung. Eine ordentliche Kündigung ist während der Vertragslaufzeit für beide Seiten nur möglich, wenn dies im angewendeten Tarifvertrag oder im schriftlichen Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Ein befristetes Arbeitsverhältnis bedarf immer eines schriftlichen Arbeitsvertrages, sonst ist die Befristung ungültig! Die Kündigungsfristen im Vertrag dürfen nicht die des BGB § 622 unterschreiten: zwei Wochen in der Probezeit, dann vier Wochen zum fünfzehnten oder zum Ende des Monats. (TzBfG § 15 (3))

Welchen Urlaubsanspruch haben befristete / teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer?

Der Urlaubsanspruch für Teilzeitbeschäftigte errechnet sich *nicht* aus der Anzahl der Stunden, sondern aus der durchschnittlichen Anzahl der gearbeiteten Tage. Das heißt, wenn ein Vollzeitbeschäftigter, der genauso lange im Betrieb ist, und fünf Tage pro Woche arbeitet, 30 Tage Urlaub hat, muss der Teilzeitbeschäftigte, der zwei Tage pro Woche arbeitet, 12 Tage bekommen. Befristet Beschäftigte dürfen auch nicht weniger Urlaub bekommen als vergleichbare Festangestellte. Dieses Diskriminierungsverbot gilt auch für Weihnachtsgeld, Sonderurlaubsregelungen oder andere freiwillige soziale Leistungen. (TzBfG § 4)

Wenn's mal wieder etwas länger dauert

Soll der Mitarbeiter noch schnell etwas erledigen, nachdem der befristete Vertrag ausgelaufen ist, ohne das ein neuer schriftlicher Vertrag geschlossen wurde und der Mitarbeiter kommt dem nach und es wird nach Ablauf der Befristung (ab 0:00 Uhr des Folgetages) mit Zustimmung des Arbeitgebers gearbeitet, ist ein neuer unbefristeter Arbeitsvertrag ohne Probezeit entstanden. Diese Zustimmung kann auch stillschweigend sein. Allerdings muss der Arbeitgeber wissen, dass gearbeitet wird (also nicht heimlich ins Büro schleichen).
Einer hat gearbeitet und der andere die Arbeit angenommen. Damit ist ein Vertrag durch schlüssiges Verhalten oder Konklusion entstanden. (BGB §151)

Wann ist eine Befristung überhaupt zulässig

Eine Befristung kann aus einem Grund, zum Beispiel zur Erprobung, zur Vertretung eines Mitarbeiters oder bei kurzfristiger Auftragsspitze erfolgen (der regelmäßige Auftragsanstieg zu Weihnachten ist planbar und gehört nicht dazu.). In diesem Fall wird ein konkretes Datum vereinbart, an dem das Arbeitsverhältnis endet. Die Befristung kann auch zu einem bestimmten Zweck erfolgen, wie die Durchführung eines Projektes. Dann endet das Arbeitsverhältnis mit Erreichen des Zweckes. Der befristete Mitarbeiter muss aber zwei Wochen vorher über das Auslaufen des befristeten Vertrages unterrichtet werden.
Eine Grund- oder Zweckbefristung kann unendlich oft geschehen. Eine Befristung kann aber auch ohne Grund oder Zweck erfolgen. Dann darf nur auf insgesamt zwei Jahre befristet werden. Innerhalb dieser zwei Jahre kann bis zu dreimal verlängert werden. Der Mitarbeiter darf vorher noch nie für das Unternehmen gearbeitet haben. .Allerdings interpretiert das BAG dieses „noch nie" mit „in den letzten drei Jahren." Bei Unternehmensneugründungen ist sogar eine grundlose Befristung bis zu vier Jahren möglich. Wenn der Mitarbeiter über 52 Jahre alt ist und vorher mindestens vier Jahre arbeitslos war, Kurzarbeitergeld bekommen hat oder in einer öffentlichen Beschäftigungsmaßnahme (1-Euro-Job, ABM) gearbeitet hat, darf auch grundlos bis auf fünf Jahre befristet werden. (TzBfG §§ 14 und 15 (2,3) BAG Urt. v. 06.04.2011 - 7 AZR 716/09)

Zusammengestellt von Thomas Bloch

Das Elend im studentischen Hilfskräftemilieu

Die prekären Beschäftigungsbedingungen in den deutschen Universitäten ziehen sich durch bis hin zu den studentischen Hilfskräften

Häufig ist zu hören, dass die Arbeit im wissenschaftlichen Betrieb nicht mit einem normalen Job zu vergleichen ist. Sicherlich gibt es an der Universität, zumindest im wissenschaftlichen Bereich, keine Stechuhren, dafür aber sind die Stellen zumeist befristet[1] und werden nur als halbe oder dreiviertel Stellen bezahlt, was nur selten dem tatsächlichen Arbeitsaufwand entspricht.

Die prekären Beschäftigungsbedingungen ziehen sich durch alle Ebenen des Hochschulbetriebs (mit Ausnahme der Professuren) und beginnen bereits im Bereich der studentischen Hilfskräfte. Damit sind jene Studierenden bezeichnet, welche neben ihrem Studium an der Hochschule beschäftigt sind und überwiegend wissenschaftliche Hilfstätigkeiten erfüllen.[2] Hier werden die angehenden WissenschaftlerInnen bereits an die Bedingungen in ihrem späteren Arbeitsbereich gewöhnt. Darüber hinaus werden diese, immer befristeten, Hilfskraftstellen oftmals nicht als reguläre Arbeitsverhältnisse betrachtet, sondern als Qualifizierungsmöglichkeit und somit als Privileg, wofür nur eine geringe Aufwandsentschädigung aus dem Sachmitteltopf zu zahlen ist. Folglich sollen auch die normalen gesetzlichen Arbeitsrechte nicht gelten. Diese Fehleinschätzung ist an den Lehrstühlen und Personalbüros ebenso wie unter den studentischen Hilfskräften weit verbreitet. Insgesamt gesehen scheint der Aushilfsjob an einer Supermarktkasse somit lukrativer und sicherer, sofern das eigene Studium durch Lohnarbeit finanziert werden muss. Die soziale Bildungsselektion setzt sich hier nahtlos fort.

Das mangelnde Wissen der studentischen Hilfskräfte um die eigenen Rechte sowie das falsche Verständnis der Arbeit als Privileg erschweren eine gewerkschaftliche Organisierung. Zugleich kann der/die Vorgesetzte gegebenenfalls auch die eigenen Prüfungen abnehmen und die bereits institutionalisierten Interessenvertretungen fühlen sich selten zuständig: Personalräte sind teilweise per Gesetz von der Vertretung der studentischen Hilfskräfte ausgeschlossen und in Bildungsprotesten und den Gremien der studentischen Interessenvertretungen spielen Arbeitsverhältnisse in der Regel bestenfalls eine untergeordnete Rolle.

Trotz dieser schwierigen Ausgangsbedingungen tut sich etwas im Bereich der studentischen Hilfskräfte und an mehreren deutschen Hochschulstandorten haben sich Initiativen gegründet, welche sich des Themas annehmen. Als Orientierung dient dabei Berlin, wo 1979 ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte durch einen über ein Semester dauernden TutorInnenstreik durchgesetzt werden konnte. Dieser Tarifvertrag wirkt bis heute nach und führt dazu, dass sowohl die Bezahlung wie auch Rahmenbedingungen für studentische Hilfskräfte in Berlin weit über denen der anderen Bundesländer liegen.[3]

In Thüringen ist das örtliche FAU-Syndikat aktiv in die Auseinandersetzungen am soziologischen Institut der Universität Jena involviert.[4] Ausgangspunkt war eine absolut unzureichende Berechnung von Arbeitsstunden für Tutorien, wobei sich schnell weitere studentische Hilfskräfte aus dem Institut den Protesten anschlossen. Mittels eines offensiven Auftreten in den Institutsgremien und die öffentliche Verweigerung einer unbezahlte Klausuraufsicht seitens der TutorInnen konnte relativ zügig ein selbst ausgearbeitetes Infoblatt durchgesetzt werden, welches künftige Hilfskräfte über ihre grundlegenden gesetzlich verankerten Rechte aufklärt. Inzwischen wurden darüber hinaus die Tutorienstunden der tatsächlich zu leistenden Arbeitszeit annähernd angepasst und auch das Urlaubnehmen seitens der studentischen Hilfskräfte bürgert sich ein. Die nächsten Aufgaben der Initiative betreffen die bisher fehlenden Tätigkeitsbeschreibung der Stellen und die Befristungen.

Allerdings stoßen die Möglichkeiten der Verbesserung der Arbeitsbedingungen an einem einzelnen Institut schnell an ihre Grenzen und es bleibt zu bezweifeln, dass sich das Institut auf Konflikte mit der Universitätsverwaltung und dem Land einlässt – trotz aller Sympathiebekundungen für die Forderungen. Gerade im Bereich der Lohnhöhe kann die Perspektive nur der Berliner Weg sein, also die Erzwingung eines eigenständigen Tarifvertrages. Dabei ist kein Verlass auf die klassischen Gewerkschaften, welche die seit Jahren erhobene Forderung der Aufnahme der studentischen Hilfskräfte in den Tarifvertrag der Länder regelmäßig als eine der ersten Forderungen in den Verhandlungen fallen lassen. Eher scheint eine Koalition mit dem wissenschaftlichen Mittelbau an den Hochschulen erstrebenswert, da sie unter den gleichen prekären Beschäftigungsbedingungen leiden. Zugleich führt die zunehmende Unterfinanzierung der Universitäten dazu, dass immer mehr Aufgaben des Mittelbaus auf die billigeren studentischen Hilfskräfte ausgelagert werden. Beide Gruppen haben also gleiche oder sich ergänzende Interessen und ebenso lässt sich dadurch eine Kontinuität der Kämpfe herstellen, da aus studentischen Hilfskräften nicht selten Beschäftigte des Mittelbaus werden.

Thomas Möller

Anmerkungen

[1] Im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) ist festgelegt, dass wissenschaftliche Beschäftigte an den Hochschulen sechs Jahre grundlos befristet beschäftigt sein können, da angenommen wird, dass zeitgleich eine Qualifizierung (Promotion, Habilitation) erfolgt. Ursprünglich war das Gesetz dazu gedacht, Befristungen an den Hochschulen zu begrenzen, hatte aber die gegenteiligen Effekt, so dass heute über 90% des wissenschaftlichen Mittelbaus an den Hochschulen befristet beschäftigt ist. Bei studentischen Hilfskräften greift das Gesetz sofern bereits ein Bachelorstudium abgeschlossen wurde und die Arbeitszeit über 43 Stunden pro Monat beträgt.

[2] Explizit ausgenommen sind hier diejenigen studentischen Beschäftigten, welche überwiegend technische und Verwaltungstätigkeiten übernehmen und nach TV-L bezahlt werden. In der Praxis ist die Trennung meist nicht so deutlich und viele eigentlich nach TV-L zu bezahlende Stellen werden durch billigere studentische Hilfskräfte besetzt.

[3] Der höchste Stundenlohn wird in Berlin mit 10,87 Euro gezahlt, der niedrigste in Thüringen mit durchschnittlich 7,58 Euro. An einzelnen Hochschulen werden aber durchaus Löhne unter 6 Euro für Studierende ohne Bachelorabschluss bezahlt.

[4] Siehe dazu: *Scheiß Arbeit am linken Institut* in: *DA* 216.

Zum Weiterlesen:

Lenge, Alexander / Schneickert, Christian / Priebe, Stefan (2012): *Studentische MitarbeiterInnen: Zur Situation und Lage von studentischen Hilfskräften und studentischen Beschäftigten an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen*, GEW-Studie: www.wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary88494/Studentische_MitarbeiterInnen_online.pdf

Schneickert, Christian (2013): *Studentische Hilfskräfte und MitarbeiterInnen*, Konstanz / München: UVK, ISBN: 978-3867643306, S. 202, 22,99 Euro

Wie im Sport so im Job

Ein Kommentar von Christian Horn

Urheber: Findus

Es war schon grotesk als im Fernsehmagazin *Fakt* die Bilder des einstigen Weltrekordhalters im Hammerwerfen, Walter Schmidt, zu sehen waren, welcher eimerweise Pillen, Spritzen und andere Präparate vor laufender Kamera präsentierte. Der Mitschnitt aus den 1970ern wurde im Rahmen der aktuellen Dopingenthüllungen bezüglich der Geschichte des BRD-Sports eingespielt. Den Athleten kann eigentlich gar kein Vorwurf gemacht werden. Wer nicht für Olympia dopen wollte, lief noch in Gefahr nicht vom Verband nominiert zu werden. Doping war auch im Westen inoffiziell gängige Praxis und Teil des Kalten Krieges und im Dienste der Staatsraison. Staatlich organisiert fand der Betrug in einer parlamentarischen Demokratie statt. Wie januskopfig da einem der oft propagierte Kampf gegen Drogen vorkommt! Für den Sport scheint dieser Skandal ähnlich den laufenden Enthüllungen um die Geheimdienste zu sein. Jedes Jahr aufs Neue folgen aufgeflogene Sport-Idole insbesondere in Zusammenhang mit der Tour de France. Die Siegerliste beim größten Radrennen der Welt ist fast durchgängig über mehr als ein Jahrzehnt nicht mehr ernst zu nehmen. Analogien wie bei der ertappten Steuerhinterziehung sind zu beobachten. Es wird nur das gestanden, was sowieso bewiesen wurde.

Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, die Gründe für Doping nur in den Karriereaussichten von SpitzensportlerInnen zu suchen, obwohl hier bereits ein beträchtlicher Markt entstanden ist. Auch im Breitensport finden leistungssteigernde und schmerzbetäubende Mittel reißenden Absatz ohne Rücksicht auf die Gesundheit. Zu durchdringen sind viele Freizeitsporttreibende vom „Höher, Schneller, Weiter" – ein Motto, welches unsere Leistungsgesellschaft begründet in der sich neoliberale Individualitätsideologie widerspiegelt. Vor einigen Tagen nun machte die AOK-Befragung zum Thema Suchtmittel in der Presse die Runde. Auch Beschäftigte greifen zunehmend zu leistungssteigernden Mitteln. Sicherlich ist dies in unserer stressigen Arbeitswelt keine Überraschung. Aber ist es perfide, wenn wegen der steigenden Anforderungen im Berufsalltag schon pharmazeutische Produkte notwendig sind. Eine soziale Gegenkultur muss sich deswegen auch gegen Leistungsverdichtung und Arbeitsethos richten. Nicht zuletzt geht es um ein Recht auf Faulheit.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Telekom greift Daten ab

Die Deutsche Telekom überwacht automatisch sämtlichen Festnetz- und Mobilfunk-Verkehr. So heißt es in der Wirtschaftswoche, dass es eine Einsatzgruppe mit der Bezeichnung GBS-MIS innerhalb der Telekom gibt. Diese besteht aus mehreren Computersystemen. Die Computersysteme werten, so heißt es, die Verbindungsdaten automatisch aus und schlagen Alarm bei größeren Abweichungen „von der Norm des Durchschnittstelefonierers". So will die Telekom Betrügern und Hackern auf die Spur kommen, die im vergangenen 1,9 Millionen Euro Schaden anrichteten. Doch auch andere Telekomkunden könnten somit im nächsten Jahr ins Visier der GBS-MIS-Einsatzgruppen kommen, nämlich solche, die *„deutlich mehr telefonieren"* als ihre aktuelle Flatrate vorsieht. Diese Kunden könnten dann in eine teurere Flatrate wechseln. In jedem Fall dürften auch die Behörden von dieser Technologie profitieren.

E-Mail kein sicheres Kommunikationsmittel

Zwei E-Mail-Dienste, die einen verschlüsselten Service angeboten haben, gingen vom Netz. Den Kunden der Mail-Services Silent Circle und Lavabit blühte unangenehme Überraschung, nämlich dass ihre sämtlichen Nachrichten gelöscht worden waren. Dass beide E-Mail-Dienste plötzlich vom Netz gingen, begründeten die Sprecher der Unternehmen damit, der US-Regierung zuvorzukommen, die möglicherweise die Herausgabe von Kundendaten erzwingen könnte. Während der Sprecher von Silent Circle, dessen Unternehmen sich auf das so genannte Smartphone spezialisierte, betonte, dass man darauf vertraut hatte, dass man Textnachrichten, Sprach- und Videoanrufe schützen könne, waren E-Mails schon immer unsicherer, da sie Standard-Internetprotokolle nutzten. Der Gründer des Lavabit-Dienstes betonte: *„Wenn ihr dasselbe über E-Mail wüsstet wie ich, würdet ihr es nicht nutzen."* Beide Anbieter betonten: es gebe weder eine zuverlässige Möglichkeit, den Inhalt einer E-Mail zu verschlüsseln, noch eine für die Metadaten. So könne fast jede Regierung Provider zwingen, Informationen herauszugeben. Als Alternativen empfiehlt sich der E-Mail-Dienst Hushmail, der einen relativ sicheren E-Mail-Service bietet. Auch der selbsternannte Hacker Kim Dotcom hat vor einen neuen E-Mail-Dienst mit Sitz in Island anzubieten.

Europäisches Internet

Im Zuge des NSA-Skandals hat nun das europäische Parlament in Brüssel darüber diskutiert, ob ein unabhängiges Internet und eigener Europäischer Dienst sinnvoll und gewünscht seien. „Vor dem Hintergrund der Datenskandale macht es nicht nur ökonomisch Sinn, wenn wir beim Internet unsere Abhängigkeit von Amerika verringern", sagte der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Der EU-Kommissar für Regionalpolitik und Strukturhilfen, der mehr als ein Drittel des EU-Haushalts verwaltet, will für das Vorhaben Gelder aus dem Straßenbau abziehen. Es gibt zwar keine genauen Pläne wie das Ziel erreicht werden soll, doch kann unter dem Eindruck der weltweiten Krise und der wirtschaftlichen Konkurrenz davon ausgegangen werden, dass sich Europa unabhängig machen wird. Ob dies der Datensicherheit des normalen Internetnutzers in Europa dient, kann bezweifelt werden: auch deutsche Behörden haben die Daten der NSA verwandt und es kann davon ausgegangen werden, dass das Interesse nicht abgenommen hat.

Der BND darf abhören

Nach dem so genannten G-10-Gesetz über Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis darf der BND bis zu 20 Prozent der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland auf verdächtige Inhalte prüfen. Allerdings gibt der BND die abgehörten Fälle mit rückläufigen Zahlen an: von 6,8 Millionen im Jahr 2009 auf 2,9 Millionen 2011 und rund 800.000 im vergangenen Jahr. Ob der BND hier auf Daten der NSA zurückgegriffen hat, bleibt Spekulation. Insgesamt hatte der BND 2012 einen Etat von etwa 500 Millionen Euro, wovon er 100 Millionen für ein eigenes Überwachungssystem ausgeben wollte. Nach Bekanntwerden des NSA-Skandals dementierte er dieses. Genehmigt wurden allerdings 50 Millionen Euro für ein solches Projekt.

Apothekenzentrum gibt Daten weiter

Das Apothekenzentrum VSA, welches Teil der Unternehmensgruppe VSA ist, handelt im großen Stil mit Kundendaten, wie der Spiegel berichtet. Das Unternehmen ist größtenteils in Süddeutschland angesiedelt, der Hauptsitz befindet sich in München. Das Apothekenzentrum verkauft Patientendaten in unzureichend verschlüsselter Form an Firmen wie an den in mehr als hundert Ländern aktiven US-Konzern IMS Health. Das amerikanische Unternehmen beobachtete den Verlauf von 300 Millionen Patienten von denen auch 42 Millionen verschiedene gesetzlich Versicherte in Deutschland sind. Die Daten lassen sich bis in das Jahr 1992 zurückverfolgen. Der Handel mit Rezeptdaten ist per se legal, allerdings müsse dieser verschlüsselt stattfinden. Zwar haben die weitergegebenen Daten einen 64-stelligen Code, allerdings ist dieser nur die minimal veränderte Versichertennummer und ließe sich schnell zurückrechnen. Zusätzlich werden auch Alter und Geschlecht mit verkauft, und somit ist der Rückschluss auf einen Patienten ein Leichtes.

Zusammengestellt von Anton Rühle

HIER WOHNTE
PAUL ARTHUR HOLKE
JG. 1883
VERHAFTET 1937
„VORBEREITUNG ZUM
HOCHVERRAT"
1937 VERURTEILT
1939 BUCHENWALD
TOT 22.1.1940

Ein Stolperstein für Arthur Holke!

Seit April 2006 erinnern in Leipzig so genannte „Stolpersteine" an ehemalige BewohnerInnen der Stadt, die unter dem Nazi-Regime ermordet wurden. Mit neun Steinen wurde begonnen, seither sind in Leipzig ca. 90 hinzugekommen. Jeder dieser Stolpersteine ist mit einer Messingplatte verankert, auf der der Name, der Jahrgang und das Schicksal der betreffenden Person eingestanzt sind. Diese werden in die Gehwege vor den ehemaligen Wohnhäusern der Deportierten eingelassen, um eine dauerhafte Erinnerung an die Personen zu schaffen, die aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung ihr Leben verloren.
2008 beteiligte sich die FAU Leipzig zum ersten Mal an der Mahnwache am 9. November. An diesem Tag werden die Steine gereinigt und Kerzen im Gedenken an die Opfer des NS-Regimes entzündet. Doch nicht nur an diesem Datum, sondern auch an jedem weiteren Tag schaffen die Stolpersteine ein Andenken an die Opfer des NS-Regimes, wie man es durch kein Geschichtsbuch vermittelt bekommt. Dies allein war Grund genug, nach dreijähriger Teilnahme am Projekt, Nachforschungen zur Geschichte des Anarchosyndikalismus in Leipzig zu starten.
Nach einiger Recherche, mit Hilfe des Instituts für Syndikalismusforschung, stießen wir dabei auf den Installateur Paul Arthur Holke. Als Mitglied der FAUD betätigte sich Holke in der „Gilde der freiheitlichen Bücherfreunde", der Zeitung „Der Anarchist" und war ab 1933 Beisitzer in der illegalen FAUD-Geschäftskommission. Als er am 13. April 1937 wegen illegaler Tätigkeit verhaftet wurde, wohnte Holke in der Zentralstraße 11. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" wurde der Leipziger zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, danach jedoch ins KZ Buchenwald eingeliefert, wo er 1940 den Tod fand.
Nachdem wir eine Biographie erarbeitet hatten, starteten die FAU und ASJ Leipzig einen Spendenaufruf um die Finanzierung des Steins zu gewährleisten. Innerhalb von drei Monaten hatten wir die erforderliche Summe von 130 Euro zusammen, dafür noch einmal einen herzlichen Dank an alle SpenderInnen!
Somit konnte am 16. 7. der Stolperstein verlegt werden. Mit Redebeiträgen eines FAU- und ASJ-Mitglieds sowie einer Nachfahrin von Arthur Holke wurde ihm, so hoffen wir, ein würdiges Andenken bereitet. Unter den Augen der ca. 25 TeilnehmerInnen schafften wir es, ein Stück Widerstandsgeschichte in den Alltag der Menschen zurückzubringen, um sie vor dem Vergessen zu bewahren.

Thomas Graner

Prekäre Arbeit gibt's auch in Grün

Konflikt um Outsourcing und Leiharbeit bei der Heinrich-Böll-Stiftung

„Es tut so gut, sich endlich einmal zu wehren!", sagt Michael R., FAU Mitglied in Berlin, auf einer Kundgebung gegen die prekären Beschäftigungsverhältnisse in der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung (HBS). Viel Frust hatte sich im Laufe der Jahre angestaut, in denen er über eine externe Dienstleistungsfirma im Konferenzzentrum der HBS für einen Niedriglohn gearbeitet hatte. Ende 2012 jedoch begann er, unter den KollegInnen in der Stiftung und der Dienstleistungsfirma UnterstützerInnen zu suchen und Informationen zur Beschäftigungspraxis in der HBS zu sammeln. Bald wurde klar, dass nicht nur die Löhne niedrig, Mitsprachemöglichkeiten mäßig und die geforderte Flexibilität hoch war, sondern dass die HBS auch gegen arbeitsrechtliche Vorgaben verstoßen haben könnte: Bei der praktizierten Beschäftigungskonstruktion handelte es sich möglicherweise um unerlaubte Leiharbeit. Um die Sache ans Laufen zu bringen, reichte Michael R. Klage auf eine Festanstellung ein.

Doch dabei blieb es nicht: Die FAU Berlin informierte MitarbeiterInnen und Veranstaltungsgäste der Böll-Stiftung über die prekäre Beschäftigung im Technik- und Servicebereich. Die Geschäftsführung weigert sich jedoch bis heute, die gewerkschaftliche Komponente des Konfliktes anzuerkennen und mit der FAU zu verhandeln: Für sie handelt es sich um die Klage einer Einzelperson. Sie bot zudem einige hundert Euro an, wenn die Klage zurückgezogen und die gewerkschaftliche Arbeit eingestellt würde. Offene Debatten, die die HBS laut ihrem Leitbild eigentlich fördern will, behinderte die Geschäftsführung zusätzlich, indem sie den über externe Firmen beschäftigten KollegInnen die Teilnahme an einer Betriebsversammlung verwehrte. Sie wies sogar den Betriebsrat an, eine Einladung an die FAU zurückzuziehen, und dieser fügte sich. Schließlich plante die Geschäftsführung scheinbar, die gewerkschaftlich aktive Belegschaft des Konferenzzentrums aus dem Betrieb zu verdrängen. Kurz vor Beginn der Sommerpause führte die FAU Berlin darum eine erste Kundgebung vor dem Stiftungssitz durch, um deren Gäste und die Öffentlichkeit auf die prekäre Arbeit in der Böll-Stiftung aufmerksam zu machen.

Tarifflucht und Lohndumping: Leider alternativlos?

Die FAU-Mitglieder waren von der Unnachgiebigkeit der Geschäftsführung schon ein wenig überrascht: Prekäre Arbeit und Einschränkung von Mitsprache stünden einer Stiftung schlecht zu Gesicht, die die sozialen Folgen der Prekarisierung kritisiert und sich weltweit für Partizipation und Menschenrechte einsetzt. Noch pikanter sei dies angesichts der Kritik der Grünen an Lohndumping und Tarifflucht und ihrer Forderung nach einem Mindestlohn im aktuellen Wahlkampf. Denn obwohl die HBS formal kein Teil der Partei ist, sind die Verflechtungen zwischen beiden sehr eng: Nicht nur berufen sich beide auf eine gemeinsame politische Richtung, sondern Parteimitglieder sind auch in den Stiftungsgremien mit großer Mehrheit vertreten und selbst die Höhe der staatlichen Finanzierung der Stiftung hängt vom Wahlergebnis der Grünen ab.

Urheber: Findus

Die Geschäftsführung der „grünen Ideenagentur" stellt das Outsourcing der Konferenzassistenz jedoch immer wieder als alternativlos dar: Laut Vergaberecht dürfe die Stiftung keine bestimmten Tarife verlangen, müsse zugleich aber das wirtschaftlichste Angebot wählen. Ein entscheidendes Detail jedoch verschweigt sie: Niemand zwingt die Stiftung, überhaupt eine externe Firma zu beauftragen.

Obwohl die Stiftung damit argumentiert, dass sie keinen Einfluss auf die Löhne bei den beauftragten Dienstleistungsfirmen nehmen kann, behauptet sie zugleich, auf tarifliche Entlohnung zu achten. Bei der Firma, die den Betrieb des Konferenzzentrums bisher abgewickelt hat, gibt es jedoch überhaupt keinen Tarifvertrag. Die HBS verweist auf den Tarifvertrag zwischen dem DGB und dem Leiharbeitgeberverband BAP. Verglichen mit dem dort festgelegten Tarif von 7,50 Euro seien die gezahlten 8 Euro sogar übertariflich. Merkwürdig ist jedoch, dass die Stiftung einerseits bestreitet, dass es sich bei den KollegInnen um LeiharbeiterInnen gehandelt habe, andererseits jedoch einen willkürlich ausgewählten Dumpinglohntarif für LeiharbeiterInnen zitiert.

Der Stundenlohn sei ohnehin nur um 97 Cent niedriger gewesen, als das, was nach dem in der Stiftung üblichen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) zu zahlen gewesen wäre, rechtfertigt sich die Geschäftsführung weiter. Berücksichtigt man jedoch Einarbeitung und Erfahrung, steht den meisten KollegInnen ein Stundenlohn von über 11 Euro zu. Immerhin hieße aber selbst ein Plus von 97 Cent für die KollegInnen eine Lohnsteigerung von über 12 Prozent.

Die Entlohnung der KollegInnen nach TVöD stellte die Stiftung kürzlich zudem als unangemessene Verwendung öffentlicher Mittel dar, die zu Lasten der politischen Bildung gehe. Das Lohndumping stellt für die Geschäftsführung demnach keineswegs eine bedauerliche Nebenwirkung des Vergaberechtes dar, vielmehr rechnet sie mit den Ersparnissen durch Outsourcing und Leiharbeit. Das Argument jedoch scheint schief, läuft es doch darauf hinaus, Dumpinglöhne zu zahlen und Gewerkschaften aus dem Betrieb fernzuhalten, um die eingesparten Mittel für politische Bildung über Menschenrechte und Gerechtigkeitsfragen einzusetzen.

Leiharbeit statt Tariflohn

Einen Monat nach der Kundgebung vor der Stiftung demonstriert die FAU Berlin erneut – diesmal wenden sich die Proteste im Rahmen einer Aktionswoche nicht nur an die Böll-Stiftung, sondern auch direkt an die Grünen. Inzwischen hat die Stiftung die gewerkschaftlich aktiven KollegInnen kalt gekündigt. Um sie zu ersetzen, sucht sie nun auch offiziell nach LeiharbeiterInnen. „Zum Abschied gab's ein Stück Kuchen.", meint Michael R. „Damit lassen wir uns bestimmt nicht abspeisen!"

Pepe Rosenow

Darf ein Hartz IV-Roman lustig sein?

Unbedingt, meint der Autor von „Hartz 5", und lässt Erwerbslose das Jobcenter mit anarchischem Witz aufmischen

Wer von Hartz IV leben muss, hat wenig zu lachen. Jedenfalls dann, wenn man sich nur als Objekt staatlicher Elendsverwaltung sieht, das gezwungen ist, alle entwürdigenden Prozeduren mitzumachen, die die Voraussetzung dafür sind, dass man überhaupt Arbeitslosengeld II bekommt. Aber wer sich wehrt, hat auch etwas zu lachen, denn der Phantasie und dem Einfallsreichtum von Menschen, die mit einer gesunden Portion Respektlosigkeit gegenüber Obrigkeiten ausgestattet sind, haben die Bürokraten in den Jobcentern meist wenig entgegenzusetzen.

Genau dieser Aspekt – dass man sich durchaus erfolgreich gegen Schikanen des Fallmanagements wehren kann – fehlt in den meisten Hartz IV-Publikationen. Das Elend wird geschildert, der Widerstand dagegen nicht. Deshalb wollte ich einen Roman schreiben, in dem nicht nur das Leben von Hartz IV-Beziehern authentisch beschrieben wird, sondern in dem eine Erwerbslosengruppe mit Namen „Hartz 5" die Jobcenterbürokratie auch mit anarchischem Witz aufmischt.

Als freier Journalist, der seine mageren Einkünfte immer wieder mit Hartz IV aufstocken muss, kenne ich Hartz IV aus eigenem Erleben. Dazu kommen jahrelange Erfahrungen aus der Mitarbeit in einer Erwerbslosengruppe, die oft genug gegen die menschenverachtende Hartz-Bürokratie angerannt ist. Nicht immer erfolglos. Und so ist es auch in dem Buch: Wo immer Gespräche mit den Verantwortlichen nichts bringen, greifen die Mitglieder der Gruppe „Hartz 5" zur direkten Aktion und haben Spaß – und nicht selten auch Erfolg dabei.

Diese Herangehensweise an das Thema ist skeptisch beäugt worden: Ein Hartz IV-Roman, hieß es, dürfe nicht unterhaltsam, und schon gar nicht witzig sein. Dazu sei das Thema zu ernst. Doch gerade diese Verbindung eines ernsten Themas mit einer lockeren, unterhaltsamen Darstellung, kam bei Lesern und Kritikern gut an. So lobt die Webseite *buchmonat.de* den Roman als „Mutmacherbuch", *duckhome.de* ist der Meinung, es sei „Das Beste was es zu diesem Thema am Markt gibt", Richard Albrecht attestiert dem Roman in *filmundbuch* „filmisches Potential", und auch das kritische *Labournet* gibt „Hartz 5" das Prädikat „empfehlenswert".

Bleibt zu hoffen, dass man sich am Ende der Lektüre nicht gut unterhalten fühlt, sondern vielleicht auch ein bisschen von dem hängenbleibt, was die Hauptfigur nach einer erfolgreichen Aktion an einen Freund mailt: „Unser Blog ist voller Lobeshymnen. Wir brauchen aber keinen Fan-Club. Wir brauchen Leute, die mitarbeiten."

Peter Hetzler

Meldungen aus der FAU

Berlin / bundesweit

Vom 2. bis 8. September findet die internationale Aktionswoche gegen prekäre Beschäftigung in der grünen Heinrich-Böll-Stiftung statt. Am 5. September ist die Verhandlung im Prozess gegen die Heinrich-Böll-Stiftung um unerlaubte Leiharbeit und die Kundgebung um 12 Uhr vor dem Arbeitsgericht (Magdeburger Platz). Bereits bei der ersten Aktionswoche Ende Juli / Anfang August gab es solidarische Aktionen u. a. durch die FAU Freiburg auf zwei Wochenmärkten im Stühlinger sowie der Wiehre, am 1. August durch das Allgemeine Syndikat Dresden mit Mahnwachen an zwei Standorten und durch die FAU Thüringen in Erfurt. Lokale sowie überregionale Medien berichteten über die Vorwürfe gegen die grüne Stiftung, wie etwa *Ruhrbarone, Jungle World, taz, Neues Deutschland, Tagesspiegel* und *Potsdamer Neueste Nachrichten*.

Dresden

Die FAU-Initiative Basisgewerkschaft Nahrung und Gastronomie (I-BNG) in Dresden gründete sich am 29. Juli. Aktuell wird mit guten Fortschritten an einem Lohnspiegel für Dresden gearbeitet, ein erster Informationsfolder wird in den Betrieben verteilt und ein E-Mail-Verteiler zur Vernetzung von KollegInnen eingerichtet.

Stuttgart

Mitglieder der FAU Stuttgart hielten am 28. Juli einen gut besuchten Vortrag zum Thema „Anarchismus/Anarchosyndikalismus" auf dem 3. Internationalen Forum gegen unnütze Großprojekte in Stuttgart. Das Syndikat engagiert sich seit einigen Wochen im Solidaritätskreis für die LeiharbeiterInnen und WerkverträglerInnen im Daimler-Werk Untertürkheim. Außerdem wurde auf Betreiben der FAU Stuttgart das örtliche M 31-Bündnis reaktiviert.

Frankfurt

Das Agieren der Polizei bei der Demonstration *M 31 – European Day of Action against capitalism* im März 2012, an deren Vorbereitung die FAU beteiligt war, erklärte das Landgericht Frankfurt für rechtswidrig. Nach dem aktuellen Urteil waren die teilweise über zehnstündige Kesselung von mehr als 450 Menschen, die massenhafte Ingewahrsamnahme sowie Festnahmen illegal.

Selber schuld

Ein historischer Blick auf den Diskurs um Krise und prekäre Arbeit im Spanien des frühen 20. Jahrhunderts

Anmerkungen

[1] Vgl. Tuñón de Lara, Manuel: Strukturelle Ursache und unmittelbare Anlässe, in: Tuñón de Lara, Manuel: *Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme*, edition suhrkamp, Frankfurt a. M. 1987.

Quelle: radicalgraphics.org

Eine Schwierigkeit des Begriffs „prekär" liegt darin begründet, dass er eine wesentliche Dimension von Arbeit nicht thematisiert. Prekäre Arbeit wird von Unsicherheit geprägt, ist körperlich oder psychisch belastend, in zu lange Zeiteinheiten aufgeteilt – und miserabel bezahlt. Die Dimension des durch Arbeit hergestellten Mehrwertes, um den im Kapitalismus gesellschaftlich zu kämpfen ist, wird durch den Begriff des „Prekariats" im Gegensatz zu dem des „Proletariats" nicht erfasst. Das „Prekariat" macht schlichtweg beschissene Arbeit bzw. muss sich mit den Schikanen des Arbeitsamtes rumschlagen – die Standardfloskeln von „mehr Chancengleichheit", „mehr Bildung" und „sozialer Mobilität" sind da logische Folgen. Das „Proletariat" wurde hingegen als zur herrschenden Klasse grundsätzlich feindlich oder zumindest oppositionell eingestellt, mithin als politisch selbstbewusst definiert. Die moderne Gesellschaft erscheint jedoch als derart komplex, als dass eine Aufteilung in zwei Klassen nicht mehr zu greifen scheint, steht doch ein jahrzehntelanger Arbeiter bei VW sozial deutlich höher als eine Leiharbeiterin im Altersheim – und wen soll ein verarmter Imbissbetreiber bitte bestreiken? Die Frage nach dem politischen Charakter der Ökonomie, nach ihrer herrschaftssichernden Struktur, gerät dabei schnell mal in den Hintergrund.

Staat-Nation-Kapital-?!

Beschissene Arbeit war und ist natürlich immer die massenhafte Grundlage des herrschenden ökonomischen Systems. Beschissen für die Gesundheit, beschissen für den Lebensunterhalt. Einher geht damit automatisch der gesellschaftliche Reflex, diese Verhältnisse zu rechtfertigen. Dazu dienten im Europa der Moderne von Beginn an die Nationalstaaten als ideologisches Vehikel: Ökonomie nicht als Lebensgrundlage aller Menschen, sondern als entfesseltes Wettrennen um eine anhand der Wachstumsraten ablesbare „Leistungsfähigkeit" der Bevölkerungen. Der moderne deutsche Nationalismus kann dabei als überexemplarisch betrachtet werden. Er begann mit der im Vergleich zu England und Frankreich verspäteten Industrialisierung, wuchs schrittgleich mit ihr überdimensional an, und glättete die dabei entstehenden internen Widersprüche mithilfe eines aggressiven Antisemitismus. In vielen europäischen Staaten des frühen 20. Jahrhunderts, die nicht zu den Großmächten zählten und in denen entsprechend der eigene nationale Status beklagt wurde, galt der rasante Aufstieg Deutschlands als bewundernswert. Gerade das Bündnis aus autokratischem Adel und Industriebourgeoisie machte das deutsche Kaiserreich zum Vorbild all jener Herrschaftssysteme, die einen Wandel zur Republik ablehnten, aber auf den wirtschaftlichen Fortschritt bürgerlicher Ökonomien nicht verzichten wollten.

Der Erste Weltkrieg, der die militarisierten Konsequenzen von Wachstum und Wettbewerb untrüglich offengelegt hatte, änderte natürlich auch nichts an den nationalen Aufstiegsphantasien des portugiesischen, spanischen, italienischen oder griechischen Bürgertums und Adels. Dass Gewerkschaften, ArbeiterInnenparteien oder freie Assoziationen von Lohnabhängigen in diesem Kontext wie im Deutschland der bismarckschen Sozialistengesetze als „Feinde des Vaterlandes" stigmatisiert wurden, war nur folgerichtig. Vor dem zeitgenössischen Hintergrund der Organisation von Land- und Industriearbeit im Europa der damaligen Zeit, zumal noch in der Peripherie, wird deutlich, wie stark die ideologischen Rechtfertigungsmechanismen von „prekärer" Arbeit sein können: Sogar die Tagelöhnerei in der spanischen Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die während der Erntezeit bis zu 16 Stunden harte körperliche Arbeit am Tag zu einem Hungerlohn und im restlichen Jahr meist Arbeitslosigkeit bedeutete, wurde mit einigem Erfolg durch das Kazikentum verklärt und als Dienst an der Nation gepriesen. Ähnlich wie heute wurde Armut und Perspektivlosigkeit als ein doppeltes Entwicklungsproblem interpretiert: Zum einen die ungebildeten LandarbeiterInnen, mit denen ja keine profitablere Produktion anzustellen sei, zum anderen der Zustand des Landes, der sich erst eben durch harte Arbeit allgemein zu verbessern habe, bis eine „Wettbewerbsfähigkeit" mit den führenden Industrienationen hergestellt sei. Als „Kazikentum" wurde in Spanien bis zum Beginn der franquistischen Ära ein sich zu einer Agrarbourgeoisie gewandelter Landadel bezeichnet, der die feudalen Strukturen 1:1 in ein Niedrigstlohnsystem übertrug und das erwirtschaftete Kapital am Finanzmarkt wiederverwertete. Auch die katholische Kirche erzielte mit ihren riesigen Ländereien durch dieses System gigantische Gewinne. Überhaupt türmte sich in Spanien bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 das Kapital nur so auf, sodass sich allein von 1916 bis 1920 in Spanien 3.486 Aktiengesellschaften gegründet wurden.[1]

Ursächlich hierfür waren zum einen die de facto monopolkapitalistischen Verhältnisse auf dem Land, also ein System des gemeinsamen Vorgehens gegen internationale Konkurrenz einerseits und organisierte LandarbeiterInnen andererseits, und zum anderen die spanische Neutralität im Ersten Weltkrieg. Spanien belieferte alle Kriegsparteien mit Rohstoffen und heizte so die menschenverschlingende Materialschlacht zu Gunsten der eigenen Industrie enorm an. Die unermesslichen hierbei erzielten Gewinne begünstigten jedoch klassenkämpferische Positionen in der ArbeiterInnenschaft, so dass mit den Gewinnen des Kapitals auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften wuchs. Ab 1917 erschütterten in bald regelmäßigen Abständen landesweite Streiks und zahllose regionale Aufstände das Sicherheitsgefühl der aufstrebenden Oberschicht des Landes. Es beteiligten sich die hinsichtlich rein monetärer Aspekte relativ bessergestellten IndustriearbeiterInnen in Katalonien und dem Baskenland genauso wie die besitzlosen TagelöhnerInnen in den ländlichen Gebieten Andalusiens. Ein Facharbeiter in Barcelona konnte zumindest potentiell tatsächlich sozial aufsteigen, während dies für eine mittellose Landarbeiterin absolut aussichtslos war. Was die sehr verschiedenartig „prekär" lebenden Menschen also einte, war nicht die vermeintliche soziale Homogenität ihrer „Klasse", sondern der unverschämte Reichtum des Bürgertums und des Adels, der der eigenen Situation in krassester Weise entgegenstand. Mit anderen Worten: Der politische Charakter der Ökonomie wurde nur allzu deutlich.

Sieger der Geschichte

Trotz des eigenen Wohlstands schien die herrschende Klasse in Spanien einer ausgeprägten Profilneurose anzuhängen. Bis heute hält sich – sowohl in Spanien selbst als auch in den internationalen Kulturwissenschaften – die Mär von der „Katastrophe von 1898". Gemeint ist die Niederlage des spanischen Militärs im Krieg mit den USA, als Spanien mit Cuba, Puerto Rico und den Philippinen die letzten Gebiete des einstmals riesigen Kolonialreiches verlor. Eine einflussreiche und heute geradezu mystifizierte Gruppe von Intellektuellen, die so genannte „generación del 98", befasste sich – so die gesellschaftliche Interpretation – mit der „spanischen Tragödie". Bis heute wird in Geschichtsbüchern von einem Trauma gesprochen, und tatsächlich erschien im Spanien der damaligen Zeit eine ganze Reihe von Büchern, die sich mit einem vermeintlichen Niedergang Spaniens befassten. 1898 hatte sich allerdings sowohl sozial als auch politisch nichts dramatisch verändert, und die meisten derjenigen, die die angebliche Katastrophe beklagten, hatten selbst keine Angehörigen in dem vor allem auf Cuba ausgetragenen blutigen Krieg verloren.

Natürlich leuchtet es ein, dass das Königshaus in einen dynastischen Scham versank, nun die erste Generation seit 1492 stellen zu müssen, die nicht über ein Kolonialreich herrschte, und dass NationalistInnen im Umfeld des Militärs die verlorene territoriale Größe beklagten, ist auch nicht weiter verwunderlich. Beide Seiten suchten ab 1907 Kompensation in Marokko, was zu den blutigen Riffkriegen 1909 und 1921-1926 führte und jenes spanische Afrikakorps schuf, an dessen Spitze ein gewisser Francisco Franco mithilfe der deutschen und italienischen Luftwaffe 1936 nach Spanien übersetzten sollte.

Dies ist aber die einzige direkte historische Verbindung, die sich zwischen 1898 und 1936 ziehen lässt – und doch wird heute allzu oft suggeriert, die spanische Gesellschaft als Ganzes sei nach der Niederlage im Krieg mit den USA in eine Identitätskrise gefallen, die schließlich durch den Bürgerkrieg blutig gelöst wurde. Sowohl in spanischen, britischen wie auch deutschen geschichts- und literaturwissenschaftlichen Büchern werden die Klassenkämpfe auf der iberischen Halbinsel bis 1936 häufig als unmittelbare Folge des Verlustes der Kolonien dargestellt, als ob die ab 1919 unangefochten stärkste spanische Gewerkschaft CNT die enttäuschten Großmachtambitionen der ArbeiterInnen nur für die eigenen Zwecke missbraucht habe. Schon damals wurde das Aufbegehren des Proletariats als Konsequenz des Fehlens eines nationalen Wirs interpretiert – die ArbeiterInnen fielen dem geschwächten Vaterland in den Rücken, anstatt ihren Teil zum Bestehen im ökonomischen Wettrennen beizutragen. Somit hat sich die nationalistische Lesart der Geschichte in weiten Teilen bis heute erhalten.

Kein Aufstand der Massen

Zu der „generación del 98" werden Klassiker der spanischen Philosophie und Literatur wie Antonio Machado, Miguel de Unamuno oder Ramón María del Valle-Inclán gezählt, die aber tatsächlich höchst unterschiedliche Denk- und Stilrichtungen repräsentieren, und die auf über 1898 weit hinausgehenden sozio-kulturellen Wurzeln basieren. Unamuno war ein konservativ-katholischer Moralist, Valle-Inclán hingegen ein hoch ironischer Zerstörer von Traditionen und festgefahrenen kulturellen Strukturen mittels subtiler Subversion. Dass die so verschiedenartigen Strömungen zu einer „Generation" zusammengefasst wurden, nur weil sie unter unterschiedlichsten Vorzeichen Gesellschaftskritik übten, wird nur in wenigen Werken wirklich substantiell kritisch hinterfragt. Allein die Figur der „Identitätskrise" ist natürlich schon mit nationalistischem Gedankengut aufgeladen, liegt ihr doch die Vorstellung einer nationalen Identität fundamental zu Grunde. Als vehementer Verfechter einer solchen Sichtweise auf die gesellschaftlichen Konflikte in Spanien bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges kann José Ortega y Gasset gesehen werden, der heute als wichtigster spanischer Philosoph der Moderne verklärt wird. Er gilt als Vordenker des heutigen spanischen Staates und sogar der Europäischen Union. Sein Hauptwerk „Der Aufstand der Massen" rollt das Problem der Verelendung dabei in einer bemerkenswerten, aber durchaus prototypischen Weise auf: Durch die kapitalistische Produktionsweise entstünden mit den Massenwaren auch die Massenmenschen, letztendlich der Massenmensch als austauschbares Objekt schlechthin. Der Massenmensch wird dadurch charakterisiert, dass er Individualität nicht duldet, da nur die graue Masse sein Zuhause ist – damit ist er per Definition Kultur, Tradition und auch Demokratie feindlich gegenüber eingestellt und trachtet allem Außergewöhnlichen den Garaus zu machen.

Wohlgemerkt erschien dieses Buch um 1930, einer Zeit, in dem die sozialen Verhältnisse, die die Massenproduktion hervorrief, in Europa und gerade in Spanien den Betrachtenden geradezu ins Gesicht springen mussten – Armut und körperliche Gefährdung hier, ausladender Reichtum und Macht dort. Doch Ortega y Gasset interpretiert das Mehrwertproblem als ein moralisches: Während die proletarischen Massen aufgrund mangelnder Bildung die Errungenschaften der Zivilisation zu zerstören drohen, fehlt es der dekadenten Oberschicht an philosophischer Klarheit und moralischer Tugend. Zusammen mit einer Gleichsetzung von Faschismus, Bolschewismus und Syndikalismus hat diese oberflächliche Schelte an den Herrschenden den Mythos Ortega y Gassets begründet – er habe in seinem Plädoyer für eine an der Demokratie des alten Athens (dessen Sklavenhaltergesellschaft Ortega y Gasset natürlich unter den Tisch fallen lässt) orientierte Europäisierung der Politik die Gedanken der konstitutionellen Monarchie ab 1978 und der Europäischen Union vorweg genommen. Und tatsächlich: die Vision einer technokratischen Elitendemokratie und eines desorganisierten, vereinzelten und somit zynisch „individuellen" Prekariats scheint sich erfüllt zu haben. Doch die Krise ist geblieben.

Marcus Munzlinger

70 Tage selbstverwaltetes Staatsfernsehen

Die Auseinandersetzung um die griechische Sendeanstalt ERT hat zu einer erstaunlichen politischen Dynamik geführt

Nach mehr als zwei Monaten selbstverwaltetem Radio- und Fernsehprogramm intensiviert die griechische Regierung ihre Spaltungsversuche gegenüber den ehemaligen Angestellten der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ERT. Am 2. August 2013 gab sie erst die Verlängerung der Bewerbungsfristen für die von ihr ausgeschriebenen 589 Arbeitsplätze in der neu zu gründenden staatlichen Rundfunkanstalt um einen Tag bekannt, nur um einige Stunden später eine neue Ausschreibung über nun 1453 befristete Arbeitsplätze zu veröffentlichen. Bis zum 9. August sollten sich die Interessierten unter den ca. 2700 entlassenen ERT-MitarbeiterInnen auf die Stellen beworben haben. „Die Einstellung des Personals erfolgt Schritt für Schritt, je nach Bedarf, und sobald der freie Zugang der Rundfunkanstalten in Athen und Thessaloníki gewährleistet ist", so ein Regierungssprecher.



Die Solidaritätsbewegung mit dem Staatssender ERT könnte eine Brücke zwischen den verschiedenen AkteurInnen der Sozialproteste in Griechenland bauen

Mit diesem leicht durchschaubaren Angebot sollte die anhaltende Besetzung der Sender ohne Aufsehen erregenden Polizeieinsatz beendet werden. Doch ohne Erfolg – wie schon am 10. Juli, als auf den bisherigen ERT-Frequenzen erstmals das Testbild des *Griechischen Öffentlichen Fernsehens* (EDT) erschien, lassen sich die ERT-MitarbeiterInnen bisher nicht entmutigen. EDT soll in der Übergangszeit bis zum Start der geplanten neuen öffentlich-rechtlichen Anstalt NERIT (Neues Griechisches Radio, Internet, Fernsehen) senden. Momentan gezwungenermaßen nur mit einem Notprogramm aus Filmen, Dokumentationen und Musiksendungen aus dem ERT-Archiv, das im Studio eines unter Polizeischutz stehenden Privatsenders zusammengestellt wird. Nachrichten sollen laut Aussage des zuständigen Staatssekretärs Pantelís Kapsís nur in einem Laufband eingeblendet werden. Aus Protest gegen die Ausstrahlung hatten JournalistInnen am Folgetag die Arbeit niedergelegt, da die Aktion der Regierung aus ihrer Sicht verfassungswidrig ist.

Recht und Unrecht

Nur Sendungen aus den Studios der am 11. Juni geschlossenen und seitdem in Selbstverwaltung betriebenen staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ERT seien legal, das Programm von EDT eine „Piratensendung", heißt es in der Streikerklärung des Journalistenverbandes (POESY). Mit einiger Berechtigung, hatte doch das höchste griechische Verwaltungsgericht am 17. Juni in einer von den ERT-Angestellten umjubelten, vom konservativen Ministerpräsidenten Antónis Samarás jedoch ignorierten einstweiligen Verfügung angeordnet, dass ERT bis zum Aufbau einer neuen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt den Betrieb wieder aufnehmen soll. In Folge des Urteils hatte die Demokratische Linke (Dimar) die Regierungskoalition verlassen, so dass die konservative Néa Dimokratía und die sozialdemokratische Pasok nur noch über eine knappe Mehrheit von 153 der 300 Parlamentssitze verfügen.

> *Das ist dann alles sicher nicht im Sinne der Regierung.*

Das Gericht hatten ERT-Angestellte angerufen, nachdem Samarás am 11. Juni in einer putschartigen Aktion das Aus für alle staatlichen Fernseh- und Radiosender verkündet hatte und starke Polizeikräfte diese abgeschaltet hatten. Doch die Beschäftigten beschränkten sich nicht auf den juristischen Kampf. In einer beispielhaften Direkten Aktion besetzten sie die Sendeanstalten und übernahmen die Programmgestaltung in Eigenregie.

Zu ihrer Unterstützung waren noch im Laufe der Nacht Tausende Menschen vor die besetzten Gebäude gezogen, und auch in den nächsten Tagen und Wochen fanden immer wieder große Kundgebungen und Solidaritätskonzerte statt, um gegen die Schließung der einzigen konzernunabhängigen Medienanstalt zu protestieren. Aus dem In- und Ausland trafen zahlreiche Solidaritätsbotschaften ein, die den Kampf der Belegschaft unterstützen.

Auch die Europäische Rundfunkunion (European Broadcasting Union, EBU) zeigte sich entsetzt und forderte Samarás auf, die Entscheidung unverzüglich zu widerrufen. „Von demokratisch legitimierten Entscheidungen kann in Griechenland offenbar keine Rede mehr sein." Die EBU ist ein Zusammenschluss von derzeit 74 Rundfunkanstalten in 56 Staaten Europas, Nordafrikas und Vorderasiens mit Sitz in Genf.

Perspektivwechsel vor und hinter der Kamera

Das selbstverwaltete Fernsehprogramm kann seit dem 13. Juni über das Satellitensignal der EBU und den Livestream empfangen werden. Die regionalen und überregionalen Hörfunkprogramme der ERT werden in einigen Regionen Griechenlands über UKW und weltweit über mehrere Kurz- und Mittelwellenfrequenzen ausgestrahlt.

Bis zum 11. Juni bestand ERT aus fünf TV-Kanälen, sechs landesweiten und neunzehn regionalen Radiosendern und wurde über eine Abgabe von 4,24 Euro pro Monat finanziert, die pro Haushalt mit der Stromrechnung beglichen werden musste. Insgesamt 290 Millionen Euro wären so 2013 zusammengekommen. Die Ausgaben des Senders sollen sich dieses Jahr auf knapp 200 Millionen belaufen, was ihr einen Gewinn von 90 Millionen beschert hätte. Samarás' Argument, ERT müsse schließen, weil sie zu teuer sei, stimmt demnach ebenso wenig wie das von Regierungssprecher Símos Kedíkoglou, ERT sei ein „Hort der Intransparenz und Verschwendung". Hauptsächlich geht es beiden wohl um die politische Kontrolle der staatlichen Medien. Sogar die konservative Tageszeitung Kathimeriní kommentierte, Samarás' Entscheidung erinnere an die Zeiten der Diktatur. Die Vermutung liege nahe, dass er den Sender zu einem Zeitpunkt schließen wolle, an dem die Großdemonstrationen nachgelassen haben.

Doch die Rechnung ging nicht auf. Zwar haben viele die ERT zuvor als gestrig und irrelevant beschimpft, ihr wahlweise Staatspropaganda oder Verdummung vorgeworfen und sich lautstark über die vier Euro Rundfunkgebühr im Monat geärgert. Doch das autoritäre Abschalten des Senders durch Samarás und die kämpferische Antwort der Belegschaft machten die ERT über Nacht derart beliebt, dass es in den ersten Tagen der Besetzung schien, als könne niemand mehr ohne ERT leben. Diese etwas blinde Solidarität hat sich inzwischen beruhigt. JournalistInnen, die seit Jahren noch jede Polizeilüge und staatliche Propaganda unhinterfragt verbreiteten, haben sich nicht plötzlich zu RevolutionärInnen gewandelt. Trotzdem scheint auf, welche Wichtigkeit eine selbstverwaltete ERT gerade in Krisenzeiten für emanzipatorische Bewegungen haben könnte: wenn Arbeiter der selbstverwalteten Fabrik Viomichanikí Metallevtikí aus Thessaloníki oder die sich gegen umweltzerstörenden Goldabbau wehrende Bevölkerung Chalkidikís live über ihre Erfahrungen berichten. Wenn der Hungerstreik des seine Freiheit erkämpfenden Anarchisten Kóstas Sakkás ohne Terroristenhetze begleitet wird, die anarchistischen „Aufständischen Radiofrequenzen" aus der besetzten ERT senden, deren MitarbeiterInnen sich öffentlich für die Solidarität von indymedia Athen bedanken, und solidarisch über andere Arbeitskämpfe berichtet wird – dann ist all das sicher nicht im Sinne der Regierung. Wohl deshalb nehmen die Gerüchte über eine bevorstehende gewaltsame Räumung der Sendegebäude zu.

Rolf Dreis

Tour de Farce

Die Regierung Hollande will die Agenda 2010 in Frankreich adaptieren



Populärer Slogan, über Szenegrenzen hinweg

Die französische Regierung nennt explizit die deutsche Agenda 2010 als Grundlage für die kommenden Sozialreformen. Den Anfang machen neue Rentengesetze (siehe Artikel „Die Mutter aller Reformen", S. 11). Dabei „vergessen" die Regierenden natürlich zu erwähnen, dass in keinem Land der EU außer in Lettland der Niedrig-Lohnsektor so schnell gewachsen ist und auch prozentual einen derart großen Anteil an der Gesamterwerbsbevölkerung einnimmt wie in der BRD. Einen kritischen Blick auf die deutschen Verhältnisse in der französischen Öffentlichkeit zu fördern ist daher eine wichtige Aufgabe europäischer Basisnetzwerke – etwa durch die online-Interviews und Veranstaltungen von Inge Hannemann, die die Praktiken der Jobcenter offenlegte, mit französischen Gewerkschaften, um so die reale Grundlage der sogenannten „deutschen Erfolge" vor einer breiten Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit klarzustellen. Ein Teil der französischen Medien ist sich nämlich tatsächlich nicht zu schade, die Mär von den „deutschen Tugenden" – Fleiß, kaum Siesta, einem Leben für die Arbeit – auch in Frankreich wieder salonfähig zu machen. Über Zwangsverhältnisse, prekäre Beschäftigungen, Einschüchterungen durch Ämter und Behörden, steigende Aggressivität im gesellschaftlichen Klima der BRD berichten sie dabei kaum.

„Ne pas perdre sa vie à la gagner" (Beim Geldverdienen das Leben nicht verlieren) – mit dieser Parole wird sich bei vielen Sozialprotesten in Frankreich auf den Alltag der Lohnarbeit bezogen. Hier drückt sich ein teilweise noch diffuses Unbehagen sowohl gegenüber den neuen Arbeitsvertragsformen und ihren Folgen – Leiharbeit, Werkverträge, unbezahlte lange Probearbeitszeiten usw. – sowie aber auch den konkreten Tätigkeiten selbst aus: die Organisation der betrieblichen Abläufe und die permanente Steigerung der Produktivität. Dass ein Brief des Vorsitzenden des US-amerikanischen Titan-Konzerns an den französischen Industrieminister, in dem zur Begründung einer Investitionsabsage das Selbstbewusstsein der ArbeiterInnen im Goodyear-Werk in Amiens als Anmaßung gegeißelt wird, zu einem mittelgroßen Politikum anwuchs, ist auch in diesem Kontext zu sehen. Wie enorm der Druck ist, den die „moderne" Arbeitsorganisation gerade auf weniger vernetzte und kämpferische Menschen aufbaut, wird angesichts der in den Sommermonaten wieder erlebten Selbsttötungen von Beschäftigten in Betrieben, Unternehmen und Behörden in Frankreich deutlich. Die Rede ist hierbei nicht nur von ArbeiterInnen, sondern auch von mittleren Angestellten, AbteilungsleiterInnen und leitendem Personal. Immer hinterließen sie auch kurze Statements an ihrem Arbeitsplatz und beendeten ihr Leben zumeist vor Ort im Betrieb. Nichts ist wohl eindrücklicher, als an dieser Stelle einen dieser Abschiedsbriefe einzubringen; nicht als makabere Effekthascherei, sondern als schonungslose Offenlegung der Konsequenzen, die der Terror der Effizienz- und Produktivitätssteigerung in ganz Europa mit sich bringt.

Francis, 55 Jahre, Angestellter bei der französischen Post, verschickt während der Mittagspause kurz vor seiner Selbsttötung folgende E-Mail (Übersetzung des Originals, nachzuschlagen auf der Seite der Sud-PTT, Basisgewerkschaft bei der Post und Telekom in Frankreich: www.sudptt.org)

„Adieu. Ich habe bis zum letzten Moment auf ein kleines Hoffnungszeichen gewartet, auf, ein wenig, ganz klein wenig Anerkennung für meine Arbeit, die ich leiste, aber nichts ist gekommen, überhaupt nichts. Im Gegenteil, eine Klatsche für den, der sich krummlegt wegen der Entscheidungen einer Hierarchie, die einfach blind ist, eher bekommst du Stöcke zwischen die Beine geworfen, um dich noch eher aus der Arbeit zu vertreiben. Auch von den neu eingesetzten Selbstbetreuern nach den bisherigen Selbsttötungen gibt es keine Unterstützung, ich brauche keine ärztliche Beratung, sondern Interesse für das, was ich hier bei uns in der Dienststelle eingerichtet habe, aber mir wird eher gezeigt, dass das alles nur Scheiße ist, was ich da mache. Nun denn, das Problem ist gleich geregelt."

Willi Hajek

(Mehr zu den Verhältnissen bei der französischen Post und dem individuellen und kollektiven Widerstand gegen die Arbeitshetze in Frankreich gibt's in der nächsten DA!)

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Kolumbien – Ein Land in Aufruhr – Proteste, Streiks und Repressionen

Seit Mitte August breitet sich in Kolumbien eine Protestwelle aus: Großdemonstrationen, Blockaden wichtiger Transportstraßen durch Campesin@s, einhergehend mit landesweiten Streiks, nicht nur im Agrarsektor, sondern auch im Transport- und Gesundheitswesen. Ein Bündnis von rund 2000 Organisationen geht gegen die bisherige elitäre Klientelpolitik in Stellung. Die Regierung zeigt jedoch alles andere als Entgegenkommen: Man wolle nicht unter Druck verhandeln. Ebenso wird das politische Ausmaß der Proteste verkannt: man wolle – wenn – nur branchenweise ins Gespräch kommen, so Innenminister Carillo. Der Staat setzt stattdessen auf massive Polizeipräsenz. Zwischenzeitlich ist von über 50 Verletzten und fast 200 Festnahmen die Rede. Kolumbiens Medien berichten dabei kaum über die Proteste oder das teils brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte.

Südafrika – Alle Reifen stehen still

Am 19. August streikten Gewerkschaftsangaben zufolge landesweit rund 31000 Automobil-ArbeiterInnen und legten die komplette Branche lahm. BMW, Nissan, Mercedes, VW, General Motors, Toyota – die Liste der betroffenen Werke ist lang. Der Konflikt ist vordergründig auf Grund zweier Faktoren entfacht: Einerseits geht es um unbezahlte Ausfallstunden, andererseits um eine echte Lohnerhöhung. Zwar werden von Arbeitgeberseite sechs bis acht Prozent in Aussicht gestellt, doch reichen diese gerade mal für einen Inflationsausgleich. Die im Konflikt federführende Metallgewerkschaft NUMSA fordert daher 14 Prozent mehr. Ein Sprecher sagte, die Streiks würden fortgesetzt, bis endlich ein besseres Angebot vorliege. Das Land am Kap ist Afrikas größter Autohersteller, jeder Streiktag kostet die Branche umgerechnet rund 45 Mio. Euro.

Ägypten – Gewerkschaften als Handlanger? – Gegenwehr aus der Textilbranche

Gewerkschaften hatten es in Ägypten noch nie leicht. Daran änderte weder die Regierung noch der Sturz der Muslimbrüder etwas. Auch von der vom Militär initiierten Interimsregierung wird ein neoliberaler Kurs fortgesetzt, Gewerkschaften werden zum politischen Spielball. So unterstützten alle drei großen Gewerkschaftsverbände (ETUF, EDLC und EFITU) die Protestaufrufe des Militärs, welche die Legitimität des Putsches unterstreichen sollten. Zudem wurde der Vorsitzende des unabhängigen Gewerkschaftsverbands EFITU, Kamal Abu Eita, als Arbeitsminister in die Regierung berufen und drängt seither auf Produktionssteigerungen – was einem Appell zum Stillhalten gleichkommt. Allerdings ist die Positionierung der Gewerkschaften intern umstritten. Eine Oppositionelle im Exekutivkomitee der EFITU, Fatma Ramadan, mahnt die ArbeiterInnen, es nicht zu akzeptieren, dass die religiöse Diktatur schlicht durch eine militärische ersetzt würde. Schon Anfang August kam es in vielen Textilbetrieben landesweit zu mehrtägigen Streiks, angefangen bei der *Nasr Spinning and Weaving Company* in der Textilhochburg Mahalla. Von den Gewerkschaften enttäuscht, fühlen sich die Streikenden keiner Organisation angehörig.

Türkei – Unberührter Stoff

12000 ArbeiterInnen in über 30 Textilfirmen traten am 15. August in einen mehrtägigen Streik. Für viele Unternehmen war es das erste Mal, dass sie überhaupt mit so einer Situation konfrontiert waren. Die Belegschaften fordern eine Lohnerhöhung von 15 Prozent, da das Durchschnittseinkommen von 450 Euro für den Lebensunterhalt nicht ausreicht. Der Mindestlohn liegt bei gerade mal 380 Euro. Die Unternehmensseite bietet so lediglich drei Prozent Erhöhung, und das unter Vorbehalt, als Begründung dienen hierbei wirtschaftliche Krisenzeiten. Dass Arbeits- und Lohnbedingungen in der wirtschaftlich wichtigsten Branche des Lande nicht angemessen sind, beweist auch die Fluktuationsrate der Fachkräfte von 37 Prozent. Die globale Gewerkschaftsvereinigung *IndustriAll* unterstützt den Konflikt, den sie als wegweisend für die weltweite Textilbranche einschätzt.

Portugal – Soliaktionen beim Supermarkt Minipreço

Am Abend des 25. Juli kam es in den Städten Porto, Lissabon und Faro zu Solidaritätsaktionen für vier Beschäftigte, die im Zuge ihrer Beteiligung am Generalstreik vom 27. Juni in andere Filialen strafversetzt wurden. Unter Beteiligung der anarchosyndikalistischen AIT-SP wurden Hunderte Flugblätter an KundInnen, PassantInnen und Beschäftigte anderer Betriebe verteilt. Auf ihnen wurde zum Boykott der Supermarktkette aufgerufen und die sofortige Rückversetzung der betroffenen ArbeiterInnen gefordert. In Porto gelang sogar die zweistündige Blockade der Kassen einer Filiale.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

New York: Arbeitskämpfe mit und nach Occupy Wall Street

Interview mit Dave Haaks, Mitglied der *Industrial Workers of the World* (IWW) und Aktivist bei Occupy Your Workplace

Dave Haaks beteiligte sich an den Protesten von Occupy Wall Street vor 2 Jahren. Mit der Gruppe Occupy Your Workplace widmet er sich auch nach Occupy dem Versuch, radikale Gewerkschaftsarbeit und Protest auf der Straße unter den Bedingungen allgemeiner Prekarität zu verbinden.

Hallo Dave! Kannst du uns kurz erläutern, was prekäre Arbeit oder Prekarität in den USA heute deiner Meinung nach bedeutet?

Zunächst einmal möchte ich sagen, dass das Leben als LohnabhängigeR, d.h. ohne Eigentum zu sein und deshalb seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, immer prekär ist und war. Dass der Begriff heute so gegenwärtig ist, hat mit den neuen Umständen zu tun, die wir verstärkt seit den 70er Jahren erleben und die ich das Ende des Keynesianismus nenne würde. Heute kannst du eigentlich sagen, dass jede Arbeit in den USA prekär ist. Ob du nun für den Mindestlohn (in allen Staaten der USA $7,50, Anm. d. I.) bei McDonalds arbeitest oder als freischaffende Graphikdesignerin. Allgemein können wir wohl von einer Dezentrierung der Arbeit sprechen. Viele Arbeitsplätze haben nicht einmal mehr einen Arbeitsplatz im eigentlichen, physischen Sinne. Das sind Veränderungen, auf die radikale Gewerkschaftsarbeit reagieren muss.

Was sind deiner Meinung nach die größten Hindernisse für die radikale Organisierung von Lohnabhängigen heute?

Da gibt es eine ganze Menge! Die Leute haben schlicht Angst, aktiv zu werden, weil du, wenn du heute wegen deines Engagements gefeuert wirst, nicht so schnell einen anderen Job findest. Im Allgemeinen fehlt in den USA so etwas wie eine Gewerkschaftskultur. Die Ablehnung von Gewerkschaften ist Teil der modernen Betriebsidentität. Es gibt Lehrvideos, die erklären sollen, warum Gewerkschaften eine Bedrohung für den Wohlstand der Nation sind. Sobald es Anzeichen der Organisierung in größeren Unternehmen gibt, wird mit Gegenkampagnen im großen Stil geantwortet. Die Gewerkschaften treten dabei nicht offensiv auf und versuchen im Alltag der Arbeitenden präsent zu sein, sondern fahren eine Undercoverstrategie. Selbst wenn es in einer Branche eine Gewerkschaft gibt, die tatsächlich bereit ist, für die Interessen der Arbeitenden dort einzutreten, weiß in der Regel niemand davon. Dasselbe Problem haben wir auch in der Linken: Die neue Linke hat eine Menge theoretische Arbeit zu Problemen wie Rassismus und patriarchale Strukturen auf der Höhe der Zeit ermöglicht und mehr Bewusstsein für diese geschaffen. Für den Komplex Arbeit und Klassenkampf muss dies erst noch geschehen. Und, wie schon erwähnt, das Problem einer zeitgemäßen Praxis. Ich meine z.B. einen Streik der PraktikantInnen oder Freischaffenden. Wenn die alle gleichzeitig aufhören würden zu arbeiten und sich außerhalb des Arbeitsplatzes versammeln, wäre das eine großartige Sache.

Was genau meinst du mit Undercoverstrategien?

Das Konzept nennt sich *Salting*. Gewerkschaftsaktivisten, genannt Salts, fangen bei einer Firma, z.B. Wal Mart, an zu arbeiten mit dem Ziel, die ArbeiterInnen dort zu organisieren. Die Kommunistische Partei der USA begann damit in den 30er Jahren, und bis heute ist es die übliche Strategie der etablierten Gewerkschaften. Trotz seiner Schwächen – die unglaubliche Anstrengung für die AktivistInnen und die mitunter widersprüchlichen Situationen, in die das führen kann – glaube ich, dass salting ein Teil radikaler Gewerkschaftsarbeit bleiben sollte, aber allein reicht es nicht aus.

Was hat nun Occupy damit zu tun? Konnten die Proteste zu einer Erneuerung radikaler Arbeitskämpfe beitragen? Viele radikale Linke hierzulande haben Occupy als eher unpolitisch wahrgenommen, mit einer abstrakten Kritik am Finanzkapital und ohne die tatsächlichen sozialen Beziehungen in einer kapitalistischen, national-staatlichen Gesellschaft anzugreifen.

Das mag auf Teile der Occupybewegung zutreffen, aber nicht hier in New York. Was *Occupy Wall Street* so stark gemacht hat, war die Planung der Proteste, die etwa sechs Wochen vor der Besetzung anfingen und bei der von Anfang an viele AnarchistInnen beteiligt waren. Die Proteste und die Besetzung des Zucotti-Parks haben eine große Zahl an Leuten hervorgebracht, die zu Direkten Aktionen, militant oder gewaltlos, bereit waren. Und dann gab es eine Gruppe von Gewerkschaftsaktivisten der älteren Generation, hauptsächlich Trotzkisten, mit einer Menge Erfahrung in den klassischen Gewerkschaftsbranchen wie der Post oder dem Öffentlichen Nahverkehr, die versuchten, das Thema Arbeitskämpfe in die Proteste zu tragen, so auch einige andere Wobblies (IWW-Mitglieder, d.I.). Das führte zu Solidarisierungen und einer breiten Unterstützung von Arbeitskämpfen in der Stadt. Viele Streikposten wurden zu Massenaufläufen. Einmal haben wir mit den SpeditionsarbeiterInnen von Sotheby's, die ausgesperrt wurden, eine Auktion blockiert. Die Gäste, vor allem KunsthändlerInnen, die allein $2000 Dollar für den Eintritt gezahlt hatten, wurden mit dem Zorn der Streikenden konfrontiert, das war hervorragend. Es gab verschiedene Arbeitsgruppen bei Occupy, und *Occupy Your Workplace* war eine von ihnen. Andere waren *99 Pickets*, die Umzüge von Streikposten zu Streikposten organisierten, oder die *Immigrant Workers Justice Group*, die migrantische Arbeitskämpfe bei der Fast-Food-Kette *Hot and Crusty's* unterstützten. Es gab auch Arbeitsgruppen zu Kunst als Arbeit und zur Demokratisierung der etablierten Gewerkschaften. Occupy hat das ermöglicht, in dem es die verschiedensten Leute zusammen gebracht hat. Tatsächlich sind etliche AktivistInnen, nachdem Occupy polizeilich beendet wurde, professionelle Gewerkschaftsaktivisten geworden, und das macht sich bemerkbar, bis hin zu den Streiks bei *Wal Mart* und in der Fast-Food-Branche, die wir kürzlich erlebt haben und die mit neuen Ansätzen auf sich aufmerksam machen.

Was war die Idee von Occupy Your Workplace und wie ist es gelaufen?

Wir wollten die Idee der Besetzung und Selbstverwaltung auf die Sphäre des Arbeitsplatzes ausdehnen, denn dort liegt die eigentliche Macht zur Veränderung. Wir wollten junge, unorganisierte Leuten, die offen für diese Idee waren, bei ihren Arbeitskämpfen unterstützen. Wir hatten einige Trainings zur Organisierung am Arbeitsplatz, bei denen wir die Erfahrungen der IWW nutzten. Demnächst erscheint auch ein entsprechendes Handbuch, das kostenlos erhältlich sein wird. Nach und nach wurden unsere Treffen dann eher zu einem offenen Forum, bei denen sich Leute über ihre Probleme und Erfahrungen bei der Arbeit austauschen, aber es gab auch einen Arbeitskampf, der direkt mit unserer Gruppe begann. Die ArbeiterInnen im beliebten Buchladen *Strand's Books* in Manhattan sollten neue Verträge bekommen, was zwei Lohnklassen bedeutet hätte. Sie hatten ein wenig Sicherheit vor Repression durch den Arbeitgeber, weil sie bereits Mitglieder der Branchengewerkschaft waren, und planten, den Laden zu übernehmen. Das ganze scheiterte leider an internen Differenzen.

Was ist passiert?

Einige der Streikenden waren zu ungeduldig und setzten alles auf Direkte Aktionen. Etwas Ähnliches passierte auch am 1. Mai 2011, während der Occupy Proteste. Autonome AnarchistInnen riefen einen Generalstreik aus, ohne mit den radikalen GewerkschaftsaktivistInnen oder überhaupt mit irgendeiner Gewerkschaft zu reden. Natürlich scheiterte der Versuch grandios, und die Gewerkschaftsleute waren ziemlich sauer. Trotzdem glaube ich, dass wir die Ideen und Perspektiven beider Seiten brauchen, um in der Zukunft Siege zu erringen.

Ich würde gerne wissen, was deiner Meinung nach der am ehesten Erfolg versprechende Weg sein könnte. Ist es „eine Gewerkschaft für alle", wie es der Slogan der IWW propagiert, oder eher der Kampf innerhalb der etablierten Gewerkschaften?

Gute Frage! An dieser Stelle bin ich tatsächlich anderer Meinung als die meisten meiner GenossInnen. Die Kritik der IWW ist ja, dass alle anderen Gewerkschaften *business unions* sind, also selbst ein Unternehmen, in dem Leute auf Geld und Macht aus sind. Das Argument der IWW ist, dass die Macht nur von den ArbeiterInnen an ihrem Arbeitsplatz kommen darf und nicht von einem Gewerkschaftsapparat oder ähnlichem, so dass jede Belegschaftsgruppe autonom ist. So wahr das ist, hat ein solcher Apparat aber auch seine Vorteile, z.B. gefüllte Streikkassen, juristische und sonstige Unterstützung. Insbesondere wenn wir an die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Übergangs denken, gibt es wohl keine Alternative zu einer gemeinsamen Organisation außerhalb der einzelnen Arbeitsplätze. Nicht unbedingt eine Gewerkschaft oder eine Partei, aber was auch immer aus kollektiver Aktivität, einem Generalstreik oder Vollversammlungen erwachsen könnte. Im Hier und Jetzt denke ich, dass jeder Arbeitskampf seine eigene Lösung braucht.

Danke für das Interview!

Interview: Ronny Kähse

DA – DIREKTE AKTION – anarchosyndikalistische Zeitung

Abonnement

c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
Tel: 46227727 (Mo 10-18 Uhr)
Fax: 46227728

Ich will folgendes Abo haben:

- ☐ 6 Ausgaben-/ 1 Jahr (Euro 9,–)
- ☐ 12 Ausgaben-/ -2 Jahre (Euro 18,–)
- ☐ Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- ☐ 6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr (Euro 12,-)
- ☐ 12 Ausgaben Ausland / 2 Jahre (Euro 24,-)

WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):



☐ Allgemeine Arbeitsschutzfibel



☐ Roman Danyluk - Klassen. Kämpfe. Bewusstsein.



☐ Comic: Ostberlin

direkte aktion 219

Meine Anschrift

Vor- und Nachname

Straße/Postfach

PLZ, Ort

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Entgrenzte Ausbeutung

Gendersensibler Querschnitt der prekären Arbeitswelt in Indien



Der Kampf gegen die Armut scheint sich in Indien angesichts der Realitäten in einen Kampf gegen die Armutsbevölkerung gewandelt zu haben. Geschätzte 500 bis 650 Millionen Menschen treten auf dem indischen Arbeitsmarkt auf. Der Anteil der Arbeitskräfte im informellen Sektor liegt bei 93 Prozent. Sogar im organisierten Sektor arbeiten ca. 50 Prozent der Arbeitskräfte in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Dies bedeutet, dass heute etwa 96 Prozent der ArbeiterInnen in Indien prekär beschäftigt sind, einschließlich der vielen Zwangs-, Kinder- und geschätzten 80 Millionen WanderarbeiterInnen in der Landwirtschaft (vom primären Sektor lebt etwa die Hälfte der indischen Bevölkerung) und in den industriellen und Dienstleistungszentren.

Die Arbeitsverhältnisse unterscheiden sich hier deutlich von den Formen informeller und prekärer Arbeit auf dem Land. Zeitlich befristete Beschäftigung/Leiharbeit, Gelegenheits- und Tagelöhnerjobs und „Selbstständigkeit" (Existenzgründung) sind die dominierenden Formen der informellen Arbeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt meist zehn Stunden und mehr – oftmals wird an allen Wochentagen gearbeitet. Die Bezahlung liegt in der Regel unterhalb der staatlichen Mindestlöhne und unter denen der regulär Beschäftigten. Mit am schlechtesten entlohnt werden die geschätzten 90 Millionen LandarbeiterInnen. Meist ist die ganze Familie als „arbeitende Einheit" mit einbezogen. Weder sind sie kranken- noch unfallversichert, noch erzielen sie irgendwelche Pensionsansprüche. Schriftliche Arbeitsverträge existieren nur selten, was das Einklagen von Ansprüchen quasi unmöglich macht.

Inklusion ohne Perspektiven

In Indien (und ganz Asien) scheint gegenwärtig das stattzufinden, was mit dem Begriff „inklusiver Liberalismus" beschrieben wird. Dabei sollen sogenannte inklusive Geschäftsmodelle, also kleine ProduzentInnen, Bauern und KleinhändlerInnen, in transnationale Wertschöpfungsketten einbezogen werden.[1]

Ein Beispiel dieses Integrationsprozesses ist das Sumangali-System („glückliche Braut") in Südindien: „Mädchen und junge Frauen aus den Dörfern werden für drei Jahre in Wohnheimen von Textilfabriken einkaserniert und arbeiten dort unter sklavenähnlichen Bedingungen. Wenn sie durchhalten, bekommen sie nach drei Jahren den gesamten Lohn ausbezahlt, um damit ihre Mitgift zu finanzieren.

Auch nicht wenige der fitten, gut ausgebildeten Call-Centre-Agentinnen sind aus genau diesem Grund in den boomenden Servicesektor eingestiegen. D.h. eine Integration der jungen Frauen in die „moderne" industrielle Arbeitswelt findet statt, damit sie selbst aktiv das patriarchale Dowry-System [Mitgift-System, d.V.] fortführen können. Sie arrangieren selbst ein System, das Frauen abwertet, verachtet und unterdrückt".[2] Schul- und Berufsausbildung für Mädchen wird in Indien noch immer weitgehend als überflüssig angesehen. Frauen bleiben dadurch finanziell von Männern abhängig. Nur sechs Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Indien gehen einer regulären Berufsarbeit nach.

Arbeiten, ungelernte' Frauen außerhalb des Hauses, bleiben ihnen nur die informellen und meist schlecht bezahlten Jobs in der Landwirtschaft, der Fischereiindustrie und als Nahrungsmittelsammlerin; im Dienstleistungsbereich oder in Sweat-Shops bei den nachgelagerten Produktionsstufen der Textil- und Elektroindustrie – oder sie erledigen von zu Hause aus Stückarbeit, mit einem unvorstellbar geringen Stücklohn.

Viele Frauen verbringen ihr ganzes Erwerbsleben im unorganisierten Arbeitssektor. Die Produktion und Zubereitung von Nahrungsmitteln, die Eigenproduktion von Kleidung, die Erziehung der Kinder, die Pflege von Mitgliedern der eigenen Familie und der Community, all das wird von der Gesellschaft zwar moralisch gefordert, aber nicht als Arbeit anerkannt.

Kollektive Strukturen gegen Konzernmacht

Im westindischen Bundesstaat Gujarat haben Frauen unter dem Namen *Self Employed Women Association/SEWA* ein neues Modell einer Gewerkschaft entwickelt. Diese Organisation von Frauen, die im informellen Sektor als „Selbstständige" auftreten und verschiedenen Kastengruppen und Religionen angehören, hat sich zum Ziel gesetzt, Frauen umfassend zu ermächtigen und durch den Zugang zur Mainstream-Ökonomie deren ökonomischen und gesellschaftlichen Status zu verbessern. Darüber hinaus ist es der Frauengewerkschaft in Kooperation mit nationalen Versicherungsunternehmen gelungen, ein Versicherungssystem für die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Familienangehörigen einzuführen.

Die aus der Initiative von Ella Bhatt und in Heimarbeit gedrängten Textilarbeiterinnen 1972 hervorgegangene Frauengewerkschaft ist eine Wegbereiterin für die gewerkschaftliche Organisierung von „Selbstständigen" im unorganisierten Sektor. Jahrzehnte später beginnen nun auch traditionelle indische Gewerkschaften ihre Basis zu erweitern und Arbeitskräfte aus dem informellen Sektor als reguläre Gewerkschaftsmitglieder zuzulassen. In der mittlerweile in neun Bundesstaaten aktiven Organisation waren 2010 ca. 1,2 Millionen Frauen organisiert. Aufgebaut wurden außerdem über 100 SEWA-Frauenkooperativen im Produkt- und Dienstleistungsbereich zur Unterstützung der Frauen auf ihrem Weg in die wirtschaftliche Unabhängigkeit. „Wir sind arm", antwortete Ella Bhatt in einem Interview 2010 auf die Frage, wie SEWA der Macht des Kapitals begegnen will, „aber wir sind nicht dazu bestimmt, arm zu sein – unsere kollektive Stärke kann uns nicht geraubt werden."

Jürgen Weber

[1] vgl. Christa Wichterich: Europa und Asien, www.asienhaus.de/archiv/asienhaus/europa-asien-april2013/2013-04-20_Wichterich_Asien-Europa.pdf.
[2] Ebendort.

Die Mutter aller Reformen

Französische Sozialdemokraten planen Rentenreform, Gewerkschaften Massenproteste

Gut 40 Jahre nach dem Generalstreik von 1968 kam es im Herbst 2010 in Frankreich erstmals wieder zu arbeitskampfbedingten Engpässen in der Treibstoffversorgung. Anlass für den Ausstand war die Rentenreform des konservativen Präsidenten Sarkozy (siehe *DA* Nr. 202). Letztlich setzte sich die Regierung durch: Das Renteneintrittsalter wird seit 2011 schrittweise auf 62 Jahre und die Beitragsjahre auf 41,5 erhöht. Ein Grund für das Scheitern war, dass sich die Streikbewegung über wenige Sektoren wie die Raffinerie- und Hafenarbeit hinaus kaum ausweitete. Viele Leute hofften auf das nahe Wahlfrühjahr 2012: Tatsächlich schickten die französischen Wahlberechtigten Sarkozy in Rente und setzten auf den Sozialdemokraten Hollande. Der hatte versprochen, Sarkozys Reform rückgängig zu machen. Dieses Versprechen wurde zum Teil eingelöst, bis dann eine Finanzierungslücke von jährlich 15 Mrd. Euro „entdeckt" wurde, die nach Prognosen des Rentenbeirats bis 2020 auf 20 Milliarden anwachsen dürfte. Also setzte die rot-grüne Regierung eine Kommission ein, die Vorschläge zum Defizitausgleich erarbeiten sollte. Denn auch die EU machte Druck: Die Reform des Rentensystems sei eine notwendige Strukturreform. Nach 1993, 2003, 2007 und 2010 steht somit die fünfte Rentenreform ins Haus. Heraus kam der Moreau-Bericht, ein Horrorkatalog: Im Gespräch sind die Verlängerung auf 44 Beitragsjahre, eine neue Berechnungsformel für Pensionen und die Entkopplung der Renten vom Preisindex. Von einer solchen Attacke hätte Sarkozy höchstens zu träumen gewagt.

Rente und Konjunktur – ein politisches Willkürverhältnis

Das Problem ist indes nicht nur in Frankreich bekannt. Nachdem die sparstrumpfgleiche Rentenversicherung in der kriegsgetriebenen Inflation verdampft war, ging man in vielen Ländern zur heutigen Umlagefinanzierung über: Die Rentenbeiträge der Erwerbstätigen werden direkt durchgereicht an die Rentnerinnen und Rentner. Daher die Abhängigkeit der Rente von der aktuellen Konjunktur. Im internationalen Vergleich sind die französischen Rentenregelungen noch günstig. Der Übergang zur Rente mit 67 wird hierzulande bereits vollzogen, der Jahrgang 1959 wird beispielsweise erst mit 66 Jahren und zwei Monaten die volle Altersrente beziehen können. Und als langjährig versichert gilt, wer ganze 45 Jahre Beiträge gezahlt hat. Ein Vergleich aber ist naturgemäß relativ, wie das Problem selbst: Ein „Defizit" der Rentenversicherung hat etwa in der Bundesrepublik seit 1957 immer bestanden. Es scheint, als sei eine „ausgeglichene Rentenkasse" nicht mehr als eine neoliberale fixe Idee. Begreift man das Defizit als notwendigen öffentlichen Zuschuss, verliert die Situation an Dramatik. Präsident Hollande ist nun um eine „gerechte Reform" bemüht und glaubt, „die allgemeinen Umstände bewirken, dass heute nicht die Stunde großer Mobilisierungen ist". Für den 10. September rufen verschiedene Gewerkschaften, darunter auch die CNT und SUD, zu einem ersten landesweiten Aktionstag auf. Ob sich eine vergleichbare Bewegung wie 2010 entwickeln wird, ist schwer absehbar. Denn konkrete Maßnahmen sind noch nicht bekannt, und die Regierung setzt auf Dialog. Natürlich wirken auch die Niederlage von 2010 und die hohe Arbeitslosigkeit nicht gerade mobilisierend. Wenn aber die Umstrukturierungen der französischen Eisenbahn SNCF, gegen die es bereits im Juni einen massiven Streik gab, mit der Rentenreform zusammenfallen, ist ein heißer Herbst durchaus möglich.

André Eisenstein



In deutschen Medien als „Linker" verteufelt: Präsident Hollande auf Gerhard Schröders Spuren

Das Ende vom Ende?

Ausgerechnet eine Gewerkschaft bewahrt in Namibia die Leiharbeit vor dem Todesstoß

Die Freude schien zu früh zu sein. Seit einiger Zeit verfolgt die *DA* die Debatte um Leiharbeit in Namibia. Als die *DA* Ende Juni als erstes Medium in Deutschland online darüber berichtete, dass die Klage des Verleihers African Personal Services (APS) gegen den Labour Amendment Act abgewiesen wurde und damit die Leiharbeit im südafrikanischen Namibia vor dem Ende sei, hat die Entwicklung noch für sich gesprochen. APS als größter Personaldienstleister verlor über 80 Prozent seiner Beschäftigten, immer mehr VertragspartnerInnen kündigten schon vor dem Urteil die Verträge über die Arbeitnehmerüberlassung auf. Als dann Ende Juni mit dem Urteilsspruch endgültig feststand, dass die Leiharbeit, wie man sie in Namibia kannte, vorbei sei, jubelten viele über diesen Meilenstein. Fortan haben LeiharbeiterInnen nach dem umstrittenen Labour Amendment Act dieselben Rechte wie reguläre Arbeitskräfte – equal pay, equal treatment. Der Richter des obersten Gerichts, Liebenberg, stellte seinerzeit fest, dass „Regulierung kein Eingriff" in die unternehmerische Freiheit sei.

Doch nun hat Anfang August die Einzelhandels-Gewerkschaft NWRWU, die im Gewerkschaftsverbund TUCNA eingebunden ist, mit der APS eine Anerkennungsvereinbarung abgeschlossen. Ohne nennenswerten Druck macht sich die Gewerkschaft zum Protegé einer salonfähigen Leiharbeitsbranche. Konservative feiern dies und beschwören gar, dass die Leiharbeit nun frei vom Ruf der Ausbeutung sei. Nun müsse seitens der ArbeiterInnen wieder Leistung gezeigt werden. Der Gewerkschaftssekretär Hamunyela bezeichnete das Abkommen gar als „Heiratsurkunde". Eine bizarre Hochzeit.

Die *junge Welt* rekurrierte Ende Juni auf eine Studie des namibischen Arbeitsforschungsinstituts LaRRI aus dem Jahr 2006, wonach Leiharbeit zuvor als Bollwerk gegen die Gewerkschaften genutzt wurde: Streiks wurden unterlaufen, reguläre Beschäftigung wurde verdrängt. LeiharbeiterInnen wurde die gewerkschaftliche Betätigung untersagt. Dass nun ausgerechnet eine Gewerkschaft das Schmuddel-Image der Leiharbeit richten will, findet zwar unter ganz anderen Vorzeichen statt, erinnert jedoch unweigerlich an die kritisierten Tarifverträge des DGB mit Zeitarbeitsfirmen, zu denen es zuletzt wieder Tarifgespräche gab.

Es war klar, dass die überarbeiteten Gesetzestexte die Leiharbeit nicht verbieten würden. Dennoch wurde sie grundsätzlich ihrer Dumpinglogik beraubt. Statt sie ihrem Schicksal zu überlassen, wird ihr nun zur Konsolidierung verholfen. Den von Verleihern prognostizierten Zusammenbruch der Wirtschaft gab es derweil nicht.

Sebastien Nekyia

Prekäre Arbeit und die Transformation des Arbeitsmarktes

Was versteht man unter dem Begriff „prekäre Arbeit"?

In letzter Zeit findet der Begriff „prekäre Arbeit" immer häufiger Erwähnung im breiten öffentlichen und medialen Diskurs. Doch bevor wir uns mit den Mechanismen prekärer Arbeit auseinandersetzen, gilt es, den Begriff „prekär" zu definieren. Das Wort „prekär" leitet sich von zwei lateinischen Begriffen ab: einerseits von „precarius", was so viel bedeutet wie „peinlich", „bedenklich", „unangenehm", „unsicher", „heikel" als auch „schwierig", andererseits von „precere", das „um etwas bitten müssen" bedeutet (Steiner, 2012; S.7). Laut Duden beschreibt das Attribut „prekär" einen Umstand, der es äußerst schwierig macht, „die richtigen Maßnahmen" und „Entscheidungen zu treffen". Der Begriff „Prekariat" beschreibt einen „Bevölkerungsteil, der besonders aufgrund von anhaltender Arbeitslosigkeit und fehlender sozialer Absicherung in Armut lebt oder von Armut bedroht ist und nur geringe Aufstiegschancen hat" (Duden 2013). Die verschiedenen Verarbeitungsformen prekärer Arbeit sind allerdings nicht allein geprägt von ökonomischer Armut, sondern greifen darüber hinaus auch andere Aspekte sozialer Benachteiligung durch atypische Beschäftigung auf. So definiert Dörre (2005): „Ein Arbeitsverhältnis kann als prekär bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird. Beschäftigungsunsicherheit und Löhne unterhalb des Existenzminimums sind aus der Arbeitskraftperspektive zentrale Merkmale für Prekarität" (ebd. S. 252). Ausgehend von der unterschiedlichen Begrifflichkeit stellen sich folgende Fragen: Welche Formen prekärer Arbeit gibt es? Was sind Ursachen prekärer Arbeit? Und vor allem: wie lässt sich dieser Umstand überwinden?

Formen und Mechanismen prekärer Arbeit

In der wissenschaftlichen Rezeption wird grundsätzlich zwischen atypischen und Normal-Arbeitsverhältnissen (NAV) differenziert. Wir erleben seit geraumer Zeit, dass der Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen[1] zunimmt (s. Abbildung 1A)) und gleichzeitig die Zahl der Personen mit Norm-Arbeitsverhältnissen in den letzten Jahrzehnten zwischen 22 und 24 Mio. stagniert, obwohl die Zahl der Beschäftigten insgesamt zunimmt (s. Abbildung 1B)). Dies deutet auf einen langfristigen Wandel der Arbeitsgesellschaft hin, da der Zuwachs von atypischer Beschäftigung kontinuierlich ist (s. Abbildung 1A)) (Castel, 2011; Castel und Pfeuffer, 2000; Dörre, 2006). Rechtzeitig zur Bundestagswahl soll, so eine aktuelle Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts[2], der Anteil atypischer Beschäftigung zum ersten Mal seit ein paar Jahren gesunken sein. Allerdings erweisen sich diese Neuigkeiten vom Aufschwung bei genauerer Betrachtung als Mythos. Betrachtet man die Zahlen für die vollständige Erhebung des Mikrozensus zwischen 1991 und 2012, erscheinen die „positiven" Trends am Arbeitsmarkt als marginal (s. Abbildung 1 A)).

Beschäftigungsformen mit explizit hohem „Prekarisierungsrisiko sind Leih- und Zeitarbeit, niedrig entlohnte Beschäftigung, erzwungene Teilzeitarbeit und befristete Stellen ebenso wie Mini- und Midi-Jobs, Solo-Selbstständigkeit oder sozialpolitisch geförderte Arbeitsgelegenheiten" (Dörre, 2012). Leiharbeit stellt hierbei die am stärksten wachsende atypische Beschäftigungsform dar und bildet aufgrund von Arbeitsplatzunsicherheit, geringer Entlohnung sowie dem Abverlangen eines Höchstmaßes an Flexibilität die Spitzenposition prekärer Arbeit (Niehaus, 2013). Unsichere Arbeitsverhältnisse betreffen darüber hinaus verstärkt auch Gruppen wie alleinerziehende Elternteile, BerufsanfängerInnen und AkademikerInnen. Entgegen der weit verbreiteten Auffassung ist prekäre Arbeit also kein Randgruppen-, sondern ein Massenphänomen basierend auf Unsicherheiten im Sinne eines drohenden Scheiterns und des Nichterreichens der normativen Anforderungen an ein gelungenes Leben.

Erwähnenswert ist, dass selbst innerhalb der atypischen Beschäftigung zwischen verschiedenen Lohnhierarchien differenziert werden muss. Dabei variiert das Ausmaß von prekärer Arbeit „je nach Beschäftigungsform und weiteren Arbeitsplatzmerkmalen und wird dadurch beeinflusst, wie gut oder schlecht die Chancen auf Übergänge in andere Beschäftigungsformen sind" (Bosch 2011). Als Beispiel sei hier der Unterschied zwischen einer Teilzeitarbeit mit Garantie auf Wiederaufnahme des Normal-Arbeitsverhältnisses und Leiharbeit mit signifikant geringen Aufstiegschancen in ein gesichertes Arbeitsverhältnis genannt.

Kennzeichen prekärer Arbeit ist der sukzessive Verlust von ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung an den Prozessen der Produktion, so wie sie noch als charakteristisch für die fordistische Ära[3] galten. Im heutigen Finanzmarktkapitalismus verlagern sich die durch prekäre Arbeit entstandenen Unsicherheiten auf die innerbetriebliche Struktur (Dörre 2006). Noch präziser ausgedrückt stellt die prekarisierende Rolle von Arbeitsverhältnissen unter anderem eine Abwälzung von Risiken des Marktes auf Kosten der Lohnabhängigen dar. Die Verlagerung von finanzmarktbedingten Fluktuationen bzw. Unsicherheiten in die innerbetriebliche Ordnung ist kein Zeichen des Zerfalls des Kapitalismus, es ist vielmehr ein Beleg für eine zielgerichtete Zersetzung von grundlegenden ArbeitnehmerInnenrechten, was den schrittweisen Verlust sozialer Unabhängigkeit zur Folge hat. Die Qualität von Arbeitsverhältnissen wird dabei entscheidend durch wirtschaftliche Strukturverschiebungen bestimmt (Bosch 2011). Der Wandel von einer Industriegesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft markierte den sukzessiven Abbau von Normalarbeitsverhältnissen mit unbefristeter Vollzeitbeschäftigung und tariflich geregelter Bezahlung (Bosch 2011).

Aufbauend auf den Untersuchungsergebnissen des französischen Soziologen Robert Castel aus den Jahren 2000 bis 2005 kann man davon ausgehen, dass sich „in der Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse die Krise eines bestimmten Typs von Erwerbsarbeit ausdrückt". Laut Castel ist das Gefühl dieser Unsicherheit, das auf die entsprechenden Gesellschaftsschichten wirkt, nicht gleichzusetzen mit den eigentlichen negativen Folgen (Castel 2005, S. 9f) von Prekarisierungsprozessen und deren Ausmaßen (Dörre 2006, S. 183). Castel umschreibt diese gesellschaftliche Entwicklung als „große Transformation", einen „Systemwandel des Kapitalismus" vom „Industriekapitalismus" hin zu einer Form des Kapitalismus, die „es weniger zu benennen gilt, als vielmehr zu begreifen" (Castel, 2011; S.10).

Hierarchie der postfordistischen Arbeitsgesellschaft

Um die Transformationsprozesse des Arbeitsmarkts besser erfassen und darüber hinaus die Aufspaltung der Lohnabhängigen beschreiben zu können, unterteilt Castel die postfordistische Arbeitsgesellschaft in drei „Zonen". Die Mehrzahl der Beschäftigten befindet sich noch immer in einer Zone der Integration mit geschützten Normal-Arbeitsverhältnissen und relativ intakten sozialen Beziehungen. Darunter expandiert jedoch eine Zone der Prekarität, die durch desintegrativ/unsichere Aufstiegschancen und abstiegsgefährdende Arbeitsverhältnisse geprägt ist. Dazu gesellt sich eine Zone der Entkoppelung, in der sich sozial relativ isolierte Gruppen ohne reale Chance auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt befinden (s. Tab. 1) (Castel 2000, Dörre 2006).

Die Typologie der „(Des-)Integrationspotentiale" von Erwerbsarbeit untergliedert sich laut Dörre in „neun typische Verarbeitungsformen der neuen Unsicherheit am Arbeitsmarkt" (Dörre 2006, s. Tabelle 1). Dörre argumentiert ergänzend zur Typologie Castels, dass die eigentlichen Gefahren für die Gesellschaft nicht erkannt werden und somit „das Ausmaß von Prekarisierungsprozessen erst sichtbar" wird, wenn „subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung in die Analyse" einbezogen werden (Dörre, 2006; S.183).

Ein entscheidender Faktor für die zunehmende Unsicherheit unter den Lohnabhängigen ist die „Planbarkeit der Zukunft" (Castel 2005). Während jedoch die „Ausgegrenzten" und prekär Beschäftigten nahezu über keine Zukunftsplanung mehr verfügen, lassen sich „ähnliche Empfindungen und Verarbeitungsformen [auch] in der Zone der Integration feststellen" (Dörre 2006, S. 187). Allerdings unterscheiden sich die Unsicherheiten darin, dass die oftmals unmittelbar materielle, existenzgefährdende Unsicherheit innerhalb der prekären Zone in der Zone der Integration mehr eine „gefühlte Unsicherheit" darstellt. Für die in ein gesichertes Normalarbeitsverhältnis integrierten Lohnabhängigen stellt sich somit das Gefühl der „Präkarisierungsangst" ein, denn sie haben einen möglichen Abstieg in eine unsichere Zukunft vor Augen. Dörre bezeichnet allerdings die „gefühlte Unsicherheit" als durchaus auf realen Erfahrungen basierend: Die vom Management erzeugten Unsicherheiten des Arbeitsmarktes werden auf die Belegschaft abgewälzt und schaffen ein Klima permanenter Verunsicherung (Dörre 2006). Standortkonkurrenzen wie beispielsweise in der Automobilindustrie und die ständige Beschäftigungsfrage sorgen für eine permanente Verunsicherung in den Stammbelegschaften und führen zu Entsolidarisierungsprozessen gegenüber anderen ArbeitnehmerInnen, die – unbewusst oder nicht – als Konkurrenz wahrgenommen werden.

Zone der Integration
1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten")
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen" oder „Selbstmanager")
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten")
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten")
Zone der Prekarität
5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden")
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen")
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen")
Zone der Entkoppelung
8. Überwindbare Ausgrenzung: („Die Veränderungswilligen")
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten")

Tabelle 1: Verarbeitungsformen von Prekarität – eine Typologie nach Dörre (2006)

Dörre stellt weiter fest, dass das Unterlaufen von tariflichen Regelungen und damit verbundene Lohneinbußen, Arbeitszeitverlängerungen und Leistungsintensivierungen ein wichtiger Ursprung von Prekarisierungsängsten innerhalb der Zone der Integration sind (Dörre 2006). Für ArbeiterInnen von Stammbelegschaften mit entsprechendem Arbeitsethos und Klassenbewusstsein ist der drohende Abstieg in Hartz-IV-Verhältnisse nach jahrelanger Identifikation mit „ihrem" Betrieb besonders schmerzhaft. Zwar werden LeiharbeiterInnen laut Dörre zunächst von der Stammbelegschaft als „wünschenswerter Flexibilisierungspuffer" betrachtet, gleichzeitig stellt sich aber auch „ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit" ein (Dörre, 2006). Die Tatsache, dass oftmals die gleiche Arbeit in gleicher Qualität von prekarisierten ArbeiterInnen (LeiharbeiterInnen, befristet und flexibel Beschäftigte) ausgeführt werden kann, führt durch ihre „bloße Präsenz zu einer Disziplinierung der Stammbelegschaft" (Holst, 2009).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das System Leiharbeit ein psychologisches Moment der Angst auf Lohnabhängige ausübt, diese voneinander isoliert und gefügig macht, um in einer flexibilisierten Arbeitswelt möglichst effizient, möglichst wenig meckernd, zu funktionieren. Die Angst vor der eigenen Entbehrlichkeit schwebt ständig über den Betroffenen. Dörre stellt treffend fest, dass „konventionelle Arbeitsmarktanalysen übersehen, dass die sozialen Zonen keine voneinander isolierbaren Segmente darstellen, sondern wie ein System kommunizierender Röhren wechselseitig aufeinander einwirken" (s. Tab. 1) (Dörre 2006, S. 188). Ähnlich spannungsgeladene Wechselbeziehungen finden sich zwischen den etablierten integrierten ArbeitnehmerInnen als auch freiberuflich Tätigen sowie auf Kleingewerbebasis arbeitenden ArbeiterInnen und Subunternehmern. Der Gegensatz zwischen dem Privileg unbefristeter Vollzeitarbeit und unsicherer prekärer Arbeit führt zu einer Situation, in der sich die ArbeiterInnen voneinander isolieren und in Konkurrenz treten. In der Folge kommt es oftmals zur Diskriminierung bzw. Marginalisierung von Menschen, die dem „Flexibilisierungspuffer" zugehörig sind. Prekäre Arbeit ist nicht allein eine Folge kapitalistischer Verwertungslogik und Profitmaximierung, sondern vielmehr ein Instrument, um einerseits die gesicherten Typen von Erwerbstätigen durch Unsicherheit zu disziplinieren und andererseits ein Regime der Konkurrenz unter den Beschäftigten zu etablieren. Das Bewusstsein der Arbeiterklasse befindet sich somit durchaus in einer Krise.

Gesellschaftliche Konsequenzen prekärer Arbeit

Wenn gemäß dem dialektischen Materialismus das „gesellschaftliche Sein das Bewusstsein" (Karl Marx 1859, S. 9) bestimmt, so kann im Zuge der Unsicherheit und der Angst vor sozialem Abstieg mit dem Verlust des Klassenbewusstseins gerechnet werden. Dieser Verlust stellt sich unter anderem auch als Deprivation des individuellen Selbstvertrauens dar. Für die prekären Lohnabhängigen ergibt sich letztlich der Wunsch nach einem Ausweg aus ihrer Lage und einer Aufwertung ihres sozialen Status bzw. ihrer gesellschaftlichen Anerkennung. Exemplarisch sei hier die häufige Bereitschaft zur Selbstausbeutung genannt, um die Zugehörigkeit zur arbeitenden Gesellschaft bloß nicht zu verlieren. Der soziale Status innerhalb eines „konservativ-korporatistischen" Solidarsystems ist durch den Arbeitnehmerstatus begründet. Das „feste und geschützte Beschäftigungsverhältnis bildete hierbei das Hauptfundament für das Solidarsystem der Arbeitsgesellschaft" fordistischer Prägung (Castel, 2011). Doch die vermeintliche Stärke eines solchen Solidarsystems kann gleichzeitig seine Schwäche sein. Denn von Ungleichheit geprägte Lohnhierarchien und die zunehmende Angst vor sozialem Abstieg können zu einer Ab- und Ausgrenzung führen, insbesondere von LeiharbeiterInnen. Der Rest jener fordistischen Arbeitsgesellschaft, die ein historisches Maximum an Mitbestimmung im Rahmen einer kapitalistischen Produktionsweise vorzuweisen hatte, kämpft meist nur noch vom Standpunkt des Erhalts der eigenen Machtposition aus. Dieses wirtschaftskooperative Verhalten ist durchaus als Bündnis zwischen Kapitalisten und privilegierten Lohnsklaven zu bezeichnen. Die „glücklichen Besitzer" eines gesicherten Normal-Arbeitsverhältnisses sind demnach logischerweise bestrebt, ihre Privilegien nicht abtreten zu müssen. Die Lohnabhängigen treten also in eine kompetitive Situation, in der die privilegierte Schicht ihre Sicherheit vehement nach unten verteidigt und prekäre LohnarbeiterInnen als Konkurrenz wahrnimmt. Die Spaltung der Lohnabhängigen vollzieht sich über Ausgrenzung. Vor allem prekäre LohnarbeiterInnen sehen sich einer anhaltenden Distinktionsstrategie durch die Stammbelegschaften ausgesetzt. Dies zeigt sich unter anderem in der Aberkennung ihrer Qualifikation, Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit (Holst et al., 2009). Der Man-

Literaturverzeichnis

Bosch, Gerhard. *„Prekäre Beschäftigung und Neuordnung am Arbeitsmarkt"*. Expertise im Auftrag der IG Metall. Duisburg. September (2012). www.iaq.uni-due.de/iaq-standpunkte/2012/sp2012-02.pdf.

Bosch, Gerhard, und Claudia Weinkopf. *„Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor"*. WSI-Mitteilungen 9, Nr. 2011 (2011): 439–446.

Butterwegge, Christoph. *„Neoliberale Modernisierung, Sozialstaatsentwicklung und Soziale Arbeit"*. In: *„Modernisierungen" methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit*, herausgegeben von Brigitta Michel-Schwartze, 49–88. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.

Castel, Robert. *Die Krise der Arbeit: Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*. Hamburg: Hamburger Edition, HIS, 2011.

Castel, Robert, und Andreas Pfeuffer. *Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK, 2000.

Castel, Robert, and Michael Tillmann. *Die Stärkung des Sozialen: Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburger Ed., 2005.

Dörre, Klaus. *„Prekarität – eine arbeitspolitische Herausforderung"*. WSI-Mitteilungen 5.2005 (2005): 250-258.

Dörre, Klaus. *„Prekäre Arbeit"*. Arbeit (2006). eldorado.tudortmund.de:8080/handle/2003/28685.

Dörre, Klaus. *„Prekäre Arbeit und gesellschaftliche Integration – Empirische Befunde und integrationstheoretische Schlussfolgerungen"*. In: *Desintegrationsdynamiken*, herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer und Peter Imbusch, 29–55. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012.

Haipeter, Thomas, und Josep Banyuls. *„Arbeit in der Defensive? Globalisierung und die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital in der Automobilindustrie"*. Leviathan 35, Nr. 3 (2007): 373–400.

Holst, Hajo. *„Funktionswandel von Leiharbeit – Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen"* (2009). d-nb.info/1031942335/.

Kromphardt, Jürgen. *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus: von seiner Entstehung bis zur Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1987.

Marx, Karl. *„Zur Kritik der politischen Ökonomie"*. Berlin 1859, MEW, Bd. 13

Marx, Karl. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd. 1, Hamburg 1867, 4. Auflage 1890. MEW, Bd. 23.





gel an Anerkennung durch die Stammbelegschaft akkumuliert sich oft als sozialer Frust in den Köpfen der prekären Lohnabhängigen. Prekäre Arbeit kann deshalb nicht isoliert vom Zwang nach gesellschaftlicher Respektabilität und ökonomischer Unabhängigkeit betrachtet werden. Allzu bezeichnend ist der Umstand, dass viele Lohnabhängige sich lieber in ein prekäres Arbeitsverhältnis begeben, um nicht diese Anerkennung durch die Gesellschaft zu verlieren oder in Hartz-IV-Verhältnisse abzurutschen. Dabei werden von staatlicher Seite aus Geringverdiener mit Hartz-IV-Aufstockungen versehen, damit wenigstens der Anschein der Lebensunterhaltsgrenze gewahrt wird. Dieses Verhalten verschärft sich umso mehr, wenn man die Zone der Entkoppelung in die Betrachtung mit einbezieht. Dörre skizziert mit der Zone der Entkoppelung, der „Entbehrlichen des Arbeitsmarkts", ein soziales Milieu, dem seiner Meinung nach „in der Hierarchie der nachfordistischen Arbeitsgesellschaft" ein Minimum an gesellschaftlicher Anerkennung zuteil wird (Dörre, 2006; S. 185). Dabei stellt sich oftmals im Bewusstsein der „Entkoppelten" höchstens der Sprung in eine prekäre Beschäftigungsform als realistisch dar. Beispiele sind hier langzeitarbeitslose Jugendliche für „Veränderungswillige" (Typ 8, s. Tab. 1) sowie die schwer zu erfassende, minoritäre Gruppe der Langzeitarbeitslosen, der „Abgehängten" (Typ 9, s. Tab. 1) (Dörre, 2006). Durch diese „Entkoppelung" von den Zonen der Prekarität und Integration findet eine soziale Ausgrenzung von „Entbehrlichen" als auch eine Abgrenzung ausgehend von den „Entkoppelten" gegenüber den Zonen mit Integrationspotential statt. Ausgehend von der skizzierten Hierarchie einer nachfordistischen Arbeitsgesellschaft kann man somit durchaus von einer zunehmenden Entfremdung zwischen den Zonen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen sprechen.

Die Rolle der Reformgewerkschaften

Die Funktionärs- und Betriebsratsebene der systemstabilisierenden Gewerkschaften wie DGB, IG-Metall und Ver.di sieht sich in jüngster Zeit dazu gezwungen, die Situation der LeiharbeiterInnen stärker zu thematisieren. Die Widersprüchlichkeit, mit der die reformistischen Gewerkschaften taktieren, wird offensichtlich, bedenkt man den Umstand, dass nicht Leiharbeit als solches abgelehnt wird. Vielmehr setzt man auf die Spaltung in Lohnhierarchien in Form eines „Vetorechts für Betriebsräte" und bezeichnet dies noch als „Erfolg". Dabei wird betont, dass „Leiharbeit kein Dauerzustand" sein dürfe, „sondern Ausnahme bleiben" müsse (SZ, 12.07. 2013). Laut Gericht soll das Urteil „dem Schutz der Leiharbeitnehmer" dienen. Außerdem soll es „die dauerhafte Aufspaltung der Belegschaft des Entleiherbetriebs in eine Stammbelegschaft und eine entliehene Belegschaft verhindern" (SZ, 12.07. 2013)[4]. Doch das Gegenteil ist der Fall. Das, was hier als Erfolg im Sinne einer partizipativen Arbeitskultur verkauft wird, ist nichts weiter als ein Schutzreflex, um die Privilegien der Stammbelegschaften zu wahren. Für die LeiharbeiterInnen kann das Urteil womöglich einen schnelleren Arbeitsplatzwechsel und somit weniger Gleichberechtigung und geringere Chance auf Integration in ein Normalarbeitsverhältnis bedeuten.

Durch die Teilhabe an Tariffindungen innerhalb des Ausbeutungsregimes wird die systematische Marginalisierung von LeiharbeiterInnen legitimiert. Das Vetorecht der Betriebsratsebene zielt somit nicht auf die Abschaffung prekärer Arbeit ab. Vielmehr wird aufgrund ihrer traditionellen Programmatik, die eng mit dem überholten organisierten Kapitalismus verbunden ist, auf die Absicherung der integrierten Belegschaft gesetzt. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie kürzlich die Solidarisierung von Stammbelegschaft und LeiharbeiterInnen in einem Thyssen-Werk, setzen die wirtschaftskonformen, reformistischen Gewerkschaften weniger auf Solidarität oder gar Streik als vielmehr auf das Abnabeln und Ausgrenzen der Betroffenen – und feiern sich dennoch als Verteidiger von ArbeitnehmerInnenrechten. Der Strukturwandel und die Transformation der Arbeitsgesellschaft lassen sich unter anderem daran erkennen, dass viele Gewerkschaften nicht mehr die vermeintlich „typische kämpferische Durchsetzung von Lohn- oder Arbeitszeitinteressen, sondern die kooperative Durchsetzung von Beschäftigungsinteressen" im Fokus aufzeigen. Dies ist verbunden mit dem Wunsch nach einem „stärkeren Einfluss auf die betriebliche Rationalisierung im Sinne einer kooperativen Modernisierung" (Haipeter und Banyuls, 2007; S.26). Laut Haipeter und Banyuls „verfolgen die Gewerkschaften seit mehreren Jahren eine mehr oder weniger ausgeprägte Strategie der Wettbewerbsorientierung im Rahmen eines Wettbewerbskorporatismus, mit deren Hilfe sie die Interessen ihrer Mitglieder unter den Bedingungen der Globalisierung sichern wollen" (ebenda S.26). In anderen Worten sind diese kooperativ handelnden Gewerkschaften Akteure und Apologeten von Standortkonkurrenzen, die exemplarisch für die sukzessive Zersetzung der Klasse der Lohnabhängigen stehen. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass weite Teile der reformistischen Gewerkschaften Leiharbeit nicht grundsätzlich ablehnen. Laut Artikel in *junge Welt*[5] und *leakleiharbeit*[6] beteiligen sich DGB und Ver.di aktiv an der Ausbeutung durch prekäre Beschäftigungsformen, indem sie eigene Firmen zur Arbeitnehmerüberlassung unterhalten. Die politisch als auch gewerkschaftlich getragene „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes" im Zeichen der Agenda 2010 sowie die Hartz-Gesetze markieren einen vorläufigen Tiefpunkt für die Emanzipation von Lohnabhängigen. Diese Reformen sind nichts anderes als die induzierte Zersetzung emanzipatorischer Forderungen ganz im Sinne des Finanzmarktkapitalismus. Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Leiharbeit vom 19.11.2008 hat sich dabei wenig geändert (Steiner, 2012). Wie bereits erwähnt, reagierte die Bundesrepublik Ende April 2011 nur widerwillig, als das erste Gesetz zur Änderung des AÜG[7] in Kraft trat und laut Steiner „weit hinter den Erwartungen der Beschäftigten" lag (Steiner, 2012; S.12). Der Gesetzgeber hat allerdings schon in der Entstehungsphase des AÜG Ausnahmen geschaffen, mit denen man den equal-pay-Grundsatz legal umgehen kann. Reformen zur Verbesserung der Situation der LeiharbeiterInnen auf Druck der EU scheitern nicht allein am fehlenden politischen Willen: Der zum Schutz der LeiharbeiterInnen eingeführte equal-pay-Grundsatz mit einem laut AÜG §9 Nr. 2 eingeführten „tarifdispositiven Recht" ermöglicht es, aufgrund eines Tarifvertrags (!) den Gleichbehandlungsgrundsatz zu untergraben.

Im Gegensatz dazu engagiert sich die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (F.A.U./IAA) als eine der ersten Gewerkschaften bewusst und offensiv für eine Beendigung von moderner Sklaverei in Form von Leiharbeit und anderen ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Seit ca. 2003 werden in diesem Zusammenhang mit der Kampagne „Leiharbeit abschaffen" in regelmäßigen Abständen Tarifverträge veröffentlicht, um auf die Erosion von essentiell gewerkschaftlichemanzipatorischen Forderungen hinzuweisen. Kampagnen wie „Leiharbeit abschaffen" lösen nicht nur Diskussionen um die Lage der Lohnabhängigen in prekären Arbeitsverhältnissen aus, sondern zeigen vor allem, dass auch Basisgewerkschaften – trotz drohendem Gewerkschaftsverbot oder Marginalisierung durch Teile der systemstabilisierenden Gewerkschaften – einen erheblichen Impuls ausüben können. Als aktuelles Beispiel sei hierbei auf die bundesweiten Protestaktionen hingewiesen, die die Beschäftigung von Lohnabhängigen in prekären Arbeitsverhältnissen durch die Heinrich-Böll-Stiftung öffentlich kritisieren.

Wenn man bedenkt, dass prekäre Arbeitsverhältnisse ein Disziplinierungs- und Herrschaftsinstrument des Kapitals sind, muss man leider feststellen, dass der Mainstream der Gewerkschaftsbewegung und Politik das Thema Leiharbeit jahrzehntelang entweder ignoriert oder lediglich zur Befriedigung partieller Interessen instrumentalisiert hat. Es sei hier erwähnt, dass entgegen der rechtlichen Richtigstellung über das Streikrecht von LeiharbeiterInnen scheinbar erst ein arbeitsmarktbedingter Wandel der anteiligen Leiharbeit am Gesamtarbeitsmarkt sichtbar werden musste, um eine Reaktion bei DGB und Ver.di zu forcieren. Leider bleibt es fragwürdig, ob die Abkehr von einer wirtschaftskonformen Haltung tatsächlich stattfinden kann. In ihrer Programmatik sind die Positionen reformistischer Gewerkschaften bestenfalls auf Klientelpolitik begrenzt. Die Ignoranz von Seiten der Stammbelegschaften ist dabei immer noch sehr gravierend. Allerdings scheinen durch die prozentual höhere Zunahme an atypischen Beschäftigungsformen gegenüber Normalarbeitsverhältnissen die Auswirkungen von prekären Arbeitsverhältnissen immer weniger politischen Spielraum zu geben, um das Thema zu ignorieren. Entgegen jahrelang systematisch erfolgter Desinformation von unorganisierten Lohnabhängigen in Bezug auf ihre Rechte ist das Streikrecht dabei laut AÜG § 11 Absatz 5 unmissverständlich auch für LeiharbeiterInnen gültig. Der Haken an der Rechtsprechung ist allerdings nicht, ob man streiken darf, sondern die Notwendigkeit einer Formulierung des AÜG an sich, die Leiharbeit erst normativ legitimiert und die Aufspaltung von der Belegschaft in Lohnhierarchien zementiert. Gerade durch die ständigen (und vor allem unfreiwilligen) politischen Anpassungsreformen des AÜG werden prekäre Arbeitsverhältnisse durchgesetzt und gesetzlich legitimiert. Das lässt sich unter anderem an der Ablehnung von Petitionen zur Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes erkennen[8]. Leiharbeit kann nicht „missbraucht" werden, sondern stellt an sich einen Missbrauch von Lohnabhängigen dar.

Ausblick

Im Rahmen der Transformationsprozesse im Wandel von einer Industriegesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft scheint es so, als ob den Gewerkschaften der Blick und vor allem die Handlungsbereitschaft gegen ausbeuterische Verhältnisse sukzessive abhanden gekommen ist. Wirtschaftskooperative Gewerkschaften verharren als anachronistisches Relikt immer noch in einer fordistisch geprägten Arbeitsgesellschaft mit einem Hang zur Lohndiskriminierung.

Die Renaissance des (anarcho-)syndikalistischen Gewerkschaftsmodells und des Streiks als Form des Widerstands erscheinen hierbei zwar optimistisch und notwendig, wirken aber in einer derart gespaltenen und bewusstlosen Klasse der Lohnabhängigen momentan noch als Zukunftsmusik. Betrachtet man darüber hinaus die zunehmend repressiven Bedingungen innerhalb der Bundesrepublik und die schwindend geringe Bereitschaft der Gesellschaft, Staat, Nation und Kapital zu kritisieren, steht es ausgesprochen schlecht um die Situation der Lohnabhängigen.

Prekäre Arbeit, so lässt es sich zusammenfassend beschreiben, ist nicht nur ein Symptom kapitalistischer Verwertungslogik, sondern vielmehr ein Instrument zur Kontrolle in Form einer Etablierung von Konkurrenzverhältnissen unter den Lohnabhängigen. In Zeiten kapitalistischer Produktionsweise führt das unternehmerische Streben nach Profitmaximierung zur Akkumulation von Kapital und zunehmender Entfremdung. Schon Marx wusste, dass der Zusammenhalt zwischen den Lohnabhängigen das Spiel des Kapitals massiv stört (s. K. Marx, 1890; S.669-667). Denn um eine maximale „Freisetzung von Arbeitskräften" zu ermöglichen, bedarf es einer uneingeschränkten Konkurrenz unter den ArbeiterInnen (Kromphardt, 1987). In anderen Worten lässt sich die „große Transformation" als Fortsetzung eines historisch gewachsenen Verhältnisses von Herrn und Sklaven beschreiben. Bedenkt man, dass die Arbeitsteilung im gegenwärtigen Kapitalismus in seiner globalisierten Form wesentlich komplexer und ausgeprägter ist als zu Marx' Zeiten, so müssen die Umstände prekärer Arbeitsverhältnisse neu analysiert werden, um erst einmal zu begreifen, welchen Formen und Ebenen der Ausbeutung wir, die Lohnabhängigen, ausgesetzt sind. Natürlich unterliegt die Definition des „Klassenkampfes" einer ständigen Revision und muss entsprechend der Aktualität analysiert werden. Nichtsdestotrotz bemerkte auch schon Warren Buffet mit seinem prominentesten Kommentar, dass wir uns in einer Situation befinden, in der „eine Klasse gegen die andere kämpft, und eine am gewinnen ist" – und zwar die der Kapitalisten. Wie lässt sich aber auch ein Konflikt überwinden, wenn man die Spielregeln derjenigen spielt, die ihn entworfen haben? Deshalb wird es in nächster Zeit immer dringlicher, sich nicht direkt oder indirekt zu Lakaien des Kapitals reduzieren zu lassen, sondern die Gewerkschaftsbewegung wieder zu einer solidarischen und vor allem kämpferischen Plattform der Emanzipation gegenüber dem Kapital zu erneuern. Auch wenn wir uns in einer schwer zu beschreibenden Ausgangslage befinden und momentan hauptsächlich mit der Bekämpfung von Symptomen beschäftigt sind, müssen wir uns immer vor Augen halten, dass wir, die Klasse der Lohnabhängigen, alle von denselben Prekarisierungsmechanismen betroffen sind. Durch das Scheitern der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt in Form von wirtschaftskooperativen Gewerkschaften ergibt sich die Notwendigkeit, eine konsequente Analyse der Transformation des Kapitalismus fortzusetzen, um die neuen Bedingungen des Arbeitsmarktes zu begreifen. Es gilt deshalb momentan vielmehr die erwerbs- und berufsbezogenen Lücken zu schließen und die vorhandenen internen Gegensätze unter Lohnabhängigen aufzuheben, um tatsächlich auch in die Position zu gelangen, sozial-revolutionären Druck aufbauen zu können. Nicht zuletzt deshalb hat es Sinn, sich mit arbeitssoziologischen Analysen auseinanderzusetzen.

Benjamin Most

[1] Damit sind insbesondere befristete Stellen, Zeitarbeitstätigkeiten, Leih- und Teilzeitarbeit sowie alle anderen geringfügig bezahlten Stellen gemeint.
[2] „Pressemitteilungen – Atypische Beschäftigung sinkt 2012 bei insgesamt steigender Erwerbstätigkeit – Statistisches Bundesamt (Destatis)". Zugegriffen 28. August 2013. www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/08/PD13_285_132.html.
[3] „Fordismus" leitet sich zwar von Henry Ford ab, soll aber keineswegs auf eine positive Bewertung bezüglich H. Fords Haltung gegenüber Gewerkschaften und Mitbestimmung hindeuten. Vielmehr dient Ford als Namensgeber einer Theorie, die die typische Arbeitsgesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg beschreibt. Von marxistischen Grundsätzen ausgehend soll die Theorie des Fordismus vor allem erklären, warum es anstelle eines krisenhaften Kollaps des Kapitalismus zum Wohlfahrtsstaat kam.
[4] www.sueddeutsche.de/wirtschaft/urteil-des-bundesarbeitsgerichts-betriebsraete-bekommen-vetorecht-bei-leiharbeit-1.1719846
[5] www.jungewelt.de/2013/03-21/index.php
[6] www.leakleiharbeit.de/gewerkschaften-und-leiharbeit/ver-di-im-leiharbeitsgesch%C3%A4ft/daa-kein-mindestlohn-f%C3%BCr-leiharbeiter/
[7] Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
[8] siehe www.bundestag.de unter „Petitionen"

Niehaus, Moritz. *„Leiharbeit und Privatleben: Auswirkungen einer flexiblen Beschäftigungsform auf Partnerschaft und Familie"*. Berliner Journal für Soziologie 22, Nr. 4 (16. April 2013): 569–594. doi:10.1007/s11609-012-0199-7.

Schultheis, Franz, und Stefan Herold. *„Précarité und Prekarität: Zur Thematisierung der sozialen Frage des 21. Jahrhunderts im deutsch-französischen Vergleich"*. Zwischen Prekarisierung und Protest. Die Lebenslagen und Generationsbilder von Jugendlichen in Ost und West. Bielefeld (2009): 233–264.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. *„Statistisches Bundesamt Deutschland – GENESIS-Online"*. Text, 12.August2013. www.genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=9277DE9FB9F28FF77A248B88583DC1B6.tomcat_GO_1_1operation=previous&levelindex=4&levelid=1376264713933&levelid=1376264686850&step=3.

„Gesamtwirtschaft & Umwelt – Arbeitskräfteerhebung – Atypische Beschäftigung – Statistisches Bundesamt (Destatis)". www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Arbeitskraefteerhebung/Tabellen/AtypischeBeschaeftigungZeit.html. (Zugriff am 22.08.2013)

Steiner, Regina. *Prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Handlungshilfe für Betriebsräte*. Frankfurt, M: Bund-Verl., 2012. leiharbeiter/

Patriarchales Erbe

Kampf gegen die Hydra

Keine zehn Jahre ist es her, dass mit der Formulierung des Prekariats versucht wurde, die Auswirkungen eines Deregulierten Arbeitsmarktes zu beschreiben. Gruppen, die aufgrund ihrer Tätigkeiten und Bildung nicht dem Proletariat zugerechnet wurden, waren nun von klassischen Proletariatsproblemen konfrontiert: Unsichere Arbeitsverhältnisse, Unterbezahlung, mangelnde soziale Absicherung, keinerlei Einflussmöglichkeiten auf die Arbeitsplatzgestaltung, gesellschaftliche Exklusion – unnötig, hier noch einmal alles aufzuführen. Die Mehrheit der heute Erwerbstätigen war selbst schon in irgendeiner Form prekär beschäftigt: Minijobs, Werkstudentenverträge, Leiharbeit etc. Oftmals werden diese Beschäftigungen von den Betroffenen selbst nicht als prekär wahrgenommen, sichern sie für den Moment doch das Auskommen. Wenn man aber den Begriff eng fasst und berücksichtigt, dass die Hälfte aller Erwerbstätigen im Alter keine existenzsichernde Rente erhalten werden, müssen mehr Arbeitsverhältnisse als prekär bezeichnet werden als bisher. Daran ändert auch die Tatsache, dass seit 1. Januar 2013 Mini-Jobs rentenversicherungspflichtig geworden sind, nichts. Mit dem Erwerb von jährlich 4 Euro Rentenanwartschaften entkommt man dem Gang zum Amt nicht, hat aber jeden Monat weniger im Portemonnaie. Der Kampf gegen prekäre Verhältnisse kommt dem Kampf gegen die Hydra gleich: Schlägt man einen Kopf ab, wachsen zwei neue nach. Das Prekariat scheint allgegenwärtig, und mit dem Begriff „prekär" lassen sich nicht nur Arbeitsverhältnisse klassifizieren, sondern nahezu alle Lebensbereiche beschreiben. Anstatt schichtübergreifende Solidarität zu befördern, wie es in Feuilletondebatten romantisch herbei gesehnt wurde, verhält es sich mit dem Prekariat wie mit jedem Begriff, der vielseitig anwendbar wurde: „Prekär" wirkt ermüdend und dient nur noch dazu, eine Wirklichkeit zu beschreiben, die, um ein Lieblingswort von Frau Merkel zu zitieren, als „alternativlos" wahrgenommen wird. Damit wird schon in der Wortverwendung erkennbar, was die zunehmende Prekarisierung der Gesellschaft tatsächlich ist: Ein gewolltes Herrschaftsinstrument. Ausgedehnt auf alle Erwerbsformen ist es nur noch der Elite möglich, nicht dazugerechnet zu werden und sich den Auswirkungen zu entziehen. Der zunehmenden Anzahl von Betroffenen hingegen ist es aufgrund der immer geringer werdenden Ressourcen und Nischen immer schwerer möglich, dagegen anzugehen. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt, und vielleicht weilt der Herakles, der der Hydra das lebenswichtige Haupt abschlagen wird, bereits unter uns.

Judith Malina: In unseren Gedanken sind wir fast nie allein

Essay von Jude Rawlins

Sie tauchten im Nachkriegswirrwarr der New Yorker Straßen auf: Der Künstler Julian Beck und seine junge Frau, die Schauspielerin und Aktivistin Judith Malina.

1948 gründeten sie zusammen das *Living Theatre*, eine sich ständig weiter entwickelnde Truppe von radikalen kreativen DarstellerInnen, verbunden durch eine gemeinsame Philosophie der persönlichen Freiheit, der Revolution des Selbst; friedvolle AnarchistInnen, begeistert vom Gedanken der Liebe und Gleichheit für alle.

Judith Malina wurde als Tochter eines deutschen Rabbi geboren, ihre Familie emigrierte 1928 von Deutschland nach New York. Malinas Hingabe an ihre eigene Wahrheit und ihre zielsichere Fähigkeit, diese Hingabe durch die universelle Sprache des Theaters auszudrücken, hat zu einigen der bemerkenswertesten Aufführungen der Neuzeit geführt. Historisch gesehen hat sich das *Living Theatre* durch seine Interpretation der Werke von Bertolt Brecht, Jean Cocteau, Gertrude Stein und anderen einen radikalen Ruf erspielt. Einige Produktionen, wie die von Kenneth Browns *The Brig*, sind zur Legende geworden. Da es sich jedoch um das Theater dreht, um die einzelnen Aufführungen, um den Moment, ist es schwierig, das Werk ohne Anschauungsobjekt zu diskutieren. Über Theater zu sprechen, ist wie über Architektur zu tanzen.

Glücklicherweise wurden einige Momente eingefangen, und der wahrscheinlich beständigste davon ist *Paradise Now*. Größtenteils in Europa im Exil entstanden nach lächerlichen Anschuldigungen gegen Malina und Beck durch das amerikanische Finanzamt, die zu einem Gerichtsverfahren führten und mit einer Verurteilung wegen Missachtung des Gerichts endeten – eine Auszeichnung für alle AnarchistInnen – wurde *Paradise Now*vielleicht ihr stärkstes und zeitlosestes Stück. Sein künstlerischer Einfluss kann vielerorts beobachtet werden, insbesondere in den radikalen und furchtlosen Filmen von Ken Russell – es ist schwer zu glauben, dass sein Meisterwerk *The Devils* (*Die Teufel von Loudun*) nicht zu einem phänomenalen Grad von *Paradise Now* inspiriert sein soll. Die Ähnlichkeiten von Malina und Russell aufzuzeigen ist aufschlussreich. Russells Kreativität kannte keine Grenzen, in den 70ern war er kurzzeitig in Mode, seine Filme waren sowohl kontrovers als auch kommerziell erfolgreich. Aber er verlor niemals sein Ziel aus den Augen, er verkaufte sich nicht, er war weiterhin kontrovers und herausfordernd, auch als er unmodern wurde und als die britische Filmindustrie ihn mit offensichtlicher Verachtung strafte. Russell war, wie Malina, zu schillernd, zu einfallsreich und zu tiefgründig, um berechenbar zu sein. So strichen sie ihm die Fördermittel, und er machte unbeirrt weiter und wurde nur noch radikaler und kontroverser. Wie er ist auch Judith Malina der lebende Inbegriff dieser absoluten Verweigerung, sich den Launen der Mode zu beugen.

Die Genialität von *Paradise Now* liegt in seiner Einfachheit. Nur einige kleine, treffende Bemerkungen wie „Ich darf auf der Straße nicht nackt sein, ich darf nicht ohne Geld leben" und ähnliche enthalten einen kraftvollen Protest gegen jedwede Unterdrückung. Sie zwingen uns, das Publikum, die offensichtliche Frage zu stellen: „Warum nicht?". Und wir alle kennen die Antwort: „Weil es die Gesellschaft so will." Und wir alle wissen, das reicht nicht.

Paradise Now hat seinen Namen von Miltons *Paradise Lost*, und als solches kann das *Living Theatre* als Glied in der großen Kette der kreativen Tradition gesehen werden, die alle Stimmen der Wahrheit und Vernunft durch die Zeit vereint. *Paradise Now* ist kraftvoll, seines Namens würdig und es zeigt, dass seine SchöpferInnen Menschen voller Integrität und Wahrheit sind und – weit mehr – wie jedes große künstlerische Werk, hat *Paradise Now* viel zum Thema Freiheit zu sagen. Es ist grundsätzlich ein spirituelles Werk, und mit „Spiritualität" meine ich das Gegenteil von Materialismus. Es hat nichts zu tun mit Übersinnlichem – *Paradise Now*, wie zuvor *Paradise Lost*, hat eine einzige Botschaft – im Wesentlichen, dass Regeln und Materialismus, Eigentum, Religion, Geld usw. alles Systeme sind, die uns aufgezwungen wurden wie Gefängnisstrafen, Dinge, um die wir niemals gebeten haben, aber die wir durch Gehirnwäsche für nötig erachten. Wie Blake sagte, muss mensch ein System erschaffen oder sich von dem System eines anderen versklaven lassen. Anarchie ist nicht Chaos, Anarchie dreht sich darum, uns selbst kennenzulernen, unsere Bedürfnisse zu befriedigen und die Bedürfnisse anderer zu erkennen und zu verstehen. Anarchie verlangt von uns, dass wir Empathie entwickeln, Mitgefühl und Toleranz, und sie belohnt uns mit absoluter Freiheit. Anarchie ist eine bessere Art zu leben als die derzeitige Gesellschaftsform. Die Geschichte lehrt uns, dass wir Unterdrücker zerstören müssen, Judith Malina zeigt uns, wie wir das mit Liebe verwirklichen können.

Das *Living Theatre* ist nicht tot, trotz allem, was in der New York Times zu lesen war.

Jude Rawlins (Subterraneans/Lene Lovich Band)


Copyright Dirk Szuszies, Karin Kaper

Judith Malina auf der Bühne in Beirut

Die Kunst des Widerstands

Judith Malina, das *Living Theatre* und der Dokumentarfilm *Resist!*

Es sei ein aufregender Wettlauf, sagt Judith Malina am Ende des Films, ein Wettlauf mit dem Tod. Sie wisse, wer am Ende gewinne, aber momentan gewinne sie. Im Juni 2013 ist Judith Malina 87 Jahre alt geworden, und sie hat nichts von ihrer Energie verloren, sie ist immer noch kämpferisch und ungebrochen, auch wenn die Spielstätte des *Living Theatre* in der Clinton Street in New York geräumt wurde und sie in einem Heim für alte SchauspielerInnen untergebracht ist. Aber sie schreibt an Stücken, und das *Living Theatre* ist – ganz seinem Namen entsprechend – nach wie vor am Leben und verbreitet auch weiterhin seine anarcho-pazifistische Botschaft an aktuellen Konfliktschauplätzen, wie schon seit mehr als fünfzig Jahren. „Fuck The Legend", sagt Judith Malina im Film, sie wolle keine Legende sein, sondern lieber Teil der Gegenwart.

„Nicht reden, sondern machen"

Das Berliner FilmemacherInnen-Duo Dirk Szuszies/Karin Kaper begleitete das *Living Theatre* zum G8-Gipfel nach Genua, nach New York zu *Ground Zero* und nach Khiam zum ehemaligen Strafgefangenenlager der israelischen Armee im Südlibanon und dokumentierte die Aktionen des Kollektivs gegen Hass und Gewalt. Und wer wäre dafür besser geeignet als Dirk Szuszies, der von Anfang bis Mitte der 80er selbst Mitglied des *Living Theatre* war?

Er habe der Spät-Siebziger-Terrorismus-Hysterie entfliehen wollen, antwortet Dirk Szuszies auf die Frage, wie er denn zum *Living Theatre* gestoßen sei. Er habe 1979 sein Studium der Soziologie und Pädagogik in Bielefeld abgebrochen und sei nach Bologna gegangen, um dort Schauspielunterricht zu nehmen. Ostern 1980 sei er beim *Living Theatre* zu Besuch gewesen, keineswegs, um bei ihnen einzusteigen, einfach aus Interesse. Aber ein amerikanischer Schauspieler sei gerade weggegangen, die Truppe habe Ersatz gebraucht und so sei er – ermutigt durch Judith Malina – ins kalte Wasser gesprungen. Ein Nomadenleben folgte. In den folgenden fünf Jahren war Dirk Szuszies als Schauspieler mit dem *Living Theatre* unterwegs in Italien, Polen, Deutschland und in den USA, aufgeführt wurden *Antigone*, *Six Public Acts*, *Masse Mensch* und *The Archaelogy Of Sleep*. Ein emotionaler Höhepunkt sei sicher die Einladung Anfang der Achtziger nach Polen gewesen, wo zu der Zeit Kriegsrecht herrschte, erinnert sich Dirk Szuszies, sie hätten damals *Antigone* gegeben, mit Judith Malina in der Titelrolle.

Die Krebserkrankung von Julian Beck, dem Mitbegründer des *Living Theatre*, führte zur ersten Entscheidung, die nicht im Kollektiv getroffen wurde – das *Living Theatre* ging zurück nach New York. Ohne Green Card sah Dirk Szuszies für sich keine Möglichkeit, in New York zu bleiben. Er gab eine Anzeige in der *taz* auf und ging nach München, wo er das *Freie Theater Aporée* gründete, mit dem er später nach Berlin umzog und es in *ZATA Theater (Zentrales Aufklärungstheater Aporée)* umbenannte. Den Tod von Julian Beck verpasste er knapp. Das *Living Theatre* schien danach am Ende: Julian Beck hatte keine Krankenversicherung gehabt, die finanziellen Ressourcen waren aufgebraucht. Aber Hanon Reznikov hielt die Truppe zusammen und wurde neben Judith Malina zur zentralen Inspirationsquelle des *Living Theatre*.

Fuck The Legend", sagt Judith Malina im Film

Aktionen gegen Hass und Gewalt

G8-Gipfel, Genua 2001: Die Bilder der Verwüstung, die Dirk Szuszies einen Tag nach der Erstürmung der Diaz-Schule mit der Kamera festgehalten hat, brennen sich ins Gedächtnis und lassen die Brutalität des Polizei-Einsatzes erahnen. Wieder ist Dirk Szuszies mit Judith Malina und dem *Living Theatre* unterwegs, dieses Mal jedoch als Filmemacher. „Wir waren schon vor Beginn des Gipfels in Genua", erzählt Dirk Szuszies von den Dreharbeiten, „wir hatten eine offizielle Akkreditierung. Das *Living Theatre* war nicht an vorderster Front, sie machten Workshops und Aktionen gegen Hass und Gewalt." Als besonders menschenverachtend habe er es empfunden, so Dirk Szuszies, dass die Carabinieri es sich auf der Piazza Alimonda gut gehen ließen, wo zuvor Carlo Giuliani erschossen worden war.

Beeindruckend auch die Performance des *Living Theatre* an *Ground Zero*, bei der die Truppe versuchte, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen, gleichzeitig die Trauer über den Verlust ausdrückte und die Vergeltungssucht der Menschen anprangerte.

Der letzte Teil des Dokumentarfilms zeigt das *Living Theatre* bei einem Workshop in Khiam, dem ehemaligen Strafgefangenenlager der israelischen Armee im Südlibanon, der von einer jungen, in den USA lebenden Libanesin initiiert worden war. Ein Teil der Mitwirkenden habe ihnen Weltfremdheit vorgeworfen und sei ausgestiegen, aber mit großem Bedauern und Trauer, so Dirk Szuszies.

Im Jahre 2008 war das *Living Theatre* mit *The Brig* unterwegs, einer Rekonstruktion der Aufführung von 1963 des Theaterstücks des ehemaligen Marines Kenneth Brown, der darin seine eigenen Erfahrungen in der demütigenden, klaustrophobischen und menschenverachtenden Welt eines Gefängnisses der US Marines schildert, *The Brig* führt die ZuschauerInnen an die Grenzen der Zumutbarkeit. Bei der Aufführung in der Akademie der Künste war Judith Malina nicht anwesend, da zu dieser Zeit Hanon Reznikov verstarb.

Aber wer vor Kurzem auf Facebook den Beitrag von Judith Malina entdeckte, auf dem sie voller Inbrust *Bella Ciao* sang, weiß, dass sie ihre Utopie auch weiterhin lebt.

Karin Hoog

BELLA CIAO! con Judith Malina al Teatro Valle Occupato

www.youtube.com/watch?v=7kxfJbuV6ro

RESIST!

Ein 35mm-Kino-Dokumentarfilm von Karin Kaper & Dirk Szuszies

Bonus: Archivmaterial und Aufnahmen von der Veranstaltung anlässlich des 80. Geburtstags von Judith Malina im Juni 2006 in der Akademie der Künste Berlin

Die DVD erschien 2007 im Eigenvertrieb

Karin Kaper

Naunynstraße 41a, 10999 Berlin

www.karinkaper.com/

Vom Mittelstand ins Prekariat

***Eine flexible Frau*, ein Film über einen prekären Alltag zwischen Callcenter, Architekturbüro und Hartz IV, ist auf DVD erschienen**



Foto: Verleih

Eine Frau wankt durch ein Stoppelfeld, ihre Stöckelschuhe hat sie ausgezogen, im Hintergrund Neubauten: Townhouses für den saturierten Mittelstand. Sie hat getrunken, es ist ihr vierzigster Geburtstag. Das Feld liegt am Stadtrand von Berlin, wo der Film *Eine flexible Frau* spielt. Die Protagonistin muss viel wegstecken.

Greta M. (Mira Partecke) ist seit Jahren arbeitslos. Zuvor hat sie in einem großen Büro gearbeitet. Seit dort alle freien MitarbeiterInnen entlassen wurden, hat sie keine neue Arbeit als Architektin bekommen. Auf einer Party trifft sie Studien- und ArbeitskollegInnen von früher. Die Stimmung ist ausgelassen, Smalltalk über die neuesten Projekte, das Eigenheim, die Kinder. „Das ist doch schön, wenn du nicht arbeitest und Zeit für Lukas hast", bekommt Greta zu hören, als sie von ihrer Situation erzählt. „Aber ich habe niemanden, der für mich den Part des Versorgers übernimmt", erwidert Greta. Sie hat sich vom Vater ihres 12-jährigen Sohnes getrennt. „Wir sollten uns unbedingt mal wieder verabreden", bekommt sie darauf als unverbindliche Floskel zu hören. Ihr Gegenüber Marlene (Michaela Benn) hat sich vorher über ihr Glück als teilzeitarbeitende vierfache Mutter an der Seite eines erfolgreichen Architekten ausgelassen. Greta wird mit Umarmung begrüßt und bleibt mit ihren Problemen außen vor. Sie stört mit ihrer Erfolglosigkeit. Bitter und treffend in Szene gesetzt, fällt sie als alleinstehende Arbeitslose aus dem Feiern heraus.

Die Regisseurin Tatjana Turanskyj schafft es in ihrem absolut sehenswerten Film, Bilder und Abläufe zu zeigen über das Gefühl des Scheiterns als vom Arbeitsmarkt Ausgestoßene, über das Unverständnis und die subtilen Mechanismen der Distanzierung seitens der sich als erfolgreich im Arbeitsleben verstehenden Bekannten. Das geht bis zu einem Tiefpunkt, vor dem arbeitslose Eltern einen Horror haben: Ihr Sohn Lukas (Mattis Hausig) sagt ihr ins Gesicht, er wolle nichts „mit Losern" zu tun haben und deshalb lieber zu einem Freund als zu ihr. Lukas lebt die meiste Zeit bei seinem Vater, aber die gemeinsame Zeit mit ihm ist Greta wichtig. Sprachlos, vor den Kopf gestoßen bleibt sie zurück, während Lukas mit seinem Fußballfreund abzieht. Greta gibt ihrem Ex Paul (Horst Markgraf) die Schuld, schreit ihn später verzweifelt angetrunken vor Lukas an: „Loser! Das hat er von Dir!".

Wie oft in dem Film erscheint es verständlich, aber auch deplatziert, wie Greta agiert. Viele Szenen wirken wie Theater. Die AkteurInnen agieren kammerspielartig, die Körpersprache ist zurückgenommen, das Publikum schaut aus der Distanz auf das Geschehen, das dabei eigentlich so dicht am Alltag spielt. Tatjana Turanskyj zeigt auf beklemmende Weise, wie nah in der zunehmend weniger sozial abgesicherten Arbeitswelt die Rolltreppe abwärts dem freiberuflichen Erfolg ist. Beinahe gespenstisch, dass es keine Regularien gibt, die hier für Ausgleich sorgen. Der Kapitalismus in Turanskyjs Film hat eine glänzende Fassade und ist unbarmherzig. Der Absturz aus der gesellschaftlichen Mitte ist auch ein Absturz in Berlin-Mitte. Die Regisseurin schafft es, Empathie für Greta hervorzurufen, die nicht von oben herab als Sozialfall inszeniert wird, sondern als eine eigenständige Singlefrau, die sich der Marktmechanismen bewusst ist, bei denen sie unter die Räder kommt. Der einzige greifbare Job für sie ist Outbound: Im Callcenter Unbekannte anrufen, um zu versuchen, ihnen etwas aufzuschwatzen, in ihrem Fall sinnigerweise: Fertighäuser.

Und immer von innen heraus lächeln ... Turanskyj schafft es in ihrem Film nicht nur, den Absturz aus der Mitte zu bebildern. Sie zeigt die Entsolidarisierung in der Mittelschicht, die Konkurrenz bis zum Offenbarungseid: Ihre FreundInnen feiern und plaudern gerne mal mit Greta, aber als sie fragt, ob sie nicht mit ihnen arbeiten kann, bekommt sie auch nur Bekanntes: Absagen. Plötzlich ist Mann geschäftstüchtig, selbst in der Kneipe. Alles ist Projekt, alles potentiell verwertbar, nur Greta nicht. Sie ist draußen. Obwohl sie in ihrer autonom durchgeführten Architekturrecherche durch das protzige modernisierte Berlin der Macht – Bundesfinanzministerium – und des besserverdienenden Mittelstandes – Townhouses und Privatstraßen – zeigt, wie viele gute Ideen für eine nicht auf Gewinn- sondern auf Lebensqualitätsmaximierung ausgerichtete Architektur sie hat.

Es ist kein Zufall, dass der Film dort endet, wo er angefangen hat: auf dem Stoppelfeld. Nur hier, auf dem temporären Brachland, ist noch Raum für Greta jenseits der Verwertungsinteressen der Besitzenden. Durch die Figur eines Stadtführers, der die moderne Dienstleistungsgesellschaft mit den prekären Arbeitsverhältnissen besonders für Frauen einer antipatriarchalen Kritik unterzieht, wird verdeutlicht, dass die feministischen Forderungen nach einem Ende der ökonomischen Diskriminierung von Frauen und für eine Entlohnung der Reproduktionsarbeit bisher gescheitert sind.

Gaston Kirsche

Eine flexible Frau
Deutschland 2010; Regie & Buch: Tatjana Turanskyj; mit Mira Partecke u.a.; 97 Min.
Die DVD kostet 16,90 Euro und ist erschienen bei der Filmgalerie 451.

Der Libelle Geburtstag

Wir feiern 10 Jahre selbstorganisiertes Chaos

Freie Selbstorganisation – das ist etwas, was AnarchistInnen öfter einfordern als wirklich erbringen. Der Grund dafür ist offensichtlich: sich tolle Projekte zu ersinnen ist um vieles leichter, als eines von vorne bis hinten durchzusetzen. Mangelnde Selbstdisziplin, Unerfahrenheit, zu wenig Bereitschaft zur Zusammenarbeit, Prokrastination und die Angst, dass das Ganze letztlich eh nicht hinhaut, bilden ein Cluster an Ursachen, warum AktivistInnen ständig an ihren Vorhaben scheitern.

In Leipzig gibt es den Libertären Laden Leipzig, kurz: *Libelle*. Hier treffen sich Menschen, um Utopien umzusetzen und realistisch erfahrbar zu machen. Die *Libelle* ist selbst organisiert. Ihr Leitsatz: Ohne euch kein Laden, kein Laden ohne euch.

Mit diesem Leitspruch im Kopf und Herzen haben sich vier Menschen also daran gemacht, *das* Geburtstagsfest zu organisieren. Denn: Die *Libelle* wird dieses Jahr zehn Jahre alt! Durch interne Komplikationen hatten diese vier Menschen nur sechs Wochen Zeit. Doch das Ergebnis hat auch sie selbst zum Staunen gebracht.

Selbstorganisation. Ein Wort, das oft auch Freiheit assoziiert. Doch die Freiheit fordert notwendigerweise Konsequenz, Verantwortung und Struktur. Das sehen wir persönlich mal wieder bestätigt. Denn was haben wir nicht alles auf die Beine gestellt?

Unterstützung von außen

Da wären die Freunde der *Libelle*. Sie mögen den Laden und freuen sich mit ihm, dass er nun schon zehn Jahre das Leipziger Zentrum bereichert. So machten diese Geschenke – in Form von Aktionen und Direktkrediten, um das Fest vorerst finanzieren zu können und aktiver Unterstützung bei einzelnen Vorbereitungen. So kam es, dass mensch auf dem Fest Papierschöpfen ausprobieren, auf eine politische Schnitzeljagd gehen und an einem Kickerturnier teilnehmen konnte.

Befreundete Nachbarläden haben sich gefreut und einen Freisitz für diesen Tag organisiert sowie Kuchen verkauft und eine Straßenmusikerin eingeladen, die leider unverstärkt im großen Geburtstagstrubel spielen musste, dafür aber ein feines, hocherfreutes Publikum hatte.

Außerdem gibt es dann noch die Freunde der Freunde – durch die wir enorme Unterstützung für die Bühne erfahren haben. Immerhin haben drei Bands gespielt. Wir hatten einen ganz tollen Techniker, der sich für uns Zeit genommen hat. Die gesamte Technik, die Bühnenpodeste und das Festzelt wurden uns auf Freundschaftsbasis geborgt. Auch zu den *Libelle*-FreundInnen muss die Kommunikation funktionieren. Ansonsten heißt es „Killing Your Darlings", denn die Ideen sind alle sehr schön und jedeR wünscht sich, sie zu realisieren. Doch sind der Wünsche mehr als Taten. Wir mussten leider auf einen sehr großen Pool verzichten und mit einem Kinderplanschbecken Vorlieb nehmen. Das war zwar sehr schade, doch das Orga-Team war so ausgelastet, dass es schwer war, uns noch um die Durchführung einzelner Ideen zu kümmern.

Kommunikation ist das A und O

Wir hatten die Idee, das Fest der *Libelle* dafür zu nutzen, die den Laden nutzenden Gruppen zusammen zu bringen und miteinzubeziehen. Neben einem Infostand waren sie eingeladen, etwas zu der Vielfalt des Festes beizutragen. Diese Idee war das Herz des Festes. Denn was ist ein Straßenfest ohne Kuchen, Getränke und mehr? Auch die Vorstellung, ein Fest für die *Libelle* auszurichten, ohne Menschen, die diese benutzen, war für uns komisch. Warum sollte jemand anders als wir dieses Fest gestalten? Doch waren da einige Schwierigkeiten. Wir hatten kaum Kontakte – mussten also zu deren Plena gehen und unser Anliegen vorbringen, wo wir meist vorerst auf Ablehnung stießen. Die Begründung war einfach: Keine Kapazitäten. Wie mensch das kennt, jedeR hat viel zu tun. Es geht ja nicht nur um Präsenz, sondern auch um Vorbereitung der Stände. Manchmal erscheint das „unpolitische" Straßenfest vielleicht auch nicht wichtig oder unterstützenswert für eine politische Gruppe.

Für uns war das ein ganz schöner Rückschlag. Wir haben an der Machbarkeit, aber auch am Sinn des Festes gezweifelt. Wenn kaum eine Gruppe unterstützen möchte, warum sollen wir den Stress auf uns nehmen? Wir wussten doch, dass es schon eine große Herausforderung ist, die Organisation hauptsächlich nur zu viert zu stemmen. Doch die Durchführung? Niemals!

Und dann kamen nacheinander die Zusagen der einzelnen Gruppen. Wir haben uns sehr gefreut. Vom obligatorischen Kuchenstand über Flohmarktecke hin zur Volxküche am Abend und weiteren Ständen hatten wir ein kleines, aber buntes Angebot.

Wir können euch nur raten: Sorgt für eine präzise, angenehme Kommunikation! Macht AnsprechpartnerInnen aus. Begeistert die Leute, die ihr um Hilfe bittet! Damit sie verstehen, wie wichtig ihre Unterstützung ist. Ihr erspart euch damit sehr viel Stress, Zeit und Panik, das Fest nicht stemmen zu können. Außerdem macht eure Arbeit transparent, damit sich niemand benachteiligt oder übergangen fühlt! Und scheut keine Auseinandersetzungen. Sagt, was euch wichtig ist an einem Fest, ob Essen vegan sein soll oder euch Deko wichtig ist. Nur so kann darüber gesprochen und diskutiert werden. Und natürlich: Fangt früh genug an!

Wir von der Orga sind uns soweit einig: Wir würden es alle noch mal machen, aber diesmal ganz anders! Mit mehr Transparenz, Kommunikation und ansteckender Motivation. Es war ein sehr schönes Fest. Die Durchführung machte sehr viel Spaß und die Dankbarkeit war groß.

„Sei selbst die Veränderung, die du dir für diese Welt wünschst" – wir haben es versucht, teilweise vielleicht sogar geschafft.

Christopher Voß und Zoé Auton


Mit ‚A las barricadas' wurden die BesucherInnen vom Fest verabschiedet



Ein Fundus für die Basis

Eine Comicgeschichte über Selbstorganisation und Genossenschaftsbewegung

Für LeserInnen der *DA* sind die Illustrationen ihres Hauszeichners Findus längst liebgewonnenes Gimmick. Insbesondere Menschen, die ihre eigene, zuweilen recht spröde Geschichte und Philosophie mit Witz und einer gehörigen Portion Selbstironie betrachten, wissen seine Kunst zu schätzen. Denn allzu oft bediente Plattheiten und Lächerlichkeit sucht man darin vergebens. Findus' Liebe zum Detail kommt auch in einem neuen Comicband zum Tragen, einer Co-Produktion mit der Journalistin Caterina Metje. Ihre gemeinsam im März im Unrast-Verlag veröffentlichte *Kleine Geschichte der Genossenschaften* gehört in jede Hand, hat es in sich. „Klein" daran ist allenfalls der Titel; kompakt, inhaltlich fundiert und großartig ist sie dagegen in Aufmachung und Umfang.

Teppichgleich wird hier vor dem Hintergrund einer Münsteraner Kneipendiskussion die Theorie und Praxis von Selbstorganisation sowie Idee und Geschichte der Genossenschaftsbewegung ausgerollt. Das Ganze wird zum Parforceritt, lebendig, bunt, schillernd, nicht weniger als die Gestalten, die zu ihren Wegbereitern zählten. Und kommt ohne die sonst obligatorischen Scheuklappen aus; Liberale und sozialistische Denker geben sich hier einträchtig die Klinke in die Hand. Von den utopischen Sozialisten und Arbeiterkolonien wird der Faden durch die verschiedenen Formen des Genossenschaftswesens, Erscheinungen der Arbeiterselbstverwaltung, die Kollektivierungen in Geschichte und Gegenwart weitergesponnen. Im internationalen Maßstab. Vision und Praxis, Erfolge und Scheitern werden dabei genauestens unter die Lupe genommen.

Der schwarz-rote Leitfaden, der sich sehr gut in die bisherigen (Co-)Veröffentlichungen von Findus zu Arbeiterbewegung, Anarchismus und Zapatismus einreiht, ist nicht nur wärmstens zu empfehlender Einstieg. Er legt den Finger in die Wunde, lässt Schlüsse zu, liefert Anregungen. Kurzum: Er ist handlich, praktisch, schön. Einfach gut!

Anarr

Findus & Caterina Metje
Kleine Geschichte der Genossenschaften
Beispiele aus der Kooperativbewegung
Unrast Verlag
ISBN 978-3-89771-529-5
76 Seiten, broschiert
Preis: 8,90 Euro

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

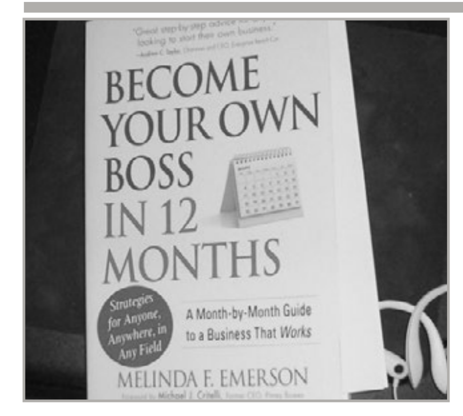
Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

UnternehmerIn der eigenen Arbeitskraft

Das Lösungswort der letzten Ausgabe: Soloselbstständigkeit



Nach rechtlicher Definition gilt als selbstständig, wer für sein/ihr Werk bzw. für das Werk seiner/ihrer Angestellten vergütet wird, während abhängig Beschäftigte für ihr Wirken, also ihre Arbeitskraft, bezahlt werden. In den letzten fünfzehn Jahren ist nach Jahren der Stagnation die Selbstständigkeit in Deutschland wieder gestiegen. PolitikerInnen aller Couleur feiern, werden sie darauf angesprochen, diesen Umstand als ein Ergebnis ihrer jeweiligen Regierungsjahre. Allgemein wird diese Entwicklung in den Reihen dieser Damen und Herren euphorisch begrüßt und angenommen, es handele sich dabei um einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformierungsprozess, an dem der Aufschwung der deutschen Wirtschaft abzulesen ist. Selbstständigkeit ist hier ausschließlich positiv besetzt, mit Begriffen wie Selbstverwirklichung, Dynamik, Selbstbestimmung oder unternehmerischer Freiheit. Derzeit stehen in Deutschland 41 Millionen Erwerbstätige 4,2 Millionen Selbständigen gegenüber.

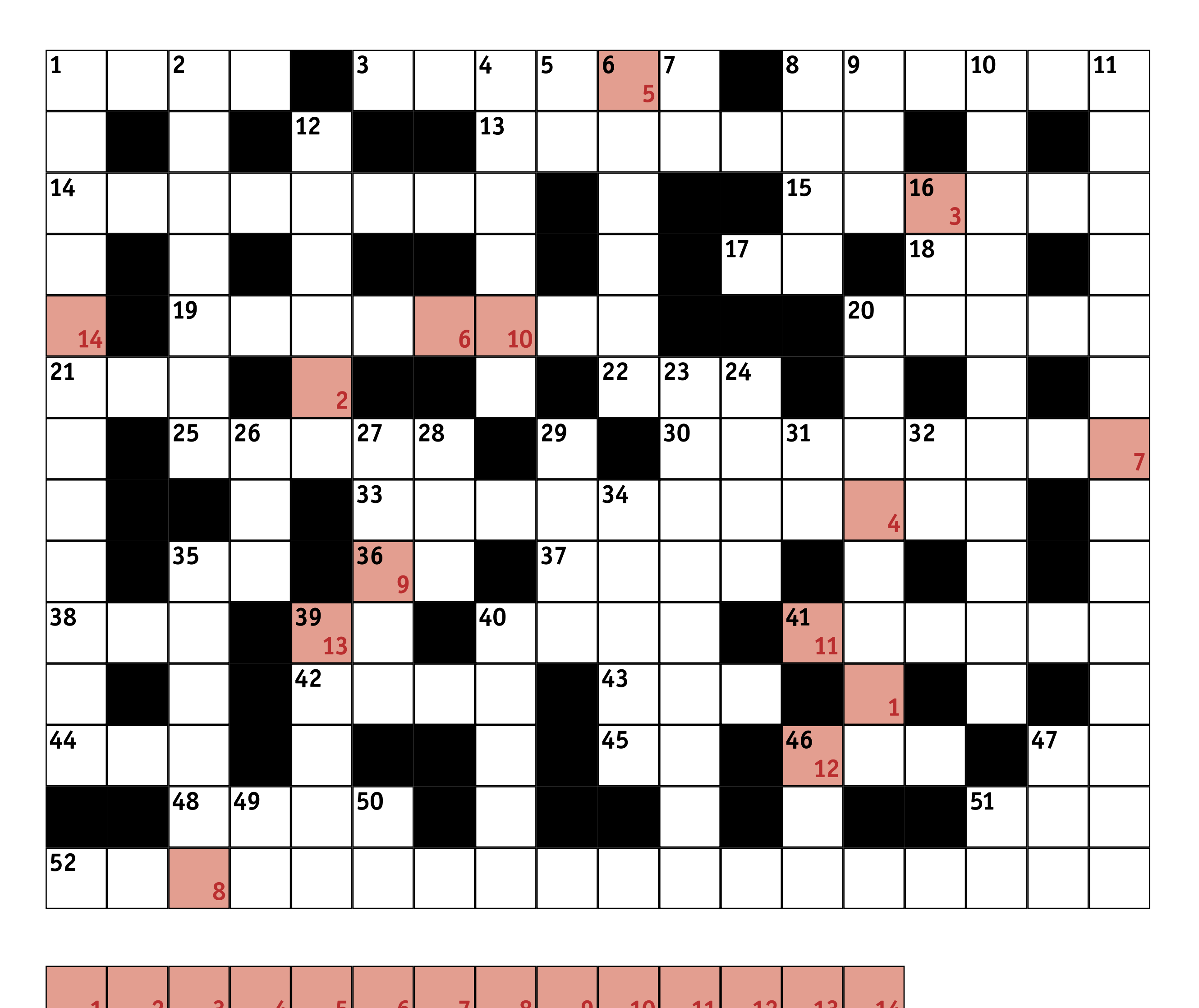
Wer die *DA* regelmäßig liest oder wenigstens diese Ausgabe in der richtigen Reihenfolge bis zur letzten Seite bewerkstelligt hat, kann sich denken, was nun kommt, nämlich: Pustekuchen! Wer die Zahlen genau betrachtet, wird feststellen, dass die Zahl derer, bei denen sich Selbstständigkeit noch von Selbstbestimmung ableitet, in genau diesem Zeitraum gleich bleibt. Dagegen steigt die Zahl von prekärer Selbständigkeit, also von Erwerbstätigkeit, die im Gewand der Selbstständigkeit daher kommt. Namen für diese Selbstständigkeit gibt es viele: Sub-, Familien-, und Kleinstunternehmen, Freelancer, Honorarkräfte, Freiberufliche, Soloselbstständige usw. Die Lebensrealität dieser Leute steht oft im krassen Gegensatz zu den Vorstellungen der PolitikerInnen. Denn die Betroffenen müssen sämtliche Risiken sozialer Sicherung selbst tragen. Zwar gibt es in den klassischen freien Berufen durchaus GutverdienerInnen, etwa Anwälte, SteuerberaterInnen etc. Für den Großteil der Soloselbstständigen jedoch bedeutet dieses Arbeitsmodell erstens Armutsverwaltung, nicht zuletzt wegen fehlender tariflicher Bindung oder Auftragslosigkeit. Zweitens Unstetigkeit, also den häufigen Wechsel zwischen Erwerbstätigkeit und Selbstständigkeit. Drittens Destandardisierung und Mobilität, so arbeiten viele Selbstständige wesentlich mehr als 40 Stunden in der Woche, während andere zu wenige Wochenarbeitsstunden für sich verbuchen können, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sowie viertens Erwerbshybridisierung, die sich in Mehrfachbeschäftigungen oder zeitgleichen Beschäftigungskombinationen ausdrückt. Die Grenze zur Scheinselbstständigkeit wird überall da überschritten, wo Soloselbstständige nur einen Kunden haben. Dies ist besonders dann der Fall, wenn Teile eines Betriebes von Outsourcing betroffen sind und dann von den gleichen Menschen unter dem Deckmantel der Selbstständigkeit weitergeführt werden.

Obwohl der Trend zur Dienstleitungsgesellschaft diese Entwicklung befördert, ist fast keine Berufsgruppe davon ausgenommen. Besonders betroffen sind aber die zukünftigen Hoffnungsträger der Wirtschaft: der IT-Bereich, die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die Gesundheitsindustrie. Da in den letzten beiden Bereichen durchschnittlich mehr Frauen arbeiten, sind diese wesentlich stärker von dem Phänomen der Soloselbstständigkeit betroffen. Als zusätzlicher Push-Faktor wirkt die steigende Arbeitslosigkeit. Die Hoffnung, durch Selbstständigkeit materielle Existenzsicherung zu gewährleisten, steigt mit dem Verlust eben dieser. Hier zeigt sich im internationalen Vergleich, dass der Faktor Unsicherheit in Deutschland wesentlich stärker zur erzwungenen Selbstständigkeit führt als in anderen Ländern.

Es mag paradox klingen, aber Selbstständigkeit gehört heute, allen Politikvorstellungen zum Trotz, in den Themenkomplex der Prekarisierung und ist in der Debatte darüber noch nicht angekommen.

Helga Wein

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 84



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

1. nonkonformistischer dt. Schriftsteller; seit einigen Monaten läuft eine Kampagne der FAU gegen prekäre Beschäftigung in der nach ihm genannten Grünen-nahen Stiftung 3. „Ferienkommunismus" mit Musik, Theater, Performance-Kunst u.v.m. jeden Juni in Lärz (Meck.-Pom.): ~ Festival 8. jemand, der sich mit Gelegenheitsarbeiten durchschlägt 13. schwerfällig arbeitende, hierarchische Organisation 14. Zustand vieler Flüchtlingsboote, die die Überfahrt von Nordafrika nach Europa riskieren 15. Hauptstadt des Staates, der am 1. Juli der EU beigetreten ist 17. Zeitung der DKP <Abk.> 18. griechisch für „ja" 19. lärmende, durcheinander wogende Menge 20. ausgeglichen, frei von Verbindlichkeiten: Wir sind ~ 21. rissig, nicht glatt 22. Inselstaat südlich von Indien, viertgrößter Teeproduzent der Welt 25. Zitat Bertolt Brechts: „Es gibt viele Arten zu ~. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen (...). Nur weniges davon ist in unserem Staat verboten." 30. erfinderisch, kunstvoll erdacht 33. inzwischen arbeiten viele Menschen prekär auf dieser Basis (Form der „atypischen Beschäftigung") 35. Kfz-Kennzeichen für Peine 36. Was macht der Esel? 37. Personenbeförderungsmittel und Gewerbe, in dem der Weg zu einer Gewerkschaft sehr lang ist 38. sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftsdachverband in der USA: AFL-~ 39. eine noch unbekannte, später zu benennende oder absichtlich nicht genannte Person <Abk.> 40. Frauenname <Kurzform> 41. ein pflanzliches Öl 42. dt. Name für die Stadt Cheb in Tschechien 43. Frauenname 44. schmal, fest anliegend 45. ein Milliardstel Gramm <Abk.> 46. „fliegende Untertasse" 47. radikalere und schnellere Weiterentwicklung des Punkrock <Abk.> 48. Eigenname von Irland 51. nicht zubereitet, ungekocht 52. selten kapitalismus- oder hierarchiekritischer Teilgebiet der Wirtschaftswissenschaften

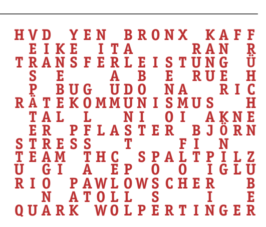
Senkrecht

1. besonders brutales Foul im Fußball 2. was viele Leute sammeln, um ihren (nicht existenten) Lohn aufzubessern 4. biblische Frauengestalt, die den Kopf Johannes' des Täufers verlangte 5. Adresse in Computernetzen, die die einzelnen Geräte erreichbar macht: ~-Adresse <Abk.> 6. bedeutender dt.-französischer Filmregisseur (1902-57); nach ihm ist der Max-~-Preis für den deutschsprachigen Filmnachwuchs genannt 7. chemisches Zeichen für das Ion im Kochsalz 8. um 1900 aus religiösen Gesängen, Tanz- und Arbeitsliedern der nordamerik. Schwarzen hervorgegangener, durch Improvisation gekennzeichneter Musikstil 9. medizinischer Assistenzberuf im Operationswesen <Abk.> 10. Klärung, Lösung, Beseitigung von Schwierigkeiten 11. Ausdruck der ruinösen Konkurrenz zwischen Unternehmen: der Kampf mit Preisnachlässen 12. französischer Anarchist (1868-1942), der eine wichtige Rolle in der Föderation der Arbeitsbörsen führte, Vorname: Georges 16. afrikanisches Steppenhuftier 20. Person, die häufig eine andere Ansicht hat und sich nicht einordnen kann 23. (Mit)vorsitzender der Partei „Die Linke" 24. Inschrift, die am Kreuz Jesu Christi angebracht worden sein soll <Abk.> 26. Flüssigkeiten, die sich nicht mit Wasser mischen lassen 27. eine Hauptfigur der amerikanischen Fernsehserie „Dallas": der fiese Ölmagnat J.R. ~ 28. große, verfilzte, rechte Partei in Griechenland: ~ Dimokratia 29. was der Verfassungsschutz vermutlich über fast jedE LeserIn dieser Zeitung angelegt hat 31. Länderkürzel für Guatemala 32. „nein" im süddt. und österreichischen Raum 34. essentielle Aminosäure, die in geringen Mengen in allen wichtigen Proteinen vorkommt 35. Vertreter des Anarchismus und des revolutionären Syndikalismus in Frankreich (1860-1931), Herausgeber der „Voix du Peuple", Vorname: Émile 39. bedeutender Vertreter der neomarxistischen Strömung des Operaismus (geb. 1933), Vorname: Antonio 40. Verstand 46. Männername 47. Stadt in Oberfranken 49. Zuggattung, die in mehreren europ. Staaten eingesetzt wird <Abk.> 50. Kfz-Kennzeichen für den Elbe-Elster-Kreis 51. in Kreuzworträtseln häufig strapazierter „altägyptischer Sonnengott"

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner#218: Jörn Z. aus Neubrandenburg

Auflösung #83





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 220: 18. Oktober 2013